

## **8. Sitzung**

### **des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 19. Mai 2020**

#### **Anwesend sind:**

|                       |                                                                                                                                                                                                                              |     |
|-----------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Bürgermeisterin:      | Mag. (FH) Völkl Andrea                                                                                                                                                                                                       | ÖVP |
| 1. Vizebürgermeister: | Mag. Falb Martin                                                                                                                                                                                                             | ÖVP |
| 2. Vizebürgermeister: | Holzer Othmar                                                                                                                                                                                                                | SPÖ |
| Stadträte ÖVP:        | Dummer Gerhard, Ing. Mag. Hödl Herwig,<br>Mag. Koll Felix, Dr. Moser Christian                                                                                                                                               |     |
| Stadträte SPÖ:        | Frithum Gabriele, Scheele Heinz                                                                                                                                                                                              |     |
| Stadtrat GRÜNE:       | DI Pfeiler Dietmar                                                                                                                                                                                                           |     |
| Stadtrat FPÖ:         | Pohl Herbert                                                                                                                                                                                                                 |     |
| Gemeinderäte ÖVP:     | Dkkfm. Bartosch Johannes, Franta Martin, BEd,<br>Gaida Siegfried, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor,<br>Ibraimi Setki, Kopf Eleonore, Ludl Iris, Samer Peter,<br>Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit,<br>Zagler Matthias |     |
| Gemeinderäte SPÖ:     | Erkol Yasar, Gübler Gerda, Mujkanovic Samira,<br>Osmanovic Admir, Pollak Daniel, Mag. Riedler Corinna,<br>Rosenberger Markus, Schuller Alexander                                                                             |     |
| Gemeinderäte GRÜNE:   | Mag. Kamath-Petters Radha, OStR Mag. Klinger Walter,<br>Mag. Kubat Matthias, Ing. Mag. Straka Andreas                                                                                                                        |     |
| Gemeinderäte FPÖ:     | Ćorković Alen, Polacek Klaus                                                                                                                                                                                                 |     |

#### **Entschuldigt:** -----

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

**Ort:** Z-2000, Stadtsaal, Sparkassaplatz 2, Stockerau

**Beginn:** 18:30 Uhr

**Ende:** 22:48 Uhr

**Tagesordnung:**

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- II. Gedenkminute – Karas Franz, Gemeinderat a.D.**
- III. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.02.2020**
- IV. Bericht Corona in Stockerau**
- V. Bericht des Prüfungsausschusses**
- VI. Bericht Bausperre**
- VII. Bericht A22**
- VIII. Bericht Festspiele 2020**
- IX. Bericht Freibadsaison 2020**
- X. Bericht des Umweltgemeinderates**
- XI. Resolutionen**
- XII. Anträge der Bürgermeisterin**
  - 1.) Bestellung eines neuen Ortsvorstehers für Oberzögersdorf
  - 2.) Verleihung der Ehrennadel in Bronze an Ing. Trabauer Karl, Ortsvorsteher a.D.
  - 3.) Dank und Anerkennung an Mag. Kadoun Anton, Gemeinderat a.D.
- XIII. Anträge der Stadträte**
  - a.) Ref. III - Finanzen**
    - 1.) Rechnungsabschluss 2019
    - 2.) Ankauf des Leasingobjektes Landstraße 16 (Pflegeheim und Tiefgarage)
    - 3.) Ankauf des Leasingobjektes Mehrzweckhalle Alte Au "Millenniumshalle"
    - 4.) Ankauf eines Altstoffsammelfahrzeuges für Papier und Kartonagen
    - 5.) Anpassung der Preise für das Freibad Stockerau
    - 6.) Sondertarif Freibad
    - 7.) Anschaffungen in Bezug auf COVID 19
  - b.) Ref. I – Bauwesen und Stadtentwicklung**
    - 1.) Freigabe Aufschließungszone BW-A, KG Oberzögersdorf

**c.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften**

- 1.) Jahresabschlüsse für ausgegliederte Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- 2.) Haftungsübernahme für Stockerauer Saubermacher GmbH - Abänderung
- 3.) Haftungsübernahme für Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau (KIG)
- 4.) Grundabtretungserklärung öffentliches Gut – Dr. Dimmy Manfred
- 5.) Teilungsplan GZ. 28027 – Entlassung aus dem öffentlichen Gut
- 6.) Teilungsplan GZ. 28594 – Entlassung aus dem öffentlichen Gut
- 7.) Teilungsplan GZ. 7106 – Entlassung aus dem öffentlichen Gut
- 8.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 1963/238 an Lehner Angelika
- 9.) ~~Verkauf des neugeschaffenen Grundstückes Nr. 2291/9~~ *nicht öffentliche Sitzung*

**d.) Ref. VI – Sport und Freizeit**

- 1.) Sportförderungen – Basisförderung 2019
- 2.) Sportförderungen – Spitzensportförderung 2019

**e.) Ref. X – Wirtschaft und Tourismus**

- 1.) Entwicklung Fachhochschullehrgang "Kommunales Umweltmanagement"

**XIV. Antrag gem. § 46 Abs. 1 NÖ GO**

- 1.) Humanitäre Not lindern – europäische Solidarität leben

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

**I. Anträge der Stadträte**

**a.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften**

- 1.) Miet- und Pachtverträge
- 2.) Verkauf des neugeschaffenen Grundstückes Nr. 2291/9 *von der öffentlichen Sitzung*

**b.) Ref. IX - Verwaltung und Digitalisierung**

- 1.) Personalangelegenheiten
- 2.) ~~Personalmaßnahmen in Bezug auf COVID 19~~ *abgesetzt*

**I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeisterin Völkl eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Besonders begrüßt wird Herr Johann Orth. Herr Orth ist in Pension, was ihm sehr vergönnt wird. Jahrelang war er Betriebsrat und Personalvertreter in der Stadtgemeinde Stockerau. Er hat immer ein offenes Ohr für die Nöte und Sorgen der Bediensteten gehabt. Danke für die gute Zusammenarbeit.

Applaus

## **II. Gedenkminute – Karas Franz, Gemeinderat a.D.**

Eine Gedenkminute für den am 22. April 2020 nach kurzer, schwerer Krankheit verstorbenen Karas Franz.

*Bgm. Völkl:* Von 2000 bis 2010 gehörte er dem Stockerauer Gemeinderat an. Zeit seines Lebens setzte er sich mit viel Herz für die Interessen der Arbeitnehmer ein. Er war Teil dieses Gremiums. Durch die Corona-Krise war es uns allen verwehrt, ihn auf seinem letzten Weg zu begleiten. Wir entbieten ihm unseren Respekt mit einer Gedenkminute.

Danke für die Trauerbekundung.

Vor Eingehen in die Tagesordnung wird der Tagesordnungspunkt der nicht öffentlichen Sitzung - Antrag des Stadtrates für Verwaltung und Digitalisierung - I./b./2.) – Personalmaßnahmen in Bezug auf COVID 19 abgesetzt. Die Maßnahmen sind im Bericht über COVID 19 enthalten.

Weiters wird der Tagesordnungspunkt – Antrag des Stadtrates für Beteiligungen und Liegenschaften - XIII./c./7. – Verkauf des neu geschaffenen Grundstückes Nr. 2291/9 von der öffentlichen Sitzung in die nicht öffentliche Sitzung verschoben als Punkt I./a./2.

Gem. § 46 Abs. 3 NÖ GO liegen **sieben Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN** vor und zwar:

- **1. Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Corona-Ergänzungsmaßnahmen I für die Stockerauer Wirtschaft**

*GR Kubat:* Die Corona-Pandemie und die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung dieses Virus haben ungeahnte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Auswirkungen. Die ersten Konsequenzen sind jetzt spürbar - höchster Stand der Arbeitslosigkeit seit 1946. Immer mehr Menschen sorgen sich um ihren Lebensunterhalt und sind verunsichert, wie ihre berufliche Zukunft aussehen wird.

Begründung:

Stockerau Wirtschaft ist seit Jahrzehnten unter Druck - Schließung der Industrieproduktion samt ihrer Einkaufskraft sowie das Aussterben des Ortskernes sind die zwei größten Probleme. Das ökonomische Umfeld ist geprägt durch Finanz- und Wirtschaftskrisen, durch die Konkurrenz der großen Internetgiganten und nun zuletzt durch die Corona-Krise. Dies bringt viele Unternehmer und Unternehmerinnen in große Bedrängnis oder gar an den Rand ihrer Existenz. Die vom Bund als Rettungssanitäter geschaffenen Hilfspakete sind die Notfallsinfusionen. Jetzt bedarf es aber einer kommunalen, punktgenauen Unterstützung - eine zielgerichtete Medikamentation für die regionale Wirtschaft können nur die Gemeinden als behandelnde Fachärztinnen verschreiben, denn sie kennen ihre Patienten.

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau soll als Corona-Ergänzungsmaßnahmen zu den Hilfspaketen des Bundes folgende Punkte beschließen:

- Gutschein-Aktion: Die von der WISTO herausgegebenen Gutscheine halten die Kaufkraft im Ort und unterstützen damit Stockerauer Unternehmen. Aus diesem Grund soll die Stadtgemeinde Stockerau diese fördern, um die regionale Nachfrage zu erhalten. Wer ab dem 01. Juni 2020 WISTO-Gutscheine im Wert von € 10,-- kauft, zahlt € 7,50; die restlichen 25% übernimmt die Stadtgemeinde Stockerau. Pro Person gilt ein Limit von € 150,--. Insgesamt soll der Förderungstopf für die WISTO-Gutscheine eine Höhe von € 35.000,-- betragen. Die Förderungsmaßnahme soll unverzüglich in allen Medienkanälen der Stadtgemeinde Stockerau beworben werden - Homepage, Facebook, Stadtzeitung.
- Gratis-Gastgärten: Für die Gastronomie werden bis Ende September keine Tarife für Gastgärten eingehoben. Des Weiteren dürfen sie, sofern rechtlich möglich, ihre Gastgärten flächenmäßig vergrößern, um die Abstandsregeln einzuhalten.
- Werbehilfe: Regionale Unternehmen sollen sich unter einer neuen einseitigen Rubrik in der Stadtzeitung "Unsere Stadt" vorstellen dürfen. Jedes daran interessierte Unternehmen soll hierfür einen Platz von 1/4-Seite in der Rubrik zur Verfügung gestellt bekommen.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 3 |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 18 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 5  |
|             | FPÖ   | 0  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

- **2. Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Corona-Ergänzungsmaßnahmen II für die Stockerauer und Stockerauerinnen**

GR Kubat: Die Corona-Pandemie und die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung dieses Virus haben ungeahnte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Auswirkungen. Die ersten Konsequenzen sind jetzt spürbar - höchster Stand der Arbeitslosigkeit seit 1946: Immer mehr Menschen sorgen sich um ihren Lebensunterhalt und sind verunsichert, wie ihre berufliche Zukunft aussehen wird.

Begründung:

Die Lebensunterhaltskosten steigen rasant, durch die Niedrigzinspolitik der letzten Jahre wird Sparen unmöglich gemacht - dies geht zulasten vieler Menschen, insbesondere Familien - Stockerauer und Stockerauerinnen brauchen als Ergänzung zu den getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung auch lokale, unbürokratische Unterstützung.

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau soll als Corona-Ergänzungsmaßnahmen zu den Maßnahmen des Bundes folgende Punkte beschließen:

- Pauschaler Mietzinszuschuss: Ausgangspunkt ist das Gesetz auf Initiative der Bundesregierung jenen Personen, die aufgrund der Corona-Einschränkungen Schwierigkeiten haben ihre Miete zu bezahlen, einen Aufschub bis 31. Dezember für die fälligen Mietzinse im Zeitraum vom 01. April bis 30. Juni zu gewähren; da jedoch mit dem 4. Covid-19-Gesetz, Artikel 37 §1, nur der Ausschluss der Einklagbarkeit von Mietzinsrückstände verhindert wird, kann der Vermieter/ die Vermieterin den gesetzlich vorgesehenen Verzugszins von 4% pro Jahr ab Fälligkeit des offenen Mietzinses verrechnen. Um Mieter / Mieterinnen lokal zu unterstützen, die aufgrund der Corona-Pandemie in eine finanziell brenzliche Situation geraten sind und beim Aussetzen ihrer Miete im Zeitraum des 2. Quartals sich auf das 4. Covid-19-Gesetz berufen, sollen unter Vorlage eines schriftlichen Nachweises der Stundung mit kurzer Begründung über die Schwierigkeit - von Mieter\*In und Vermieter\*In unterschrieben - eine einmalige Mietzinsunterstützung in der Höhe von € 100,-- pro Haushalt von der Stadtgemeinde Stockerau ausbezahlt werden. Die pauschale Mietzinsunterstützung gilt im Zeitraum von 01. Juni bis 31. Dezember 2020. Der pauschale Mietzinszuschuss ist unabhängig von der Corona-Pandemie der erste Schritt weg von einer Objektförderung hin zu einer Subjektförderung, die seit dem Jahr 2008 aufgrund der

Ausgliederung der ehemaligen Gemeindewohnungen in die KIG angedacht, diskutiert und politisch gewollt ist.

- Kunst und Kultur: Die kulturelle Vielfalt ist ein Eckpfeiler einer Gesellschaft. Auch das kulturelle Leben ist wegen der Corona-Pandemie schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Notwendige Sicherheitsmaßnahmen wie z.B. 1-m-Abstandsregel bewirken, dass Kulturschaffende nicht genug Einnahmen lukrieren, um Saalmieten zu begleichen. Um dennoch einen Betrieb für Kunst und Kultur zu ermöglichen sowie das kulturelle, gesellschaftliche Leben in Stockerau zu schützen, sollen die Saalmieten für Z-2000, Lenasaal und Belvedereschlössl um 50% vom regulären Preis bis zum Ende des Jahres reduziert werden. Zugleich soll für Kulturschaffende im Z-2000 die Möglichkeit bestehen, ihre Vorführung kostenlos ins Internet zu übertragen.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

- **3. Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Kulturjuwel Sebastianikirche und Nebengebäude**

GR Kubat: Im Jahr 1636 findet die Sebastianikirche, im spätbarocken Stil erbaut, ihre erste Erwähnung. Die Geschichte der Sebastianikirche ist seit jeher wechselvoll – dem Heiligen Sebastian geweiht, unter dem Kaiser Josef II. geschlossen und für militärische Zwecke adaptiert, daher auch der Name Bürgerspitalskirche. Die städtische Verbundenheit dieses Kulturdenkmals wird im Jahre 1798 ausgedrückt - auf dem Turm ist das Stadtwappen Stockeraus angebracht worden. Es findet sich auch eine Gedenktafel der Stockerauer Feuerwehr für die Gefallenen des 1. Weltkrieges.

In einer Ausgliederungswelle vieler Stockerauer Gemeindeimmobilien an die im 100%igen Eigentum stehende Tochtergesellschaft der Stadtgemeinde Stockerau, Kommunale Immobiliengesellschaft mbH Stockerau, kurz KIG genannt, ist auch das Kulturjuwel Sebastianikirche im Herzen Stockeraus, das Stadtzentrum, im Jahr 2008 ausgegliedert worden. Ende des Jahres 2018 ist die Sebastianikirche gänzlich privatisiert worden - die KIG hat sie Frau Christina Beer verkauft. Einige Tage vor der Stockerauer Gemeinderatswahl 2019 sind Vorgänge rund um den Verkauf der Sebastianikirche seitens des Eigentümerversprechers bei einer Pressekonferenz veröffentlicht worden - dort hat es geheißen, dass sie sich "getäuscht" fühlen und, dass der Kaufvertrag aufgelöst wird (Anm. NÖN-Ausgabe Woche 13/2019 "Kaufvertrag wird aufgelöst"). Nicht einmal ein Jahr später, Anfang 2020, ist das Kulturjuwel Sebastianikirche auf der Homepage "willhaben.at" zum Verkauf angeboten worden.

**Begründung:**

Jetzt ist die einmalige, für die Stadt strategisch wertvolle Möglichkeit gegeben, die nach den Kenntnissen der Gemeinderatsfraktion der Grünen Stockerau noch zu habende Immobilie in der Hauptstraße 52 - 54 mit der Einlagezahl 188, Grundstücksnummer 70/1 wieder in den Allgemeinbesitz zurückzuführen. Dadurch können sieben Sozialwohnungen erhalten bleiben, die in einer wachsenden Stadt von höchstem öffentlichem Interesse sind. Das Kulturdenkmal Sebastianikirche kann zu einem Ort der Begegnung - wie einmal in der Stadt- und Dorferneuerung angedacht - ganzjährig umfunktioniert werden – zum einen diene dies als gesellschaftliches Symbol, dass Stockerau für alle Menschen unabhängig von ihrer Religion, Sexualität, Herkunft usw. offensteht. Zum anderen kann dadurch mitten im Stadtzentrum eine Attraktivität erschlossen werden und zu einem wichtigen Aufenthaltsort sowie Frequenzbringer werden. Zugehörig zur Immobilie ist ein Geschäftslokal - mitten im Stadtzentrum kann der Besitz eines Geschäftslokales in öffentlicher Hand von größtem Vorteil sein; dadurch kann die Stadtgemeinde eine Grundversorgung sichern bzw. wirtschaftliche, neue Impulse setzen (z.B.: Re-Use-Shop).

**Antrag:**

Die Stadtregierung soll auf Grundlage des Sachverhaltes, dass der Eigentümerversprecher offensichtlich die Sebastianikirche samt Nebengebäude veräußern möchte, und auf die Stützung der öffentlich getätigten Aussage "Auflösung des Kaufvertrages", ehebaldigst Gespräche mit dem Eigentümerversprecher mit dem ernsthaften Ziel der Zurückgewinnung der Immobilie aufnehmen. Die Bürgermeisterin soll dem Gemeinderat in einer nächsten Gemeinderatssitzung im öffentlichen Teil über die Ergebnisse der Gespräche berichten.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

**Abstimmungsergebnis:**

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 3 |

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

- **4. Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Resolution Strukturreform Pflege an die Bundesregierung**

GR Kamath-Petters:

Begründung:

Pflegerinnen und Pfleger bilden eine der wichtigen tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Sie sind es, die pflegebedürftige Menschen betreuen, versorgen und sie bei der Bewältigung ihres alltäglichen Lebens unterstützen und damit deren Pflege sicherstellen.

Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass durch Covid-19 der dringende Handlungsbedarf im Bereich Betreuung und Pflege von Menschen mit Pflegebedarf sichtbar wurde. Um einen Pflegenotstand während der Covid-19-Krise abzuwenden, musste der Bund 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit die Qualitätssicherung des Pflegesystems in Österreich langfristig gesichert werden kann, braucht es im Rahmen einer flächendeckenden Strukturreform ein umfassendes Pflegepaket mit der Anerkennung und Aufwertung der Pflege- und Betreuungsberufe.

**Antrag:**

Resolution STRUKTURREFORM PFLEGE  
der Stadtgemeinde Stockerau an die Bundesregierung

Durch Covid-19 wurde der dringende Handlungsbedarf im Bereich Betreuung und Pflege von Menschen mit Pflegebedarf sichtbar. Um einen Pflegenotstand während der Covid-19-Krise in Österreich abzuwenden, musste der Bund 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit die Qualitätssicherung des Pflegesystems in Österreich auch langfristig gesichert werden kann, braucht es im Rahmen einer flächendeckenden Strukturreform ein umfassendes Pflegepaket mit der Anerkennung und Aufwertung der Pflege- und Betreuungsberufe:

1. **Bessere Bedingungen am Arbeitsplatz für Pflegeberufe**
  - Zeitgemäße Arbeitszeitmodelle/Work-Life Balance (Stichwort 35-Stunden-Woche)
  - Verbesserte Arbeitsbedingungen (keine unterbrochenen Dienste, ausreichend Zeit für die Individualbetreuung, mehr Stammpersonal, Supervision)
  - Anhebung des Mindestlohnes und der Bezahlung
2. **Attraktivierung der Ausbildung für Gesundheits- und Pflegeberufe**
  - Bewerbung der vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten
  - Ausreichend Ausbildungsplätze für Pflegefachassistenz und Pflegeassistenz an Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege
  - Rasche vollständige Überführung der Ausbildung zum gehobenen Dienst an Fachhochschulen
  - Karrieremöglichkeiten (Spezialisierung, Forschung, Führungspositionen)
  - Vollständige Umsetzung der GuKG Novelle 2016
  - Flächendeckende Sicherstellung von Praktikumsplätzen
3. **Aufhebung der Indexierung der Kinderbeihilfe von Pflegekräften**
  - Seit zwei Jahren sind vor allem Personenbetreuer\*innen und Pflegekräfte aus Rumänien, Ungarn, Bulgarien, der Slowakei und Tschechien von der Kürzung der Kinderbeihilfe betroffen. Ihr Turnus dauert jeweils 14 Tage, dabei arbeiten sie 24 Stunden pro Tag. Diese Tätigkeit muss aufgewertet und die Indexierung der Kinderbeihilfe zurückgenommen werden.
4. **Stärkung von Menschen mit Pflegebedarf**
  - Stärkung der Autonomie durch die Umsetzung und Finanzierung des Vorsorgedialoges®
  - Erhöhung von geförderten Pflegestunden
  - Ausreichende Finanzierung von Pflegeberatung
5. **Anerkennung und Unterstützung von pflegenden Angehörigen**
  - Sicherstellung eines Grundeinkommens
  - Abgestimmtes Weiterbildungs- und Unterstützungsangebot
  - Sorgenetze in den Gemeinden stärken/Caring Communities (z.B.: demenzfreundliche Gemeinden bewerben und unterstützen)
  - Stärkung der kostenlosen Hospiz und Palliativangebote vor allem im ambulanten Bereich (Finanzierung der 24h-Rufbereitschaft)

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 3 |

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

- **5. Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Leitbildprozess Bildungscampus**

GR Kamath-Petters:

Begründung:

Die Stadtgemeinde Stockerau verfügt im Areal rund um den Schulweg über ein weites Netz an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen: Neben den beiden Volks- und Mittelschulen befinden sich dort die Polytechnische Schule, das Sonderpädagogische Zentrum, eine dislozierte Gruppe des Europakindergartens, die Schulische Tagesbetreuung, fünf Standorte der Kindergruppe Kunterbunt, die Musikschule und das Jugendzentrum. Zudem sind in unmittelbarer Nähe die Handelsschule und das Belvedereschlössl mit der Stadtbibliothek und dem Bezirksmuseum angesiedelt. Ein Bildungscampus würde die Organisation- und Raumsynergien der zahlreichen Bildungseinrichtungen sicherstellen bzw. stärken.

Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass die Wochen vor der Covid-19 Krise geprägt von intensiven Debatten über die Infrastruktur unserer Pflichtschulen und unserer frühkindlichen Bildungseinrichtungen waren. Denn die Kindergärten und die Schulische Tagesbetreuung leiden unter massivem Platzmangel, die Schülerinnen und Schüler der beiden Mittelschulen, der Polytechnischen Schule und der Handelsschule müssen aus Ermangelung eines Turnsaals während ihres Sportunterrichts noch immer mehrmals pro Woche mit Bussen zum Sportzentrum Alte Au pendeln, der Umbau der Volksschulen wurde gestoppt und nach wie vor sind rund 10 Millionen Euro für den bevorstehenden Volksschulumbau eingeplant.

Bevor nun für die gesonderte Planung der Volksschülerweiterung erneut Monate aufgewendet werden, ist es naheliegend, ganzheitlich den Bildungscampus Stockerau als einen zukunftsweisenden und innovativen Standort für die Schulen und andere Bildungseinrichtungen mittels eines Leitbildprozesses zu starten. Damit wird eine der wichtigen kommunalen bildungspolitischen Funktionen unterstützt, Organisations- und Raumsynergien in den Bereichen Lernen, Sport und Freizeit nachhaltig zu gestalten und nach außen hin zu öffnen.

**Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für den Bildungscampus Stockerau wird ein Leitbildprozess gestartet. Dies soll durch eine moderierte und strukturierte Vorgehensweise unter Einbindung der Bildungseinrichtungen, der Sportvereine und der Kulturvereine erfolgen. Dadurch sollen wichtige kommunale bildungs- und gesellschaftspolitische Ziele langfristig entwickelt, sowie Organisations- und Raumsynergien in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales und Sport sichergestellt und gestärkt werden.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

• **6. Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Neue Fahrrad-Abstellanlagen im Stadtzentrum**

StR Pfeiler:

Begründung:

Im Stadtzentrum fehlen an zahlreichen Stellen geeignete Fahrrad-Abstellanlagen. Weiters sind die bestehenden Abstellanlagen mit Vorderradaufnahme "Modell Speichenzerstörer" nicht mehr zeitgemäß und ermöglichen kein diebstahlsicheres und stabiles Abstellen des Fahrrades. Wiederholt wurde über den Bedarf neuer Fahrrad-Abstellanlagen im Verkehrsausschuss gesprochen und der Bedarf nach neuen Abstellanlagen wurde anerkannt.

Auch das vom Gemeinderat beschlossene 28 Punkte Programm Klimaschutz Stockerau enthält unter Punkt 17 den Ausbau der Radwege, worin auch der Ausbau und die Verbesserung der Rad-Abstellanlagen implizit enthalten ist.

Aus diesem Grund wird beantragt, der Gemeinderat wolle beschließen:

**Antrag:**

Das Bauamt/Verkehrsabteilung möge eine Modell- und Preiserhebung für neue Fahrrad-Abstellanlagen durchführen und Entscheidungsgrundlagen für die Beschaffung von neuen Fahrrad-Abstellanlagen im Stadtzentrum vorbereiten.

Über das Ergebnis der Markterkundung und die vorliegenden Modellvarianten wird im darauffolgenden Verkehrsausschuss berichtet, um eine rasche Entscheidungsfindung und Umsetzung zu ermöglichen.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

• **7. Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Verkehrssicherheit für Radfahrende in der Hornerstraße**

StR Pfeiler:

Begründung:

Die Radwege in der B3 Hornerstraße weisen einige sicherheitsrelevante Problemstellen auf, die dringend einer Verbesserung bedürfen.

1.) Die Radfahrüberfahrt westlich der neuen ÖBB-Unterführung ist im Zuge der Hornerstraße die wichtigste Radfahr-Überfahrt in diesem Bereich. Diese weist jedoch keinen Fahrbahnteiler auf. Häufig halten Autos vor Radfahrenden leider nicht an. Die Überfahrt sollte daher besser gekennzeichnet werden, z.B. indem diese rot unterlegt wird und durch Bodenmarkierungen zusätzlich auf die Überfahrt hingewiesen wird. Auch die Radfahr-Überfahrt beim neuen Kreisverkehr Wolfikstraße/Pragerstraße/Hornerstraße sollte rot unterlegt werden.



2.) Seit der letzten Fahrbahnerneuerung in der Hornerstraße wurde der Längsparkstreifen fahrbahnseitig nicht markiert. Daher ist die Grenze zwischen Fahrbahn und Parkstreifen für viele Autofahrende unklar und viele parken die Fahrzeuge teilweise am Schutzstreifen des Radweges. Dadurch fehlt der Schutzstreifen zum Radweg, wodurch beim Öffnen von Autotüren etc. Unfallgefahr besteht.



3.) Nach Entfernung der früher sehr knapp am Radweg stehenden Kirschbäume wurde die Radwegführung nicht ergänzt bzw. korrigiert, die durchwurzelten Engstellen wurden belassen. Dies sollte korrigiert werden, um Sturzgefahr zu vermeiden.



Die Dringlichkeit ist gegeben, da die aktuelle Situation in vielfacher Hinsicht vom Standpunkt der Verkehrssicherheit problematisch ist und noch heuer im Zuge der Kleinbaustellen bzw. laufenden Markierungsmaßnahmen korrigiert werden sollte.

Auch das vom Gemeinderat beschlossene 28 Punkte Programm Klimaschutz Stockerau enthält unter Punkt 17 den Ausbau der Radwege, worunter auch der Ausbau und die Verbesserung der bestehenden Fahrradinfrastruktur zu verstehen ist.

Aus diesen Gründen wird beantragt, der Gemeinderat wolle beschließen:

**Antrag:**

Das Bauamt/Verkehrsabteilung überprüft die Möglichkeit

- 1.) der farblichen Markierung in Rot der Radfahr-Überfahrt Hornerstraße im Sinne der Antragsbegründung,
- 2.) der Markierung der Längsparkstreifen in der Hornerstraße zur Vermeidung des Parkens am Schutzstreifen des Radweges bzw. am Radweg selbst,
- 3.) von Belagssanierungen am Radweg und der Entfernung von div. Ausnehmungen und Fahrbahnaufbrüchen in der Hornerstraße.

Über das Ergebnis der Abklärungen wird im nächsten Verkehrsausschuss berichtet, um eine rasche Umsetzung noch im heurigen Jahr zu ermöglichen.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Dringlichkeitsantrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

Stadtrat Pfeiler: Ich sage Danke für die zuerkannte Dringlichkeit unserer Anträge und bedanke mich auch für Ihre Geduld.

### **III. Genehmigung des Protokolls vom 19.02.2020**

Bürgermeisterin Völkl: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwände.

Stadtrat Pohl: Wir sind nicht inhaltlich gegen das Protokoll, darum haben wir inhaltlich keine Einwände gemacht. Wir ersuchen nur gemäß Geschäftsordnung der Gemeinden das Protokoll rechtzeitig zu verschicken und vor allem nicht so lange zu warten, vor allem jetzt waren es drei Monate. Das muss doch zu schaffen sein, so wie alle anderen Ausschussprotokolle und Stadtratsprotokolle bitte dringend nachzuholen.

Stadtrat Pfeiler: Meine Wortmeldung geht in eine ähnliche Richtung. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass zahlreiche Protokolle der Stadtratssitzungen noch fehlen. Daher das Ersuchen an Frau Bürgermeisterin uns bekanntzugeben, wann wir mit den noch ausstehenden Stadtratsprotokollen des letzten Jahres rechnen können. Positiv möchte ich hervorheben, dass bei der Vorbereitung dieser Gemeinderatssitzung die Unterlagen und Amtsberichte digital zur Verfügung gestellt wurden. Das ist ein großer Meilenstein, der sicher sehr große Anstrengung und Mühe erfordert hat. Für den möchte ich mich auch ausdrücklich bedanken.

Bürgermeisterin Völkl: Ein Beschlussprotokoll können wir natürlich nach jeder Sitzung sehr bald zur Verfügung stellen. Das Wortprotokoll, das dankenswerterweise die Doris in sehr mühseliger Arbeit immer erstellt, dauert naturgemäß länger.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

#### **IV. Bericht Corona in Stockerau**

Bürgermeisterin Völkl: Corona in Stockerau – Zwischenbericht, Stand 18. Mai 2020

##### **1. Medizinische Fakten**

Die COVID-19-Pandemie in Österreich ist Teil der weltweiten COVID-19-Pandemie. Am 25. Februar 2020 wurden die ersten beiden Virusinfektionen in Österreich, genauer in Innsbruck, registriert.

Gegen COVID-19 gibt es bislang weder einen Impfstoff noch wirksame Medikamente. Daher bestehen Schutzmaßnahmen im Wesentlichen in räumlichen Distanzierungen. Ab 16. März 2020 verhängte die Bundesregierung sukzessive beträchtliche Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens, die auch auf kommunaler Ebene große Auswirkungen mit sich brachten.

Noch im Februar brachte das Gesundheitsministerium bundeseinheitliche Richtlinien heraus, denen zufolge Betroffene im Verdachtsfall nicht den Arzt aufsuchen, sondern die Telefonnummer 1450 anrufen sollten, um andere Personen nicht anzustecken. Die Hotline, die ein Jahr zuvor eingerichtet worden war, veranlasst die weiteren Schritte, beispielsweise Hausbesuch und Testung.

Der erste positive Fall in Stockerau trat bereits am 29. Februar 2020 auf. Insgesamt erkrankten in drei Wellen bisher 43 Personen in Stockerau, die jüngste war 21 Jahre, die älteste 96 Jahre alt. Drei Personen mit Wohnsitz in Stockerau sind aufgrund ihrer Covid-19-Infektion verstorben, sie waren 85 bzw. 90 Jahre alt. Derzeit ist noch eine Person infiziert.

## **2. Krisenstab**

Am 4. März 2020 wurde zur Beratung und Unterstützung der Bürgermeisterin als örtliche Gesundheitspolizei ein Krisenstab gebildet, an dem neben Bürgermeisterin, Vizebürgermeister, Gesundheitsstadträtin, der Stadtarzt, Vertreter der Einsatzorganisationen Feuerwehr, Polizei und Rotes Kreuz sowie die Stadtamtsdirektorin teilnahmen.

Die Besprechungen und Beratungen fanden immer in der Früh statt, in der Regel Mo, Mi, Fr von 7-7.30 Uhr; ab 18. März tagte der Krisenstab in Form einer Videokonferenz. Insgesamt 21 Besprechungen fanden statt, bei denen jeweils die aktuelle Situation besprochen und die getroffenen Maßnahmen diskutiert und evaluiert wurden. Im Krisenstab wurden auch einhellig Empfehlungen und Ratschläge an die Bürgermeisterin ausgesprochen, wie beispielsweise die Einrichtung von zusätzlichen Desinfektionsspendern, zusätzliche Beschilderungen, die Probleme mit Veranstaltungen oder später auch Schließungen von Gemeindeeinrichtungen.

## **3. Gremien der Stadt**

### Absage von Sitzungen

Die für die folgenden Tage geplanten Sitzungen des Gemeinderates, des Stadtrates sowie der Gemeinderatsausschüsse wurden abgesagt:

GR-Ausschuss Wirtschaft und Tourismus (16. März 2020)

GR-Ausschuss für Sport und Freizeit (16. März 2020)

Stadtrat (17. März 2020)

Schulsitzungen (20. März 2020)

Sitzung des Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbandes (20. März 2020)

GR-Ausschuss Verkehr, Infrastruktur, Straßen (24. März 2020)

Gemeinderat (25. März 2020) – wurde als informelle Sitzung des Stadtrates abgehalten.

### Information der Stadt- und Gemeinderäte

Die Information der Stadt- und Gemeinderäte erfolgte zum einen im Krisenstab, zum anderen durch Informationen für den Stadtrat bzw. durch Weiterleitung von Mitarbeiterinformationen. (z.B. 5. März, 7. März, 10. März, 11. März, 13. März, 16. März, 18. März, 17. April 2020).

In den wöchentlichen Bürgermeisterbesprechungen, die seit 30. März 2020 in Form von Videokonferenzen stattfanden, wurde über die getroffenen Maßnahmen regelmäßig berichtet. Insbesondere seit dem langsamen Hochfahren seit 1. Mai 2020 werden die zuständigen Stadträte auch in diesen Prozess eingebunden.

## **4. Einrichtungen der Stadt**

### Ab 11. März 2020 geschlossen:

Sauna (bis auf weiteres)

Bezirksmuseum (bis auf weiteres)

Städtische Bücherei (bis 18. Mai 2020)

Musikschule (bis 18. Mai 2020)

Rathaus (Bürgerservice nur telefonisch und digital erreichbar)

Ab 13. März 2020 zusätzlich geschlossen

Hallenbad und Freibad (Freibad bis voraussichtlich 29. Mai 2020, Hallenbad bis auf weiteres)  
Sportzentrum (Freibereich bis 18. Mai 2020, LAZ bis 1. Mai 2020; Sporthalle bis auf weiteres)  
Veranstaltungszentrum Z2000 (bis auf weiteres)  
Städtisches Pflegeheim (keine Besuchsmöglichkeiten bis 4. Mai 2020)  
Müllsammelplatz neben dem Erholungszentrum (bis 4. Mai 2020)  
Müllsammelplatz auf der Deponie (bis auf weiteres)

Ab 16. März 2020 zusätzlich geschlossen

Senioren-Tageszentrum  
Schulen und Kindergärten (bis 18. Mai 2020)  
Jugendzentrum JUSTO (nur noch Online-Betreuung, bis auf weiteres geschlossen)

## **5. Dienstbetrieb**

Ausfallsicherheit

Die Stadtgemeinde Stockerau betreibt einige Betriebe, die zur kritischen Infrastruktur zu zählen sind (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Elektroabteilung, Friedhof etc.). Um insbesondere in diesen Bereichen die Ausfallsicherheit gewährleisten zu können, wurde die gesamte Verwaltung ab 19. März 2020 in zwei Teams, Team A und Team B, eingeteilt, die sich einander weder im Dienst noch außerhalb des Dienstes sehen durften. Das hatte zur Folge, dass jene MitarbeiterInnen, deren Tätigkeit nicht im Homeoffice erledigt werden konnte, abwechselnd einen Tag im Dienst und einen Tag zuhause waren. Ab 18. April 2020 wurde die Dienstzeit für die Tage mit Dienstanwesenheit auf 12 Stunden ausgeweitet. Ab 1. Mai 2020 wurde diese Krisenorganisation aufgrund der positiven Entwicklung der Fallzahlen wieder aufgehoben. Ab 18. März 2020 bis nach Ostern waren vier Mitarbeiterinnen (eine Vollzeit, drei Teilzeit) für die Betreuung ihrer minderjährigen Kinder freigestellt.

In diesem Zusammenhang waren auch Freistellungsstunden, welche weder mit Zeitausgleich, Pflege- oder Betreuungsfreistellung, Dienstverschiebung oder Urlaubskonsumation zu vermeiden waren, erforderlich.

Alle Personalmaßnahmen wurden in enger Abstimmung mit der Personalvertretung geplant und durchgeführt.

Da sage ich an dieser Stelle Herrn Thomas Salway für die Gesprächsbereitschaft und die gute Gesprächsbasis Dankeschön.

## **6. Schulen und Kindergärten**

Ab 18. März 2020 bis zunächst 3. April 2020 blieben Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen geöffnet, Kinder sollten aber womöglich zuhause, keinesfalls aber sollten Großeltern die Kinderbetreuung übernehmen. Diese Regelung wurde bis 18. Mai 2020 verlängert, gleichzeitig aber betont, dass alle Kinder, die einen Betreuungsplatz benötigen, auch einen bekommen werden. Insgesamt haben aber nur sehr wenige Eltern diese Betreuungsangebote in Anspruch genommen. Alle diesbezüglichen Regelungen wurden per Dienstanweisung von der NÖ Landesregierung verfügt.

Ebenfalls ab 18. März 2020 wurde der Schulbetrieb schrittweise heruntergefahren. Ab dem 18. Mai 2020 beginnt auch wieder ein schrittweises Hochfahren. Dazwischen gab es nur Betreuungsangebote, die aber nur sehr wenig in Anspruch genommen wurden.

## **7. Finanziell wirksame Maßnahmen der Gemeinde**

Entsprechend der Empfehlung der Bundesregierung wurde versucht nach Möglichkeit Home-office-Arbeitsplätze einzurichten (8 Laptops wurden angekauft) und auch bereits vorhandene Büroarbeitsplätze für Videokonferenzschaltungen nachzurüsten. Dafür wurden insgesamt rund € 9.000,-- aufgewendet.

In Zeiten einer Pandemie war auch eine verstärkte gutachterliche Beratungstätigkeit wie gemeinsame Begehung von Schulen und Gemeindebetrieben, Teilnahme an Besprechungen etc. für den Stadtarzt notwendig, die mit bisher € 2.200,-- zu Buche schlagen.

Über ärztliche Empfehlung wurden auch Desinfektionsspender, Hand- und Flächendesinfektionsmittel sowie Mund-Nasenschutz-Masken angeschafft. Etwas mehr als € 5.000,-- mussten bisher für Desinfektionsmittel und Desinfektionsspender im Veranstaltungszentrum Z2000, im Sportzentrum, im Erholungszentrum, im Bauhof, in Schulen, im Rathaus aufgewendet werden.

Knapp € 3.000,-- sind bisher für Sicherheitsmaßnahmen wie Plexiglasscheiben aufgewendet worden.

Diese bisher vorliegenden Rechnungen stehen heute unter Punkt VIII/a/7 zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung.

## **8. Sonstiges**

### Information der Bürgerinnen und Bürger

Die Information erfolgte anfänglich über die Homepage der Stadt, auf der ein eigener Blog der Bürgermeisterin eingerichtet wurde, wo in unregelmäßigen Abständen Berichte gepostet wurden. Am 31. März 2020 ging die neue Facebook-Seite der Stadt online, die für die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern genützt wurde.

Auf den Pylonen wurden mehrfach Absagen von Veranstaltungen, Handlungs- und Hygieneempfehlungen, Schließungen von Gemeindeeinrichtungen etc. plakatiert.

Die April-Ausgabe der Stadtzeitung UNSERE STADT stand ganz im Zeichen der Corona-Berichterstattung.

### Veranstaltungen

Schon vor dem Einlangen der entsprechenden Dienstanweisung des Landes, mit der die Gemeinden auf ihre Verantwortung für die Abhaltung von Veranstaltungen hingewiesen wurden, hat die Stadtgemeinde Stockerau gemeinsam mit Stadtarzt Dr. Baradar Kontakt zu zahlreichen Veranstaltern gesucht und mit diesen Gespräche geführt und ihnen eine Risikobewertung ihrer Veranstaltungen durchgeführt. Das führte dazu, dass folgende Veranstaltungen in Stockerau von den jeweiligen Veranstaltern abgesagt bzw. verschoben wurden:

#### Im Z2000:

Ball der Bälle (für 5. März geplant, auf 12. September verschoben)

Night of Dance (auf 20. Dezember 2020 verschoben, die Karten behalten ihre Gültigkeit)

25 Jahre Seven for Tea (auf 17. Oktober 2020 verschoben, die Karten behalten ihre Gültigkeit)

Boogieball (auf 03. Oktober 2020 verschoben, die Karten behalten ihre Gültigkeit)

Soroptimist-Konzert abgesagt

100 Jahre Goebel (Verschoben, Termin noch unbekannt, die Karten behalten ihre Gültigkeit)  
Briefmarken-Sammler-Börse abgesagt  
Frühlingskonzert der Musikschule abgesagt

Weitere Veranstaltungen:

Autosonntag (15. März)  
Unternehmertreffen (18. März)  
Buchpräsentation im Rathaus (19. März)  
Veranstaltung der Kulturregion NÖ (30. März)  
Kick-Off der Stadterneuerung (31. März)  
Eröffnung der Ausstellung Menschenbilder (15. April)  
Eröffnung der Kiwanis-Schneps-Allee (24. April)  
Stadterneuerung 1. Workshop (28. April)  
Maibaum-Aufstellen (30. April)  
Kick off Wochenmarkt und Radland NÖ (9. Mai)  
Premiere Festspiele Stockerau (30. Juli)

Gasthubers:

Sämtliche Veranstaltungen ab März 2020

Lenautheater

Sämtliche Veranstaltungen seit März 2020; die Spielsaison wurde vorzeitig beendet.

Krankenhaus

Das LK Stockerau ist am 8. April 2020 als Schwerpunktkrankenhaus für COVID-19 in Betrieb gegangen. Es wurden insgesamt 20 positiv getestete Patienten stationär behandelt.

Die Rückführung in den Normalbetrieb wird derzeit umgesetzt. Die Planambulanzen werden ab 18. Mai wieder schrittweise, unter Einhaltung strenger Hygieneauflagen und ausschließlich mit vereinbarten Termin geöffnet. Labor-, Physio- und Ergotherapie-Ambulanzen bleiben bis auf weiteres geschlossen.

In der KW 17 wurden am Standort Stockerau insgesamt 136 MitarbeiterInnen auf COVID-19 getestet mit dem Ergebnis, dass sämtliche Tests negativ waren.

Kooperation mit Pflegediensten

Mit den in Stockerau ansässigen Institutionen der Hauskrankenpflege wurde enger Kontakt gepflegt. Zum einen ging es um die Versorgung hochbetagter Menschen in ihren Wohnungen, wenn beispielsweise ein Partner positiv getestet wurde und ins Krankenhaus verlegt wurde, während der zweite allein in seiner Wohnung geblieben ist. Hier ist die Bereitschaft aller Organisationen zur Unterstützung in Notfällen ganz besonders hervorzuheben.

Wie wir in Erfahrung bringen mussten, lief die Versorgung der Hauskrankenpflegedienste mit Schutzkleidung und –brillen nur sehr schleppend an. Die Stadtgemeinde Stockerau hat daher am 31. März 2020 der zuständigen Landesrätin Teschl-Hofmeister einen entsprechenden Bericht übermittelt und um vordringliche Beteiligung dieser wichtigen Einrichtungen mit Schutzkleidung ersucht. Bürgermeisterin Andrea Völkl hat zudem gemeinsam mit Stadtarzt Dr. Baradar Schutzkleidung und Masken, soweit vorhanden, zur Überbrückung der ersten Zeit zur Verfügung gestellt.

### Stockerauer Wochenmarkt

Der Wochenmarkt in Stockerau konnte zunächst aufgrund der von der Bundesregierung verhängten Versammlungsbeschränkungen nicht stattfinden. Am 17. März 2020 flammt eine heftige Diskussion mit Schriftwechsel bis in zwei Ministerien über die Zulässigkeit von Bauern- und Wochenmärkte auf. Am 19. März 2020 wird mittels eines gemeinsamen Schreibens des Landwirtschafts- und des Innenministeriums geklärt, dass Bauern- und Wochenmärkte der Grundversorgung dienen und daher unter entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen stattfinden dürfen. Seit Samstag 21. März findet der Wochenmarkt jeden Samstag statt und seit 13. Mai 2020 auch wieder mittwochs.

Für die Erstellung dieses Berichts und eines Krisentagebuches und dass sie die Fäden sehr ruhig in ihrem Amt gehalten hat, möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Dr. Andrea Riedler bedanken.

Applaus

Stadtrat Pohl: Darf deinen Bericht noch etwas beifügen. Was mir sehr gut gefallen hat, war der Zusammenhalt, der in Stockerau durch die Krise ein bisschen gekommen. Die Menschen haben aufeinander geschaut. Wie du schon gesagt hast, die älteren Personen sind versorgt worden. Unsere Betriebe sind innovativ geworden, abgesehen dass die, auch arbeiten wollen, Lieferservice geboten haben. Geschäfte sich zusammengelegt haben und gemeinsam Lieferservice gemacht haben. Das war etwas, was ich positiv aus dieser Krise mitgenommen habe. Positiv von der Gemeinde habe ich mitgenommen, dass wir den ersten Schritt gesetzt haben zur Modernisierung unserer Gemeindeverwaltung. Was wir schon seit langem sprechen, haben wir jetzt die Krise gebraucht, und das nehme ich positiv mit. Die Online-Ausschüsse, die du angesprochen hast, da ein großer Dank an die IT. Die Download-Möglichkeit, die Öffentlichkeitsarbeit, die Homepage und Facebook. Ich ersuche, dass wir weiterhin in diese Richtung arbeiten, einerseits auch die Krisenkommunikation untereinander zu verbessern. Das hat mir manchmal gefehlt. Aber vor allem die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen, die Homepage und die Facebook-Seite, weil unsere Bürger haben ein Recht auf Information, was in ihrer und unserer Stadt los ist, und vor allem wie wir diese Maßnahmen, die von der Regierung kommen, umsetzen. Das ist ein Wunsch von uns.

Bürgermeisterin Völkl: Das nehmen wir gerne mit. Danke der EDV, muss ich auch sagen. Die haben wirklich übermenschliches geleistet in diesen Wochen.

Applaus

Bürgermeisterin Völkl: Ich möchte den **Antrag** stellen, der Gemeinderat wird ersucht, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

**Beschluss:**

**Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

Gemeinderätin Kamath-Petters verlässt die Sitzung (19:33 Uhr).

## **V. Bericht des Prüfungsausschusses**

Gemeinderat Kubat: Bericht über die am 28. April 2020 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung durch den Prüfungsausschuss:

Aufgrund der außergewöhnlichen Situation gem. § 44 Abs 4 NÖ GO iVm § 57 Abs 6 NÖ GO hat der Prüfungsausschuss mittels Videokonferenz getagt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses danken den Mitarbeitern der Stadtgemeinde Stockerau für die Unterstützung bei der technischen Ausstattung, damit der Ausschuss seiner Verantwortung gem. NÖ GO nachkommen konnte.

### 1. Prüfung des Rechnungsabschlusses 2019

#### a. Allgemeines

Der Entwurf des Rechnungsabschluss 2019 ist in der Zeit vom 10. März 2020 bis 24. März 2020 gem. § 83 NÖ GO aufgelegt.

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen hat der Prüfungsausschuss sich nicht während der Auflagefrist mit dem Rechnungsabschluss befassen können. Erst durch die Änderung der NÖ GO, die nun unter anderem Videokonferenzen für Gemeinderatsausschüsse ermöglicht, hat der Prüfungsausschuss seine Aufgaben wieder aufnehmen können.

Das Konzept des Rechnungsabschlusses wurde schon vorab an das Land NÖ übermittelt.

Der Rechnungsabschluss ist vollständig, sehr umfangreich und informativ. Alle wesentlichen Informationen über die Finanzgebarung im Wirtschaftsjahr 2019 können dem Rechnungs-

abschluss entnommen werden. Des Weiteren enthält der Rechnungsabschluss die Jahresabschlüsse aus den Geschäftsjahren 2018 der an die Stadtgemeinde Stockerau beteiligten Unternehmungen

- Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung Stockerau, 100% Beteiligung
- Stockerauer Saubermacher GmbH, 49% Beteiligung
- FD Feuerbestattungs GmbH, 5% Beteiligung

#### b. Prüfung

Der ordentliche Haushalt weist Einnahmen in der Höhe von € 49.760.239,-- sowie Ausgaben in der Höhe von € 49.524.451,-- aus, damit ergibt sich ein Jahresüberschuss im ordentlichen Haushalt in der Höhe von € 235.788,--.

Die wichtigsten Einnahmen sind die Ertragsanteile in der Höhe von € 16.941.146,-- und € 10.141.081,-- an eigenen Steuern. Die größten Ausgabenpositionen sind die Personalkosten in der Höhe von € 14.327.024,--, der NÖKAS sowie der Standortbeitrag in der Höhe von € 4.892.337,-- und die Sozialhilfeumlage in der Höhe von € 2.980.287,--.

Beim außerordentlichen Haushalt stehen Einnahmen in der Höhe von ca. € 13.976.503,-- Ausgaben in der Höhe von € 10.141.081,-- gegenüber; dies ergibt einen Überschuss im außerordentlichen Haushalt inkl. der Vorjahre in der Höhe von ca. € 185.147,--.

Per Stichtag 31.12.2019 belaufen sich der Darlehensstand auf € 40.185.285,--, der Stand der Leasingverpflichtungen auf € 13.585.779,-- und der Kassenbestand (inkl. Rücklagen) auf € 195.644,--; sämtliche Rechnungen der Stadtgemeinde Stockerau sind fristgerecht bezahlt worden. Die Haftungssumme beträgt € 47.497.187,--, wobei ein Großteil der Haftungen auf die Kommunale Immobiliengesellschaft Stockerau GmbH, kurz KIG genannt, entfällt.

Die Höhe der Annuität inklusive Tilgung für die Darlehen liegt bei € 6.570.921,--, wovon € 2.501.000,-- für die AO-Tilgung verwendet wird. Im Wirtschaftsjahr 2019 belaufen sich € 5.688.449,-- an Darlehenszuzahlungen.

Die Einnahmenrückstände belaufen sich auf € 2.640.959,--; dieser Betrag ist höher als im Vorjahr, da durch die Änderung des Haushaltsrechtes die übliche Frist im Jänner des nächsten Jahres auf Dezember des ablaufenden Wirtschaftsjahres verkürzt worden ist.

Die internen Leistungen des Bauhofes sind auf € 3.841.294,-- beziffert. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2019 sind ca. € 180.000,-- für den Volksschulumbau ausgegeben worden, wovon ein Großteil die Kosten für die Containerklassen betrifft. Aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses sind ca. € 2,2 Millionen an Forderungen der Stadtgemeinde Stockerau von der KIG beglichen worden, im Zuge dessen hat die Stadtgemeinde Stockerau einen Zuschuss in der Höhe von ca. € 2,3 Millionen an die KIG geleistet.

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses danken Herrn Buchhaltungsdirektor Walter Zimmermann für die Erläuterung des Rechnungsabschlusses 2019 und Beantwortung aller Fragen bei der vorgenommenen Überprüfung.

## 2. Allfälliges

Aufgrund der schon oben erläuterten außergewöhnlichen Situation hat der Prüfungsausschuss seine laut § 82 Abs 2 NÖ GO Überprüfung der Kassenbeständen im 1. Quartal nicht wahrnehmen können. Die Überprüfung der Kassenbestände per Stichtag 31. März 2020 wird voraussichtlich im Juni bei der Überprüfung der Kassenbestände für das 2. Quartal nachgeholt.

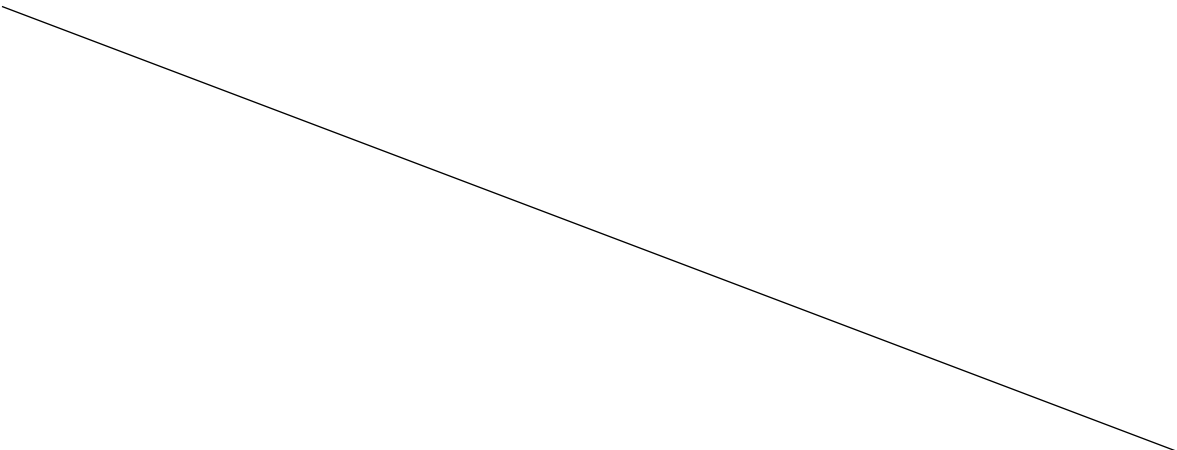
**Beschluss:**                      **Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 4  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## VI. Bericht Bausperre

Vizebürgermeister Holzer: Ich darf Ihnen einen Zwischenbericht zum Schutzzonenkonzept bringen. Vorweg möchte ich mich beim Städteplaner Di Fleischmann und beim Bauamt für die Zusammenstellung bedanken.



A. Bereits durchgeführte Bearbeitungsschritte

- Erhebungsarbeiten / Analysearbeiten - Oktober 2019
- Vorstellung im Rathaus anlässlich Tag der offenen Türe am Nationalfeiertag – 26.10.2019
- Erste Planungsgruppe mit GemeindevertreterInnen (Dummer / Samer / Polacek / Pfeiler / Völkl) und VertreterInnen der Zivilgesellschaft (Moll / Ihm / Kuchler / Maurer) sowie der Gemeindeverwaltung (Stadler / Riedler) – 28.11.2019
- Zweite Planungsgruppe – Begehung des Planungsgebietes erster Teil – 12.12.2019
- Zweite Planungsgruppe – Begehung des Planungsgebietes zweiter Teil – 15.01.2020
- Dritte Planungsgruppe – Grundlegende Diskussion über Festlegungen im Rahmen der Schutzzone / Ausweitung über das Gebiet der Bausperre hinaus – 27.01.2020
- Vierte Planungsgruppe – Abstimmung Bundesdenkmalamt – Ortsbildstelle Land Niederösterreich über die weitere Vorgehensweise – 17.02.2020
- Termin für Begehung war in der Folge vereinbart, wurde auf Grund der Corona-Beschränkungen abgesagt

B. Nächste Schritte – Terminplan

- Ausarbeitung eines Entwurfs für die Abgrenzung der Schutzzone und detaillierte Festlegungen - Mai 2020
- Begehung und Abstimmung mit Bundesdenkmalamt und Ortsbildstelle – ohne Arbeitsgruppe, Teilnehmer Baudirektor Stadler, RRM Fleischmann - Juni 2020
- Abstimmung mit der Arbeitsgruppe (eventuell Begehung des Gebietes zur Kontrolle vor Ort) - Juni 2020
- Vorstellung der Ergebnisse im Bauausschuss - Juni 2020
- Gegebenenfalls Diskussion mit den betroffenen Grundeigentümern / Projektanten – Juli 2020
- Vorbereitung der Unterlagen zur sechswöchigen öffentlichen Auflage - August 2020
- Vorstellung der Ergebnisse im Gemeinderat - September 2020
- Vorschläge für Gestaltungsbeirat – Gestaltungsbeirat ist Voraussetzung für Einreichung bei Baubehörde - September 2020
- Sechswöchige öffentliche Auflage - Oktober / November 2020
- Bearbeitung der Stellungnahme - Dezember 2020
- Behandlung im Gemeinderat / Aufhebung der Bausperre - Jänner 2021

Aufgrund von Corona hat sich alles ein bisschen verzögert, wie so vieles in Österreich. Ich ersuche Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Beschluss:**

**Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 4  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Kamath-Petters nimmt an der Sitzung wieder teil (19:38 Uhr).

## **VII. Bericht A22**

Vizebürgermeister Falb: Aktueller Stand zum Thema A22, das uns seit mittlerweile mehreren Jahren beschäftigt. Und über einen Briefwechsel berichten. Es hat die Stadtgemeinde Stockerau, die Bürgermeisterin an die Frau Umweltministerin nach unserer letzten Gemeinderatssitzung am 27.02.2020 ein Schreiben gerichtet, das sich auszugsweise zur Kenntnis bringen möchte.

„Die Asfinag hat im September 2016 beim BMVIT die Feststellung beantragt, ob für das Vorhaben „A22 Donauuferautobahn, S 3 Weinviertler Schnellstraße – Generalerneuerung und Fahrstreifenerweiterung – Anschlussstelle Stockerau Ost – Knoten Stockerau“ eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Gesetz 2000 durchzuführen ist.

Dann weiter im Verlauf: Die Stadtgemeinde Stockerau als Standortgemeinde nach dem UVP-Gesetz 2000 vertritt die auf naturschutzfachliche Gutachten gestützte Auffassung, dass der mit dem Vorhaben verbundene Eingriff in das Europaschutzgebiet „Tullnerfelder Donau-Auen“, insbesondere der damit einhergehende Lebensraumverlust, zu einer wesentlichen Beeinträchtigung seiner Schutzzwecke führt. Des Weiteren erscheinen die den Einreichunterlagen zugrunde liegenden Verkehrsprognosen, wie von der Stadtgemeinde Stockerau eingeholte Gutachten nahelegen, als zu niedrig angesetzt und damit unplausibel. Dies würde zugleich bedeuten, dass die Grundannahmen der luftreinhalte-technischen sowie der lärmtechnischen Untersuchung und damit die Beurteilung der Auswirkungen auf die Bevölkerung der Stadtgemeinde Stockerau in den Einreichunterlagen unrichtig wären.“

Wir haben dann mit nicht sehr großer Verspätung eine Antwort der Umweltministerin Leonore Gewessler bekommen, am 25.03.2020, woraus ich auch nur zwei Passagen vorlesen will.

„ Aufgrund der Kritik der Stadtgemeinde, der Bürgerinitiativen und des Umweltanwaltes an den verkehrlichen Ausgangsdaten hat er von meinem Bundesministerium beigezogene und unabhängige Sachverständige die Evaluierung der Verkehrsprognose für erforderlich angesehen. Deshalb wurde die Asfinag Anfang März 2020 beauftragt, die Aktualisierung der verkehrlichen Ausgangsdaten nach dem Stand der Technik vorzunehmen und darauf aufbauend auch die Bewertung der Auswirkungen des Bauvorhabens auf das Siedlungsgebiet durch Lärm und Luftschadstoffe zu überprüfen. Sobald die überarbeiteten Projektunterlagen vorliegen, werden sie von den Sachverständigen für die Fachbereiche Verkehr, Lärm und Luftschadstoffe erneut begutachtet.

Darüber hinaus wurde im Zuge des Ermittlungsverfahrens die eingereichten Rodungsunterlagen durch die Fachabteilung geprüft und ein Gutachten beauftragt, welches ergeben hat, dass der gesetzliche Schwellenwert aufgrund kumulativer Wirkungen der beantragten Rodungen mit früheren Rodungen erreicht wird. In weiterer Folge wird geprüft, ob durch die kumulative Betrachtung der Auswirkungen aller Rodungen eine wesentliche Beeinträchtigung des Schutzzweckes der besonderen Schutzgebiete zu erwarten ist. Sollte dies der Fall sein, so muss für das gesamte Vorhaben eine UVP durchgeführt werden.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich kann Ihnen abschließend nochmals versichern, dass Ihr Anliegen für mich große Bedeutung hat und ich daher sämtliche Bedenken im Zusammenhang mit dem gegenständlichen Projekt sehr ernst nehme. Die Auswirkungen dieses Projektes auf die schutzwürdigen Gebiete, Europaschutzgebiet „Tullnerfeld Donauauen“, Naturschutzgebiet „Stockerauer Au“ und das Siedlungsgebiet Stockerau, werden von uns gewissenhaft und genau geprüft. Mit freundlichen Grüßen.“

Zwischendurch hat sich noch ergeben, wie gesagt, es gibt Verbesserungsaufträge des Verkehrsministeriums an die Asfinag, wie erwähnt, und es ist dafür eine Frist bis zum 3. Juni 2020 gesetzt, aufgrund eines Ansuchens der Asfinag. Danach hat die Stadtgemeinde wieder eine vierwöchige Prüfungsfrist. Wir sind allenfalls daran zu überlegen und haben im Stadtrat schon kurz darüber gesprochen, ob wir allfällig auch noch mit einem Privatgutachten uns da zu Wort melden.

Eine weitere Information noch: Die Projektleitung seitens der Asfinag wurde auch ausgewechselt beim gegenständlichen Projekt A 22.

Es gibt auch regelmäßigen Austausch zwischen der Bürgermeisterin und den Bürgerinitiativen, zuletzt auch mit Videokonferenz.

Stadtrat Pfeiler: Vielen Dank für den Bericht zur A22. Im September oder im Spätsommer 2017 ist die Asfinag auf uns zugekommen auf uns hier in Stockerau, um den zweimal dreistreifigen Ausbau in Stockerau wieder zu starten. In wiederkehrenden Gesprächen hat uns die Asfinag jedesmal erklärt, ja, dieser Abschnitt ist ganz besonders, dieser Abschnitt ist ziemlich einzigartig, er führt ganz knapp an der Stadt vorbei. Er ist einzigartig, weil er gleichzeitig auch ganz knapp eben Naturschutzgebiete und das Europaschutzgebiet berührt. Das wurde uns immer zugesichert, es sei eben ein ganz besonderer Abschnitt. Aber, und das war dann immer die große Enttäuschung, die Lösungen, die uns präsentiert wurden, waren

eigentlich Standardlösungen. Das ganz besondere an diesem Abschnitt konnten wir eigentlich an den von der Asfinag geplanten Schutzmaßnahmen nicht erkennen. Da waren wir uns auch eigentlich immer sehr einigt. Im September oder Spätsommer 2017, als die ersten Verkehrsprognosen vorgestellt wurden, haben viele, darunter auch ich gemeint, die Prognosen sind zu niedrig. Wenn man sich die Trends der letzten Jahre angesehen hat und dann die Prognose der Asfinag daneben verlängert hat, hat man gesehen, da ist ein komischer Knick, ein starker Knick nach unten. Das wurde von der Asfinag immer sehr lange klein und weg geredet. Durch die wirklich hartnäckige und akribische und präzise Arbeit der Bürgerinitiative, die sich in Folge formiert hat, war es dann möglich, diese Meinung sozusagen parteiunabhängig zu verankern und zu verstärken. Der Bürgerinitiative ist es auch zu verdanken, dass wir hier schrittweise mehr und mehr Gehör gefunden haben. Aus meiner Sicht geht die Bürgerinitiative „A22 Tunnel grüner Übergang“ hier sehr gut und sehr wertschätzend um, aber auch eben sehr nachhaltig und hartnäckig. Es freut mich jetzt zu hören, Herr Vizebürgermeister, dass wir erstmals hier beim Verkehrsministerium unter der Bundesministerin Gewessler einmal auf ein offenes Ohr stoßen, dass unsere Bedenken einmal zumindest ernst genommen werden und gehört werden. Und, und das ist, glaube ich, der große Erfolg, den wir der Bürgerinitiative zu verdanken haben, aber auch vielen Bemühungen hier innerhalb der Politik von vielen Fraktionen, ist zu verdanken, dass eben hier vom Verkehrsministerium erstmals eine Evaluierung der Verkehrsprognose der Asfinag vorgeschrieben wurde. Das ist ein kleiner Teilerfolg. Den Teilerfolg kann man nicht groß genug bewerten, denn er zeigt uns auf, dass wir in den letzten Jahren hier eigentlich richtige Einschätzungen getroffen haben, sowohl in der Politik wie auch auf Seiten der Bürgerinitiative. Auch die Umweltanwaltschaft hat sich im Übrigen der Ansicht angeschlossen, dass hier die Verkehrsprognosen zu überarbeiten sind und auf dieser Grundlage natürlich auch alle Umweltwirkungen, Lärm, Luftschadstoffe usw. neu zu bewerten sind. Positiv ist auch zu vermerken, dass eine neue Luftgütemessstelle in Stockerau Mitte installiert werden konnte. Danke auch hier an die Bürgerinitiative und auch an die Stadtregierung. Danke Andrea, dass das hier sozusagen ermöglicht wurde, um auch bessere Zahlen, Zahlenmaterial zu bekommen. Ein kleiner Hoffnungsschimmer ist, glaube ich, die aktuelle Entwicklung. Daher danke für die Bemühungen auf Seite der Stadt und auf Seite der Bürgerinitiative. Ohne diese großen Anstrengungen wären wir nicht an dem Punkt, an dem wir jetzt stehen. Zum Abschluss möchte ich auch noch sagen, dass in vielen Gesprächen jetzt in Rahmen der Corona-Krise vielen Leuten bewusst geworden ist, welchen Einfluss der Lärm der A22 hier auf unsere Lebensqualität in Stockerau hat. Plötzlich war von einem Tag auf den anderen das Verkehrsaufkommen deutlich reduziert und plötzlich hat gemerkt, wie ruhig es in den Autobahn nahen Gärten wird, wie ruhig es in weiten Teilen der Stadt wird. Das hat uns, glaube ich, aufgezeigt, worum es hier geht und wie viel an Lebensqualität es hier bei diesem Autobahnausbau für uns hier in Stockerau jetzt und für die nächsten Generationen gehen wird.

Bürgermeisterin Völkl: Danke für diese Ergänzungen.

**Beschluss:**

**Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## **VIII. Bericht Festspiele 2020**

Stadtrat Scheele: Für die diesjährigen Festspielen Stockerau war die Aufführung von Georges Feydeaus „Floh im Ohr“ geplant. Der Kartenverkauf startete am 2. Dezember 2019. Insgesamt wurden 1.267 Karten verkauft.

Nach dem großen Erfolg der vergangenen Saison wurde für heuer eine größere Investition geplant. Für die Tribüne wurde eine neue Bestuhlung angeschafft und diese zum größten Teil durch die Schlosser der Gemeinde bereits angebracht. Ich darf mich an dieser Stelle bei allen beteiligten Personen recht herzlich dafür bedanken.

Die Planungs- und Gestaltungsphase des Bühnenbildes wurde mit Ende März abgeschlossen und einzelne Bühnenbildelemente wurden bereits durch den Bauhof angefertigt. Bühnenbildner Manfred Waba hat für diese bereits erbrachten Leistungen eine Teilrechnung gelegt.

Das behördliche Bauverfahren wurde zeitgerecht eingeleitet und die Anrainer entsprechend verständigt.

Im März 2020 wurden von der Bundesregierung Ausgangsbeschränkungen, Veranstaltungsverbote und Versammlungsverbote beschlossen, deren Ende zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar war bzw. auch nach der Covid-19-Lockerungsverordnung noch nicht absehbar ist. Um keine unnötigen Kosten zu verursachen, wurden sämtliche Tätigkeiten für die Festspiele mit Beginn der Corona-Phase auf Eis gelegt. Die Werbung wurde fristgerecht mit 25. März gekündigt, um anfallende Kosten so gering wie möglich zu halten.

Die Festspiele Stockerau sind seit vielen Jahren Teil des NÖ Theaterfestes und daher war klar, dass vor einer Entscheidung über die Durchführung der diesjährigen Produktion in Stockerau die Entscheidung des NÖ Theaterfestes abgewartet wurde. Am 11. Mai wurde schließlich die offizielle Verschiebung der Festspiele 2020 in das Jahr 2021 verlautbart und in den Medien auch darüber berichtet.

Die Premiere ist für den 29. Juli 2021 geplant, bereits gekaufte Karten behalten für die Veranstaltungen 2021 ihre Gültigkeit.

Mehrere Gründe waren für die Verschiebung maßgebend. Zum einen sind die Entwicklung der Corona-Fallzahlen und die damit einhergehenden Auflagen für Veranstaltungen auf längere Sicht nicht planbar. Nicht auszudenken wären auch die Folgen, wenn während der Produktion Künstler aufgrund von Quarantänemaßnahmen ausfallen würden. Zweitbesetzungen wären mit dem geplanten Budget nicht finanzierbar.

Finanziell stellt sich die Situation so dar, dass mit Förderungen zu rechnen ist. Sponsoren werden teilweise ihre Zusagen trotz Verschiebung einhalten. Die Kosten für die Intendanz fallen vertragsgemäß an, tatsächlich erbrachte Leistungen wie Planungen für das Bühnenbild etc. werden abgerechnet, Stornos für bereits gekaufte Eintrittskarten liegen mit Stand 18. Mai unter € 600,--. Die Werbeverträge wurden zeitgerecht storniert, sodass bis zum jetzigen Zeitpunkt die Kosten überschaubar sind.

Ich darf mich an dieser Stelle bei Philipp Lampl bedanken, der während der Festspiele im das Große und Ganze im Auge hat.

**Beschluss:** **Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## **IX. Bericht Freibadsaison 2020**

Stadtrat Pohl: Ich darf das Pferd von hinten aufzäumen und bei der Corona-Situation beginnen. Heuer wird alles anders. Das Positive zuerst: Gegen andere geartete Planungen wird das Bad geöffnet und wir können auch die Schwimmflächen benutzen. Das war zu anderen Zeitpunkten noch nicht sicher. Wir werden ein Zutrittssystem anschaffen, um genaue Zählungen machen zu können. Die Kassen erweitern. Wir müssen gemäß den Vorschriften die Liegeflächen ein-

schränken, die Zutrittsmenge der Personen, den Zutritt im Schwimmbecken und zu den Attraktionen, wie zu unserer tollen Rutsche. Wir werden natürlich besondere Hygienemaßnahmen setzen.

Da durch diese Einschränkungen – die Preisgestaltung – kommt dann ein eigener Punkt.

Jetzt gehe ich ein bisschen weiter zurück in die Zeit zur Planung. Wir hatten diese Saison natürlich voll geplant und uns war klar, ich habe mir mit Günther Lehner das Bad angeschaut, dass wir, um mit anderen Bädern Schritt zu halten, etwas tun müssen, investieren müssen. Ich darf ihn an dieser Stelle danken. Er hat ganz tolle Ideen gehabt und wir konnten diese auch mit letztem Jahr beginnend umsetzen. Wir haben viele Neuerungen. Im Kinderbereich ist ein Sonnensegel über einen Teil des großen Kinderbeckens. Es gibt ein Piratenschiff und eine Nestschaukel, neue ergonomische Liegen. Wer die alten Liegen noch kennt, die dürften noch aus der Gründungszeit kommen, wie in den 70er Jahren das Bad errichtet wurde. Im Bereich des Buffets wird es ein bisschen Beachflair geben und dementsprechend Sonnenstand und immer mehr Sonnenzeiten haben wir sechs neue Bäume gepflanzt, die natürlich jetzt noch ein bisschen Schatten geben, aber wer Bäume pflanzt und nie in ihrem Schatten liegen wird, der hat das Leben verstanden.

Nach diesem Spruch – ich darf dir Günther und deinem Team sagen, ihr habt ganz toll im Hintergrund gearbeitet, obwohl wir nicht wussten, ob wir überhaupt aufsperrten konnten. Danke für deine Ideen und das Einbringen. Ich glaube, wir haben damit ein Stückchen lebenswerter Stockerau und ein Stückchen das Bad verschönern können. Ich wünsche allen Bürgerinnen und Bürgern trotz aller Umstände, mit respektvollen Abstand, so wie wir in den letzten Wochen miteinander umgegangen sind, trotzdem viel Vergnügen in unserem Freibad.

**Beschluss:**

**Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## **X. Bericht des Umweltgemeinderates**

Stadtrat Pfeiler: In meiner Funktion als Umweltgemeinderat möchte ich Ihnen folgenden Bericht über umweltrelevante Tätigkeiten und Aktivitäten geben.

### **1.) Anschaffung von Elektrofahrzeugen durch die Stadtgemeinde Stockerau**

Im Zuge der Sammelausschreibung der enu (Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ) für Elektrofahrzeuge wurden für die Stadtgemeinde Stockerau insgesamt 5 Elektrofahrzeuge im heurigen Jahr abgerufen und vor wenigen Wochen ausgeliefert. Es handelt sich bei diesen Fahrzeugen um Fahrzeuge der Marke Renault, Modell Kangoo, in unterschiedlichen Ausführungsformen.

Die Fahrzeuge wurden gemeinsam mit den zuständigen Fachabteilungen konfiguriert. Die Fahrzeuge sind bei den Dienststellen im Rathaus (zwei Fahrzeuge) sowie dem Bauhof (ebenfalls zwei Fahrzeuge) sowie der Feuerwehr (ein Fahrzeug) zugeordnet. Gemeinsam mit den beiden Fahrzeugen, die bereits 2019 ausgeliefert wurden, wurden nunmehr insgesamt sieben Fahrzeuge aus dieser Sammelausschreibung des Landes NÖ abgerufen. Wir können hier als Stadt Stockerau ein bisschen stolz sein, weil die enu hat mir mitgeteilt, dass die Stadt Stockerau die landesweit jene Gemeinde ist, mit der höchsten Zahl an abgerufenen Fahrzeugen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die meine Initiative zum Ankauf dieser nunmehr insgesamt sieben Fahrzeuge mitgetragen haben. Es konnte damit an eine erste Welle der Elektrifizierung des städtischen Fuhrparks, die in den Nullerjahren begonnen wurde, angeschlossen werden.

In wenigen Wochen wird bereits ein Abruf aus der neuen Sammelausschreibung für E-Fahrzeuge möglich sein. Wo immer sinnvoll und möglich, sollte beim Ankauf von Fahrzeugen auf E-Fahrzeuge umgestellt werden. Die Stadtgemeinde Stockerau kann hier eine Vorbildfunktion bei der Elektrifizierung des Fuhrparks einnehmen, wie es auch das 28-Punkte-Programm Klimaschutz Stockerau vorsieht.

### **2.) Entfernung von Autowracks in der Schaumannngasse**

Auf einem Lagerplatz in der Schaumannngasse werden die aus dem öffentlichen Straßenraum zu entfernenden besitzerslosen Autowracks zwischengelagert. Hierbei gelten besondere Behaltefristen, falls sich doch noch der Eigentümer oder die Eigentümerin des Fahrzeuges meldet.

In den letzten Jahren wurden die Fahrzeuge weit über die Mindestbehaltefrist abgestellt, wodurch sich eine große Zahl abgestellter Fahrzeuge angesammelt hat. Um potentielle Umweltgefahren, die z.B. aus Öl- oder Flüssigkeitsaustritt resultieren könnten, zu vermeiden, wurden heuer im Frühjahr die Fahrzeuge über einen Fahrzeugverwerter entsorgt. Danke an die gute Zusammenarbeit mit dem Bauamt/Verkehrsabteilung in dieser Angelegenheit.

Zur Vermeidung von Umweltgefahren auf dieser Liegenschaft empfehle ich, einen besser geeigneten und entsprechend ausgestatteten Standort für die Zwischenabstellung der Fahrzeuge zu wählen. Erst heute hat mich in dieser Sache eine besorgte Bürgerin kontaktiert und hier auch auf diese Situation hingewiesen.

### 3.) Baumpflanzungen, Baumpatenschaften und Naturwiesen im Stadtgebiet

In der Baumpflanzsaison Winter/Frühjahr 2019/2020 wurden insgesamt 129 Bäume im Stadtgebiet gepflanzt. Schwerpunkt war dabei die Wiedervervollständigung der Lindenalleen. Besonders erwähnen möchte ich auch den Obstbaumhain, der in der Rauch-Straße entstanden ist. Hier wurden 12 Obstbäume unterschiedlicher Sorten gepflanzt, in wenigen Jahren kann dort genascht und geerntet werden – Stichwort „Die essbare Stadt“. Ergänzend dazu wurden im gesamten Stadtgebiet punktuell Straßenbäume nachgepflanzt. Danke auch an dich Andrea als Bürgermeisterin, dass du all diese Baumpflanzaktionen mitgetragen und unterstützt hast.

Die Bäume wurden in ein speziell eingebrachtes wasserspeicherndes Substrat gepflanzt und mit einem Drainage-Bewässerungssystem ausgestattet. Dieses System ist im Vergleich zu andernorts eingesetzten Bewässerungssäcken sicher vor Beschädigungen und es bewässert die Bäume direkt im Wurzelbereich. Ausdrücklich möchte ich mich beim Bauhof bedanken, der die Baumpflanzungen mit großem Engagement und hohem fachlichen Wissen durchführt.

Positiv entwickelt haben sich auch die Baumpatenschaften. In dieser Saison wurden bereits 33 Baumpatenschaften übernommen und damit konnte für ca. ein Viertel der gepflanzten Bäume ein Kostenbeitrag erzielt werden.

Zur Stärkung der Artenvielfalt wurden im Stadtgebiet Insektenhotels aufgestellt, begleitend werden zahlreiche Flächen im Rahmen des Pflegekonzeptes für Wiesenflächen auf Naturblumenwiesen umgestellt. Danke an alle in Politik, da schaue ich in Richtung Klaus Polacek, und auch in der Verwaltung, die dabei aktiv und engagiert mitgewirkt haben. Danke Klaus.

Im Sinne des 28-Punkte-Programms Klimaschutz Stockerau (Maßnahmen 12, 13 und 14) empfehle ich, die Baumpflanzungen auch in der kommenden Winter/Frühling-Saison 2020/21 weiterzuführen.

### 4.) Flurreinigungsaktion

Die heurige Flurreinigungsaktion war für 28. März geplant, musste jedoch leider abgesagt werden, coronabedingt. Es freut mich berichten zu können, dass sich auch heuer wieder viele Interessentinnen und Interessenten angemeldet haben. Viele haben dann in Eigenregie Flurreinigungen durchgeführt, wofür ich mich bei den Aktivistinnen und Aktivisten bedanke.

### 5.) Luftgüte

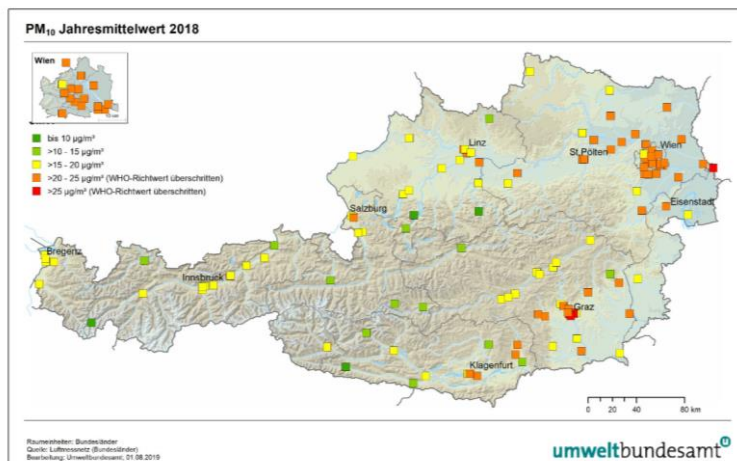
Die Hauptbelastung ist durch Feinstaub in Stockerau gegeben, wobei ich hier ausschließlich auf Daten der Messstelle in der Rudolf Diesel-Straße zugreife, weil diese Messstelle online verfügbar ist und für jedermann überprüfbare Daten liefert.

Die Überschreitungen beim Tagesmittelwert des PM10 (also Belastungen  $>50\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) betrugen:

- 2018: 10 Überschreitungen
- 2019: 7 Überschreitungen
- 2020: bislang zwei Überschreitungen

Wichtig ist auch anzumerken, dass der Jahresbericht 2018 des Umweltbundesamtes auch darauf hinweist, dass Stockerau einer jener Orte ausweist, an denen der WHO-Richtwert für den Jahresmittelwert PM10 ( $20\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) überschritten ist. Nach den vorliegenden Zahlen liegen die Belastungswerte auch im Jahr 2019 und in den ersten Monaten 2020 knapp über dem

betreffenden WHO-Richtwert. Diese Tatsache sollte trotz der sinkenden Überschreitungstage nicht übersehen werden. Nach einer Phase der langfristig sinkenden PM10-Belastungen in Österreich ist leider seit 2016 eine Trendumkehr mit steigenden PM10-Belastungen eingetreten.



Quelle: Jahresbericht Luftgütemessung 2018 des UBA, Seite 31

Aus den online öffentlich zugänglichen Daten der Luftgütemessstelle Rudolf-Diesel-Straße möchte ich aus aktuellem Anlass noch über Auswertungen für die Zeiträume 15.3.-15.4. sowie für den Zeitraum 1.4.-30.4. der Jahre 2019 und 2020 berichten:

#### Feinstaub PM10

| PM10      | 15.3.-15.4. | 1.4.-30.4. |
|-----------|-------------|------------|
| 2019      | 30µg/m3     | 29µg/m3    |
| 2020      | 26µg/m3     | 22µg/m3    |
| Vergleich | -16%        | -24%       |

#### Stickstoffdioxid NO<sub>2</sub>

| NO <sub>2</sub> | 15.3.-15.4. | 1.4.-30.4. |
|-----------------|-------------|------------|
| 2019            | 22µg/m3     | 19µg/m3    |
| 2020            | 17µg/m3     | 17µg/m3    |
| Vergleich       | -26%        | -12%       |

Bei beiden Schadstoffen kam es bei beiden betrachteten Zeiträumen, also 15.3.-15.4. und 1.4.-30.4., im Vergleich zum Vorjahr zu signifikanten Reduktionen der Belastungen, je nach Schadstoff und Betrachtungszeitraum liegen die Reduktionen bei -12% bis -25%. In diesem Zeitraum war ein deutlich reduziertes Kfz-Aufkommen auf der A22 zu beobachten, wobei mir dazu keine Zahlen vorliegen. Möglicherweise sind hier auch witterungsbedingte Effekte zu berücksichtigen.

Es ist doch ein Hinweis, dass sich hier die Belastungssituation heuer im Frühjahr deutlich reduziert hat gegenüber dem Jahr davor.

Stadtrat Dummer: Nur in der Kürze zu den Autowracks, die da in der Schaumannngasse stehen. Es waren schon über 23 Autowracks. Wir haben dafür gesorgt, dass die entsorgt werden. Das ist heuer passiert. In der Zwischenzeit sind sie wieder nachgewachsen. Es sind sechs, aber ich habe heute veranlasst, dass auch diese sechs entsorgt werden. Also bestmöglich verkauft. Wir

haben damals Angebot eingeholt. Wollte aber niemand. Wir haben sie dann zum Brustmann gebracht. Dasselbe Schicksal werden auch die sechs, die inzwischen nachgewachsen sind, erleiden. Ich habe auch beim Ing. Schwarzer deponiert, dass wir in Zukunft die am Fuchsenbühel abstellen und nicht mehr in der Schaumannngasse auf dem unbefestigten Gelände, sodass es auf befestigten Gelände steht und dass es auch nicht aus den Augen, aus dem Sinn ist. Das ist nämlich das, was dort passiert. Die sind gut versteckt, die sieht keiner und an die denkt keiner. Aber am Fuchsenbühel stolpern wir täglich darüber und dann werden sie auch rechtzeitig entsorgt. Wir haben eine Behaltefrist von sechs Monaten und nach sechs Monaten können wir sie entsorgen. Das sind Wracks, die im Gelände abgestellt werden, und die wir regelmäßig entsorgen.

Bürgermeisterin Völkl: Ich möchte auch unseren Finanzstadtrat danken, dass er hier ein Herz für die E-Mobilität hat, weil die Autos haben auch finanziert werden müssen. Das hat uns unser lieber Finanzstadtrat ermöglicht.

Zu den Bäumen möchte ich sagen. Wir pflanzen nicht nur im Stadtgebiet, sondern es gibt auch Ersatzaufforstungsflächen und da gibt es die Marienhöhe und auch im Augebiet. In Summe haben wir jetzt bis zu diesem Datum 550 Bäume auf Gemeindegebiet gepflanzt und es werden noch mehr, weil die Aufforstungsflächen, wo wir der Naturverjüngung der Au weiterhelfen. Die werden jetzt schon im Juni eingezäunt, dass die auch gut wachsen und auch gedeihen können.

**Beschluss:** **Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## **XI. Resolutionen**

### **1. Resolution – Kommunalen Rettungsschirm für Städte und Gemeinden**

Vizebürgermeister Holzer:

#### **Sachverhalt:**

Die Corona-Krise hat klar und deutlich gezeigt, wie unverzichtbar die Städte und Gemeinden für die Krisenbewältigung vor Ort sind.

Funktionierendes Krisenmanagement, gesicherte Daseinsvorsorge, Hilfs- und Lieferdienste sowie eine gesicherte Aufgabenerfüllung durch die Gemeindeverwaltungen waren und sind zu jeder Zeit eine Selbstverständlichkeit.

Jetzt geht es um dringend notwendige Hilfe für Städte und Gemeinden. Die Städte und Gemeinden dürfen jetzt nicht alleine gelassen werden, wenn es darum geht, die Absicherung der Gemeindefinanzen zu gewährleisten. Bereits ab Mai, wenn nicht früher, ist ein Rückgang der Ertragsanteile zu erwarten, die zu den wichtigsten Einnahmequellen von Gemeinden und Städten zählen. Zu befürchten ist, dass das Minus bei den Ertragsanteilen in den Folgemonaten noch deutlich höher ausfallen wird. Durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verlieren die Städte und Gemeinden außerdem auch einen Großteil der Kommunalsteuereinnahmen.

#### **Die Corona-Krise darf nicht zu einer Krise der Daseinsvorsorge werden.**

Selbst beim größten Sparwillen der verantwortungsvollen KommunalpolitikerInnen wird sich eine Finanzierungskrise in den Städten und Gemeinden nicht verhindern lassen, wenn nicht rasch gehandelt wird. Die Bundesregierung muss Städte und Gemeinden jetzt unterstützen, denn es geht hier auch um grundlegende Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Wir alle leben in Städten und Gemeinden, die wichtige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen.

Folgende Forderungen sind für uns als Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger unserer Kommunen daher außer Zweifel zu stellen:

- GemeindebürgerInnen dürfen nicht belastet werden. Es muss verhindert werden, dass GemeindebürgerInnen ausbleibende Finanzmittel etwa durch steigende Gebühren abfedern müssen.
- Gemeinden dürfen nicht unter Privatisierungsdruck geraten und gezwungen werden, Teile der Daseinsvorsorge zu verkaufen.
- Gemeinden brauchen finanzielle Mittel für kommende Investitionen, die vor allem der regionalen Wirtschaft zugutekommen. Es braucht dazu ein Konjunkturpaket des Bundes für die Kommunen.
- Das Rettungswesen, die Schulen und Kindergärten, die Feuerwehren, die Betreuungseinrichtungen und die kommunalen Freizeiteinrichtungen sind elementare Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens. Die Gemeinden als Erhalter dieser Einrichtungen

brauchen finanzielle Unterstützung, um dieses Service und diese wichtigen Leistungen auch für die Zukunft garantieren zu können.

Aus den genannten Gründen fordern wir daher von der Bundesregierung:

- 100-prozentige Abgeltung des finanziellen Ausfalls der Corona-Krise für Städte und Gemeinden,
- ein Konjunkturpaket für Kommunen, um vor Ort die Wirtschaft anzukurbeln.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Resolution an die Bundesregierung wird, wie im Amtsbericht angeführt, beschlossen, in der gefordert wird:

- 100-prozentige Abgeltung des finanziellen Ausfalls der Corona-Krise für Städte und Gemeinden,
- ein Konjunkturpaket für Kommunen, um vor Ort die Wirtschaft anzukurbeln.

Stadtrat Pfeiler: Danke für diesen Resolutionsentwurf. Der Resolutionsentwurf weist auf ganze wichtige Dinge hin, weshalb er aus unserer Sicht, aus der Sicht der GRÜNEN Stockerau unterstützenswert ist. Erstens sollte es im Zuge der Finanzierungsengpässe der Gemeinden zu keinen überschießenden Gebührenanhebungen kommen. Und zweitens, und das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, der hier in der Resolution oder im Begründungstext angesprochen ist – der Privatisierungsdruck. Es gab in der letzten Zeit immer wieder über verschiedene Mechanismen einen Druck auf die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Kanal, Wasser, Müll usw. Jetzt ist es wichtig, dass im Rahmen dieser Corona-Situation und den absehbaren Finanzierungsengpässen hier nicht wieder ein Privatisierungsdruck auf die Einrichtungen der Daseinsvorsorge ausgeübt wird, denn wie man z.B. bei der Privatisierung des Wassers gesehen hat, hat es dann à la longue zu sehr stark steigenden Wasserpreisen für die Endkundinnen und Endkunden geführt.

Zum kommunalen Konjunkturpaket – ja. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass die Gemeinden weiterhin eine Investitionstätigkeit durchführen können. In diesem Punkt würde ich aber um eine Präzisierung der Resolution ersuchen und zwar kommunales Konjunkturpaket mit einem Impuls zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Konjunkturpaket und Klimaschutz bzw. Nachhaltigkeit schließen sich nicht aus. Denken wir an Fotovoltaikausbau, denken wir an Solarausbau, denken wir an Ausbau von Radwegen oder anderen nachhaltigen Infrastrukturen, Energiesparen, Begrünung, Regenwassermanagement usw., aber denken wir aber bitte auch an die sozialen Infrastrukturen, Ganztagschulen, Kindergärten usw. und so fort. Also hier das Ersuchen, eben dieses kommunale Konjunkturpaket noch zu ergänzen, um das Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Vizebürgermeister Holzer: Die Ergänzung um konkrete Zahlen ist, glaube ich, nicht die Aufgabe jetzt der Gemeinde. Wenn die Bundesregierung die Gemeinden zu 100% für die Ausfälle und Schäden entschädigt, muss man schauen, der Staat muss es sich auch leisten können, wie groß das Konjunkturpaket ist. Wir alle wissen, es kann ganz groß sein, und da jetzt

Forderungen reinzuschreiben, erscheint mir nicht wichtig. Wichtig ist der erste Punkt, eben die 100%ige Ausfallabgeltung, dass das einmal zugesagt wird für die Gemeinden. Daher offen lassen und keine Zahl drinnen.

Stadtrat Moser verlässt die Sitzung (20:16 Uhr).

Stadtrat Pfeiler: Ich stelle folgenden **Antrag**. Der vorliegende Antragstext, letzter Anstrich wird wie folgt **ergänzt**: Ein Konjunkturpaket für Kommunen, um vor Ort die Wirtschaft anzukurbeln, dabei sollen Aspekte des Klimaschutzes, der Nachhaltigkeit und der Bildungseinrichtungen speziell berücksichtigt werden.

**Beschluss:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Stadtrat Pohl: Die Krise hat vor allem eines gezeigt, dass wir uns auf das Wesentliche beschränken müssen und nicht auf Dinge, die vielleicht zukunftsfruchtig sind, aber Geld, das wir nicht haben, nicht ausgeben können. Es liegt noch eine zweite Resolution vor. Wir haben daher auf eine eigene Resolution, die wir zwar vorbereitet haben, verzichtet. Wir stellen einen Antrag, weil wir in beiden Punkten einerseits viel Übereinstimmendes finden, aber andererseits auch Dinge, die jeweils in der anderen Resolution nicht drinnen sind.

Wir stellen daher den **Antrag**, einen gemeinsamen Entwurf aus beiden Resolutionen zu machen und zwar mit einem Umlaufbeschluss. Die Verwaltung möge bitte die beiden Resolutionen vergleichen, schauen, wo die Gemeinsamkeiten sind, und dann die Punkte hineinbringen, die im jeweiligen anderen Antrag fehlen, und das in Umlauf zu bringen, damit wir es abstimmen können, möglichst schnell eine Resolution an die Regierung machen können. Dem würden wir vorab zustimmen.

Bürgermeisterin Völkl: Es ist jede Resolution für sich selbst sehr gut formuliert. Stadtrat Pohl stellt hier den Antrag, beide Resolutionen zusammen zu führen. Bitte darüber um Abstimmung.

**Beschluss:** mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |

**Abstimmung über Antrag lt. Tagesordnung:**

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## **2. Resolution – Kommunalen Rettungsschirm, Investitionsprogramm und Verlängerung des Finanzausgleichs für Gemeinden**

Vizebürgermeister Falb:

### **Sachverhalt:**

(Der Sachverhalt wird nicht verlesen, da Tischvorlage).

Der Österreichische Gemeindebund hat eine Resolution beschlossen, mit der die Bundesregierung auf die herausfordernde Lage der Gemeinde aufmerksam gemacht wird.

Die Stadtgemeinde Stockerau unterstützt diese Resolution, indem sie durch eine gleichlautende Resolution an die Bundesregierung einen kommunalen Rettungsschirm, um die Liquidität in den Gemeinden zu sichern, ein Investitionsprogramm des Bundes in Höhe von 1 Milliarde Euro und die Verlängerung des Finanzausgleichs um zwei Jahre fordert.

### **Liquidität der Gemeinden gewährleisten:**

Die Corona-Krise fordert neben den Bürgerinnen und Bürgern alle staatlichen Ebenen gleichermaßen. Standen in den ersten Wochen vor allem die gesundheitlichen Maßnahmen im Fokus, hatten die Gemeinden innerhalb kurzer Zeit auch mit den finanziellen Herausforderungen zu kämpfen. Die Auswirkungen der Corona-Krise sind bereits in den Gemeindebudgets sichtbar und spürbar. Bereits ab Mai brechen die Ertragsanteile (der Gemeinden ohne Wien) in zweistelliger Prozenzhöhe ein. Ebenso ist ein spürbarer Rückgang bei den Kommunalsteuereingängen zu verzeichnen. Gründe dafür sind vor allem die steigende Arbeitslosigkeit und die steigende Zahl an Arbeitnehmern in Kurzarbeit, für die keine bzw. geringere Kommunalsteuer zu entrichten ist. Gleichzeitig aber bleiben Personalausgaben der Gemeinden konstant, da etwa für Gemeindemitarbeiter keine Kurzarbeit in Anspruch genommen werden kann. Außerdem sind Kostensteigerungen im Gesundheitswesen, Sozialwesen und selbst in der Jugendwohlfahrt zu erwarten. Eine interne Prognose des Österreichischen Gemeindebundes geht von einem Konsolidierungsbedarf von bis zu zwei Milliarden Euro für alle Gemeinden ohne Wien in diesem Jahr aufgrund der sinkenden Einnahmen bei steigenden Kosten aus. Spätestens ab Juli erreichen viele Gemeinden die Liquiditätsgrenze, sodass sie auf Fremdfinanzierung zur Deckung der laufenden Kosten zurückgreifen müssen. Im Gegensatz zur Bundes- und Landesebene haben die Gemeinden aber nicht die Möglichkeit, sich die in den kommenden Monaten notwendige Liquidität auch nur annähernd so friktionsfrei und zinsgünstig auf dem Kapitalmarkt zu besorgen, wie dies für den Bund und die Länder möglich ist.

**Die Stadtgemeinde Stockerau fordert daher - jedenfalls für die Krisenjahre 2020 und 2021 - die Bereitstellung von Finanzierungszuschüssen und Garantien sowie die Weitergabe von sogenannten OeBFA-Darlehen (Darlehen der Österreichische Bundesfinanzierungsagentur) durch Bund und Länder an Gemeinden und Gemeindeverbände. Dieser kommunale Rettungsschirm ist nicht nur aus Liquiditätsgründen erforderlich, sondern auch aus Gleichbehandlungsgründen geboten, damit sich die Gemeinden ebenso reibungslos und zinsgünstig refinanzieren können wie Bund und Länder.**

**Kommunales Investitionsprogramm 2020/2021:**

Die Gemeinden sind die wichtigsten öffentlichen Investoren auf regionaler Ebene in unserem Land und damit gerade für die klein- und mittelständische Wirtschaft mit hunderttausenden Arbeitsplätzen von enormer Bedeutung. Die Gemeinden ohne Wien investierten im Jahr 2018 rund 2,75 Milliarden Euro, 2019 dürfte das Investitionsniveau ähnlich gewesen sein. Angesichts der massiven Einbrüche der kommunalen Einnahmen ist ohne Unterstützung von Bund und Ländern in den kommenden Jahren mit einem drastischen Rückgang der kommunalen Investitionen zu rechnen. Dies schwächt nicht nur die kommunale Infrastruktur und verteuert Sanierungs- und Baumaßnahmen, die aufgeschoben werden müssten, sondern lähmt auch das regionale Wirtschaftswachstum.

**Die Stadtgemeinde Stockerau fordert daher ein kommunales Investitionsprogramm des Bundes in Höhe von 1 Milliarde Euro, um die regionale Wirtschaft zu stärken. In analoger Form könnte hier das 2017/2018 erfolgreich umgesetzte Kommunale Investitionsprogramm herangezogen werden, wobei aus budgetären Gründen der maximale Zweckzuschuss pro Investitionsprojekt auf 50% der Gesamtkosten zu erhöhen wäre. Darüber hinaus sollten umsatzsteuerliche Erleichterungen auf getätigte kommunale Investitionen in den Jahren 2020 und 2021 geschaffen werden.**

**Finanzausgleich um zwei Jahre verlängern:**

Weder werden die unmittelbaren oder gar die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Corona-Krise rechtzeitig feststehen, noch ist es zielführend, in Zeiten der Krise langwierige und kontroverse Finanzenausgleichsverhandlungen zu führen.

**Die Stadtgemeinde Stockerau spricht sich daher - ebenso wie die Länder - für eine Verlängerung des aktuellen Finanzausgleichs (FAG 2017) bis einschließlich 2023 aus.**

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Resolution des Österreichischen Gemeindebundes wird unterstützt und eine gleichlautende Resolution an die Bundesregierung wird, wie im Amtsbericht angeführt, beschlossen, in der gefordert wird:

- **Gewährleistung der Liquidität der Gemeinden:**

Die Stadtgemeinde Stockerau fordert - jedenfalls für die Krisenjahre 2020 und 2021 - die Bereitstellung von Finanzierungszuschüssen und Garantien sowie die Weitergabe von sogenannten OeBFA-Darlehen (Darlehen der Österreichische Bundesfinanzierungsagentur) durch Bund und Länder an Gemeinden und Gemeindeverbände. Dieser kommunale Rettungsschirm ist nicht nur aus Liquiditätsgründen erforderlich, sondern auch aus Gleichbehandlungsgründen geboten, damit sich die Gemeinden ebenso reibungslos und zinsgünstig refinanzieren können wie Bund und Länder.

- **Kommunales Investitionsprogramm 2020/2021:**

Die Stadtgemeinde Stockerau fordert ein kommunales Investitionsprogramm des Bundes in Höhe von 1 Milliarde Euro, um die regionale Wirtschaft zu stärken. In analoger Form könnte hier das 2017/2018 erfolgreich umgesetzte Kommunale Investitionsprogramm herangezogen werden, wobei aus budgetären Gründen der maximale Zweckzuschuss pro Investitionsprojekt auf 50% der Gesamtkosten zu erhöhen wäre. Darüber hinaus sollten umsatzsteuerliche Erleichterungen auf getätigte kommunale Investitionen in den Jahren 2020 und 2021 geschaffen werden.

- **Verlängerung des Finanzausgleichs um zwei Jahre:**

Die Stadtgemeinde Stockerau spricht sich - ebenso wie die Länder - für eine Verlängerung des aktuellen Finanzausgleichs (FAG 2017) bis einschließlich 2023 aus.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## **XII. Anträge der Bürgermeisterin**

### **1.) Bestellung eines neuen Ortsvorstehers für Oberzögersdorf**

**Sachverhalt:**

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Ing. Trabauer Karl als Ortsvorsteher von Oberzögersdorf mit Ende März 2020 ist ein neuer Ortsvorsteher zu bestellen.

Gemäß § 40 Abs 2 der NÖ Gemeindeordnung kann der Gemeinderat auf Vorschlag der Bürgermeisterin einen Ortsvorsteher für jeden Ortsteil auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeindevorstandes bestellen.

Es können nur Gemeindemitglieder bestellt werden, die das passive Wahlrecht zum Gemeinderat besitzen und ihren Hauptwohnsitz in dem Ortsteil haben, für den sie bestellt werden sollen.

Am 25.03.2020 bei der informellen Besprechung des Stadtrates wurde folgendes Gemeindeglied zur Bestellung als Ortsvorsteher vorgeschlagen:

Für die KG Oberzögersdorf:      Herrn Bmst. Ing. Siegfried SINGER  
geb. 22.12.1983  
2000 Oberzögersdorf, Wiesenweg 6

Es freut mich sehr, dass wir Herrn Ing. Singer gewinnen konnten und dass er sich bereit erklärt hat, das Amt des Ortsvorstehers zu übernehmen. Er hat sich schon im Stadtrat vorgestellt. Wir haben schon Gespräche gehabt. Es gibt schon sehr gute Ideen für Oberzögersorf. Oberzögersdorf ist wieder in guten Händen bei Herrn Bmst. Siegfried Singer.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ortsvorsteher von Oberzögersdorf wird **Herr Bmst. Ing. Siegfried SINGER** mit 1. April 2020 bestellt.

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 17 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 5  |
|             | FPÖ   | 3  |

GR Kubat und GR Schuller verlassen die Sitzung (20:25 Uhr).

## **2.) Verleihung der Ehrennadel in Bronze an Ing. Trabauer Karl, Ortsvorsteher a.D.**

### **Sachverhalt:**

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund der langjährigen Tätigkeit als Ortsvorsteher von Oberzögersdorf und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadt Stockerau soll

**Herrn Ing. Karl Trabauer,**  
Ortsvorsteher a.D.

die

### **Ehrennadel in Bronze**

verliehen werden.

Ing. Karl Trabauer, ÖVP – Ortsvorsteher von Oberzögersdorf von 27.04.2010 bis 31.03.2020. Die Ortskapelle ist in seiner Zeit saniert worden. Er hat für den Zusammenhalt der Gemeinde gesorgt.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der langjährigen Tätigkeit als Ortsvorsteher von Oberzögersdorf und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadt Stockerau wird **Herrn Ing. Karl Trabauer**, Ortsvorsteher a.D. die **Ehrennadel in Bronze** verliehen.

Gemeinderat Bartosch: Ortsvorsteher außer Dienst, Ing. Karl Trabauer wurde im April 2010 zum Ortsvorsteher der Katastralgemeinde Oberzögersdorf bestellt und übte das Amt bis Ende März 2020 aus. 10 Jahre lang hat Karl Trabauer seine Tätigkeit als Ortsvorsteher stets mit Umsicht, großen Engagement, großen Herz und Leidenschaft für die Bevölkerung in Oberzögersdorf ausgeübt. Während seiner Amtszeit wurde unter anderem die Kapelle renoviert und das Siedlungsgebiet wesentlich in dieser Katastralgemeinde ausgebaut. Bürgerorientierung, Management, wirtschaftliches Denken und dennoch gemeinwirtschaftliches Handeln, strategisches Vorgehen, Kommunikations- und Kritikfähigkeit, ebenso wie Toleranz sind Fähigkeiten, die ein solcher Mandatar benötigt. Diese Fähigkeiten hat Ing. Karl Trabauer in seiner Funktion als Ortsvorsteher eingebracht und um eine wesentliche Fähigkeit ergänzt. Er war mit Leib und Seele in dieser Funktion tätig und hat sich mit viel Engagement für das Wohl seiner Einwohner eingesetzt. Die Fraktion der Volkspartei Stockerau wird diesem Antrag auf Verleihung der Ehrennadel in Bronze an Ing. Karl Trabauer selbstverständlich zustimmen.

### **Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 10 |
|                  | GRÜNE | 4  |
|                  | FPÖ   | 3  |

### **3.) Dank und Anerkennung an Mag. Kadoun Anton, Gemeinderat a.D.**

#### **Sachverhalt:**

Bürgermeisterin Völkl: Aufgrund der Tätigkeit im Gemeinderat und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadt Stockerau soll

**Herrn Mag. Anton Kadoun,**  
Gemeinderat a.D.

**Dank und Anerkennung**

ausgesprochen werden.

Mag. Anton Kadoun, ÖVP – Gemeinderat von 29.04.2019 bis 31.01.2020.

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der Tätigkeit im Gemeinderat und der nachweislich erworbenen Verdienste um die Stadt Stockerau wird **Herrn Mag. Anton Kadoun,** Gemeinderat a.D. **Dank und Anerkennung** ausgesprochen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

#### **Abstimmungsergebnis:**

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 17 |
|             | SPÖ   | 10 |
|             | GRÜNE | 4  |
|             | FPÖ   | 3  |

GR Kubat und GR Schuller nehmen an der Sitzung wieder teil (20:29 Uhr).

### **XIII. Anträge der Stadträte**

#### **a.) Ref. III - Finanzen**

##### **1.) Rechnungsabschluss 2019**

#### **Sachverhalt:**

Stadtrat Dummer: Der Rechnungsabschluss 2019 wurde schon an das Land NÖ weitergeleitet aus formalen Gründen, damit die ihre Berechnungen machen können, auch wenn er jetzt noch nicht beschlossen ist.

Der Rechnungsabschluss 2019 wurde auch im Finanzausschuss besprochen.

Der Beschluss formal wird in der nächsten Gemeinderatssitzung fallen.

Der Rechnungsabschluss 2019 der Stadtgemeinde Stockerau einschl. der Bestattung Stockerau e. U. ist in der Zeit vom 10. März 2020 bis einschließlich 24. März 2020 gemäß § 83 der NÖ Gemeindeordnung zur Einsicht durch die Gemeindemitglieder aufzulegen.

Wir haben 16.911 Einwohner in Stockerau, in bisschen weniger als wie im Jahr 2018.

Der vorliegende Rechnungsabschluss weist lt. Gesamtübersicht auf den Seiten 8 - 11 für das Finanzjahr 2019 folgende Summen auf:

|                                          | RA 2019       | VA 2019       | -Unter/+Überschreitung RA>VA |
|------------------------------------------|---------------|---------------|------------------------------|
| <b><u>Ordentlicher Haushalt</u></b>      |               |               |                              |
| * Einnahmen                              | 49.760.239,47 | 49.814.800,00 | - 54.560,53                  |
| * Ausgaben                               | 49.524.451,26 | 49.814.800,00 | - 290.348,74                 |
| * ergibt SOLL-Überschuss                 | 235.788,21    | -             | 235.788,21                   |
|                                          |               |               |                              |
| <b><u>Außerordentlicher Haushalt</u></b> |               |               |                              |
| * Einnahmen                              | 14.128.035,47 | 29.577.200,00 | - 15.449.164,53              |
| * Ausgaben                               | 13.942.888,74 | 29.577.200,00 | - 15.634.311,26              |
| * ergibt SOLL-Überschuss                 | 185.146,73    | -             | 185.146,73                   |
|                                          |               |               |                              |

Vom ordentlichen Haushalt wurde eine Summe von € 1.877.658,76 an folgende Investitionsprojekte zugeführt:

| Hinweis | Ansatz | Post   | Vorhaben | Vorhabensbezeichnung                        | Soll 2019           |
|---------|--------|--------|----------|---------------------------------------------|---------------------|
| 6       | 031000 | 910000 | 1000001  | Raumordnung und Raumplanung                 | 322.840,12          |
| 6       | 211100 | 910000 | 1000002  | Volksschulen - Erweiterung                  | 12.627,12           |
| 6       | 612300 | 910000 | 1000090  | ÖBB-Unterführung                            | 140.268,50          |
| 6       | 640000 | 910100 | 1000041  | Einr.u.Massnahmen n.d. Strassenverk.Ordnung | 785,33              |
| 6       | 710000 | 910000 | 1000062  | Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau     | 6.879,75            |
| 6       | 815000 | 910000 | 1000015  | Park- u.Gartenanlagen, Kinderspielplätze    | 58.141,68           |
| 6       | 839000 | 910100 | 1000068  | Parkdecks                                   | 57.450,83           |
| 6       | 850000 | 910000 | 1000011  | Wasserversorgung                            | 279.226,39          |
| 6       | 851000 | 910000 | 1000012  | Abwasserbeseitigung                         | 356.106,31          |
| 6       | 852100 | 910000 | 1000013  | Abfallbehandlung                            | 24.552,22           |
| 6       | 852200 | 910000 | 1000014  | Mülldeponie - Müllentsorgung                | 312.808,09          |
| 6       | 853000 | 910000 | 1000072  | Kommunalimmobilienverwaltungs GmbH KIG      | 87.427,75           |
| 6       | 853230 | 910100 | 1000084  | Wohn- und Geschäftsgebäude Reiterkaserne    | 32.717,23           |
| 6       | 859000 | 910000 | 1000017  | Friedhof                                    | 9.880,00            |
| 6       | 894000 | 910100 | 1000080  | Stadtsaal                                   | 140.305,67          |
| 6       | 900000 | 910000 | 1000025  | Finanzverwaltung                            | 35.681,40           |
| 5       | 240400 | 910000 | 1000089  | Haus der Generationen                       | -33,66              |
| 5       | 523000 | 910000 | 1000042  | Umweltschutz Lärmbekämpfung                 | -5,97               |
|         |        |        |          |                                             | <b>1.877.658,76</b> |

Da mit dem Jahr 2020 die VRV 2015 in Kraft getreten ist und damit ein vollkommen neues Buchhaltungssystem implementiert wurde, werden in das neue System keine Fehlbeträge und Überschüsse übernommen. Nur die IST-Fehlbeträge bzw. IST-Überschüsse sind im Kassenabschluss enthalten, diese werden in der Folge in die Eröffnungsbilanz 2020 übernommen. Es war daher das Bestreben, soweit wie möglich alle Fehlbeträge bei den AO-Vorhaben durch Zuführungen auszugleichen und die Vorhaben abzuschließen.

Neben den veranschlagten Zuführungen wurden daher auch die Fehlbeträge bei den Vorhaben 14- Mülldeponie, 68-Parkdeck, 80-Stadtsaal und 84-Schaumannngasse durch Zuführungen aus dem OH abgedeckt. Die getätigten Ausgaben bei diesen Vorhaben werden im Jahre 2020 durch die veranschlagten Darlehensaufnahmen abgedeckt.

#### Rücklagen

Im Jahr 2019 wurde ein Betrag von € 964.000,-- an eine Rücklage betreffend Strauß-Promenade zugeführt. Mit der noch bestehenden Rücklage für die Mülldeponie in Höhe von € 72.035,06 beträgt somit der Rücklagenstand Ende 2019 € 1.036.035,06.

Tilgungszuschüsse wurden bei den Ansätzen 8530 und 8590 in Höhe von € 350.424,24 durchgeführt

#### Personalkostenvergleich:

|          |               |                         |           |
|----------|---------------|-------------------------|-----------|
| RA 2015: | 12.316.173,70 | Personalkostenzuschuss: | 44.790,41 |
| RA 2016: | 12.743.160,64 | Personalkostenzuschuss: | 25.730,00 |
| RA 2017: | 13.220.028,87 | Personalkostenzuschuss: | 34.356,76 |

|          |               |                         |           |
|----------|---------------|-------------------------|-----------|
| RA 2018: | 13.662.997,79 | Personalkostenzuschuss: | 93.045,87 |
| RA 2019: | 14.327.023,97 | Personalkostenzuschuss: | 83.612,61 |

Die Steigerung resultiert aus der gesetzlichen Schemaerhöhung, zusätzlichem Personal in der Bürgerservicestelle und den Kindergärten sowie aus Altersteilzeitvereinbarungen und Auslaufen von Förderungen.

Zinsaufwand (inkl. Kassenkredit):

|          |            |
|----------|------------|
| RA 2015: | 550.795,20 |
| RA 2016: | 466.400,41 |
| RA 2017: | 397.314,00 |
| RA 2018: | 392.127,13 |
| RA 2019: | 374.825,03 |

Schulden – Leasing – Haftung

Der Schuldenstand weist per 31.12.2019 einen Stand von € 40.185.285,-- auf.  
Zu Beginn des Jahres lag der Schuldenstand € 40.710.262,14.

|                                  |                |
|----------------------------------|----------------|
| Die Zugänge betrugen 2019        | € 5.688.449,39 |
| Die Darlehensstilgungen betrugen | € 6.213.426,33 |
| Der Zinsaufwand betrug           | € 357.495,16   |

|                                     |                  |
|-------------------------------------|------------------|
| Die Entwicklung des 6-Mon-Euribors: | 01.01. - 0,238 % |
|                                     | 30.06. - 0,392 % |
|                                     | 31.12. - 0,447 % |

Der Leasingaufwand betrug im Jahre 2019 € 1.527.291,22, somit haftet per 31.12.2019 ein Betrag von € 13.585.778,50 aus.

Haftungen: Durch Rückführungen in KIG konnten die Haftungen per 31.12.2019 auf € 47.497.186,90 reduziert werden.

Die verrechneten bzw. umgelegten Leistungen des Wirtschaftshofes betragen 2019 einnahmen- und ausgabenseitig € 3.841.294,--

Für die KIG wurden 2019 Gesellschafterzuschüsse im Ausmaß von € 900.000,-- gebucht.

Investitionsbudget (AO Haushalt):

Die getätigten Darlehensaufnahmen betrugen im Jahre 2019 € 5.688.449,39 und setzen sich wie folgt zusammen:

| <u>Darlehen</u>                                                                               | <u>Kreditinstitut</u> | <u>Verwendungszweck</u>                               | <u>Vorhaben</u> | <u>Darlehenshöhe €</u> | <u>GR - Beschluß</u> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|-------------------------------------------------------|-----------------|------------------------|----------------------|
|                                                                                               |                       |                                                       | <u>Nr.</u>      |                        |                      |
| 1201902                                                                                       | UniCredit BA          | Volksschule                                           | 1000002         | 692.000,00             | 26.06.2019           |
| 2201913                                                                                       | UniCredit BA          | Haus der Generationen                                 | 1000089         | 153.900,00             | 26.06.2019           |
| 1201910                                                                                       | UniCredit BA          | Lärmbekämpfung                                        | 1000042         | 621.000,00             | 26.06.2019           |
| 1201905                                                                                       | UniCredit BA          | Gemeindestraßen                                       | 1000010         | 203.900,00             | 26.06.2019           |
| 1201924                                                                                       | UniCredit BA          | Einrichtung und Maßnahmen der Strassenverkehrsordnung | 1000041         | 380.000,00             | 19.11.2019           |
| 2201911                                                                                       | UniCredit BA          | Freibäder                                             | 1000044         | 100.000,00             | 19.11.2019           |
| 2201820                                                                                       | UniCredit BA          | WVA BA 15, ABA BA 23 Straußprom.                      | 1000011         | 68.000,00              | 27.06.2018           |
| 2201906                                                                                       | UniCredit BA          | Wasserversorgung                                      | 1000011         | 291.000,00             | 26.06.2019           |
| 2201915                                                                                       | UniCredit BA          | Wasserversorgung                                      | 1000011         | 119.000,00             | 26.06.2019           |
| 2201903                                                                                       | UniCredit BA          | WVA BA 15, ABA BA 24 Hornerstr.                       | 1000012         | 175.000,00             | 27.06.2018           |
| 2201916                                                                                       | UniCredit BA          | Abwasserbeseitigung                                   | 1000012         | 465.000,00             | 26.06.2019           |
| 2201821                                                                                       | UniCredit BA          | WVA BA 15, ABA BA 23 Straußprom.                      | 1000012         | 90.000,00              | 27.06.2018           |
| 2201805                                                                                       | Austrian Anadi Bank   | ABA BA 22 (Körnerpl. u. Sechtlbach)                   | 1000012         | 50.000,00              | 28.03.2018           |
| 2201806                                                                                       | Austrian Anadi Bank   | Mülldeponie - Müllentsorgung                          | 1000014         | 1.615.000,00           | 28.03.2018           |
| 2201917                                                                                       | UniCredit BA          | Wohn- und Geschäftsgebäude Reiterkaserne              | 1000084         | 103.000,00             | 26.06.2019           |
| 2201912                                                                                       | UniCredit BA          | Stadtsaal                                             | 1000080         | 168.200,00             | 26.06.2019           |
| 2201605                                                                                       | Oberbank Stockerau    | sonst.Betriebe u.Einr. - Parkdeck                     | 1000068         | 62.800,00              | 15.06.2016           |
| 2201721                                                                                       | Austrian Anadi Bank   | ÖBB-Unterführung - Abwasser                           | 1000090         | 110.000,00             | 14.06.2017           |
| 1201718                                                                                       | Austrian Anadi Bank   | ÖBB-Unterführung - Gemeindestraßen                    | 1000090         | 142.000,00             | 14.06.2017           |
| 1201719                                                                                       | Austrian Anadi Bank   | ÖBB-Unterführung - Beleuchtung                        | 1000090         | 50.000,00              | 14.06.2017           |
|                                                                                               |                       |                                                       |                 |                        |                      |
| vom NÖ. Wasserwirtschaftsfonds wurden in Summe                                                |                       |                                                       | €               | 7.887,26               |                      |
| an Darlehenszuzahlungen vorgenommen.                                                          |                       |                                                       |                 |                        |                      |
|                                                                                               |                       |                                                       |                 |                        |                      |
| Bei folgenden Darlehen in CHF wurden die Kursveränderungen gegenüber dem Vorjahr dargestellt: |                       |                                                       |                 |                        |                      |
|                                                                                               |                       |                                                       |                 |                        |                      |
| <u>Darlehen</u>                                                                               | <u>Kreditinstitut</u> | <u>Verwendungszweck</u>                               | <u>Vorhaben</u> | <u>Darlehenshöhe €</u> |                      |
| 1200814                                                                                       | Bawag PSK             | Gesundheitswesen                                      | 91              | 2.446,20               |                      |
| 2200401                                                                                       | Kommunalkredit AG     | Abwasserbeseitigung                                   | 91              | 1.869,96               |                      |
| 2200404                                                                                       | Kommunalkredit AG     | Müllbeseitigung                                       | 91              | 1.698,65               |                      |
| 2200303                                                                                       | Kommunalkredit AG     | Müllbeseitigung                                       | 91              | 7.784,53               |                      |
| 2200304                                                                                       | Kommunalkredit AG     | Mülldeponie                                           | 91              | 6.962,79               |                      |

Für die Bedeckung der Abgänge aus den Vorjahren beträgt die Darlehenssumme € 2.779.519,--.

Diese ist in oben angeführten Summen enthalten.

### Die Vorhaben im Detail:

## Vorhaben 1: Raumplanung und Raumordnung

|             |                             |
|-------------|-----------------------------|
| Aufwand für | Stockerau Nord (>Förderung) |
|             | Flächenwidmungsplan         |
|             | Aktualisierung Naturbestand |
|             | div. Planungsleistungen     |

Vorhaben 2: Volksschule – Erweiterung  
Abbrucharbeiten VS-Wondrak  
Containerklassen samt Einrichtung  
Planungs- und Beraterleistungen

Vorhaben 10:            Gemeindestraßen

Kosten für die getätigten Straßenbauarbeiten - teilweise im Vorjahr beauftragt    € 712.618,--  
(Siedlung Oberzögersdorf, Siedlung Unterzögersdorf, Betriebsgelände  
Sandhoferstraße, Schießstattgasse, div. Fahrbahnteiler und Kleinbaustellen)  
der Aufwand für die Bepflanzung und Schnittmaßnahmen                            € 77.757,--  
Rechtsvertretung betreffend Asfinag                                                        € 24.392,--

Vorhaben 11:            Wasserversorgung

Für laufende Bauabschnitte sind folgende Kosten angefallen:

|                          |            |
|--------------------------|------------|
| BA 15                    | 155.333,88 |
| BA 102                   | 15.127,31  |
| BA 13                    | 35.051,48  |
| BA 14                    | 6.518,66   |
| Digitale<br>Wasserzähler | 23.935,00  |

Vorhaben 12:            Abwasserbeseitigung

Für folgende Bauabschnitte sind Investitionskosten angefallen:

|                                    |            |
|------------------------------------|------------|
| BA 15                              | 2.660,19   |
| BA 20                              | 7.587,90   |
| BA 22                              | 28.936,85  |
| BA 23                              | 102.080,61 |
| BA 24                              | 188.382,00 |
| BA 25                              | 6.611,20   |
| Pumpen für Kanal<br>und Kläranlage | 46.191,50  |

Vorhaben 14:            Mülldeponie:

Kosten der Deponieabdeckung: € 1.927.829,33

Vorhaben 16:            Straßenbeleuchtung

Kosten für Straußpromenade: € 40.501,90

Vorhaben 20:            Grundbesitz

Die Grundstückserlöse aus der Straußpromenade betrugen € 2.546.206,86.

Damit wurde eine AO-Tilgung beim Darlehen 2201722 in Höhe von € 2.501.000,-- durchgeführt.

Vorhaben 72: KIG

Ein Teilbetrag des Gesellschafterdarlehens in Höhe von € 2.203.205,08 wurde von der KIG rückbezahlt, sodass dieses nun einen Stand von € 4.000.000,-- aufweist.

Im Gegenzug wurde von der Stadt an die KIG ein Zuschuss in Höhe von € 2.290.632,83 ausbezahlt. Der Differenzbetrag wurde durch eine Zuführung aus dem OH abgedeckt.

Vorhaben 83: Rotes Kreuz Bezirksstelle Korneuburg

Die erhaltenen Bedarfszuweisungsmittel für den Neubau der Bezirksstelle werden 2020 an das Rote Kreuz weitergeleitet.

Vorhaben 90: ÖBB-Unterführung

Die Gesamtkosten des Jahres 2019 betrugen € 294.729,09, mit der Darlehenszuzahlung in Höhe von € 302.000,-- wurde nun das genehmigte Darlehen zur Gänze ausgeschöpft - € 1.255.000,--

Vorhaben 91: Darlehensverrechnung

Hier wurden die betragsmäßigen Kursdifferenzen der CHF-Darlehen, wie bereits oben erwähnt, zum Stichtag 31.12.2019 dargestellt. Es handelt sich dabei um 5 Darlehen in CHF.

Vorhaben 68: Parkdeck

Vorhaben 80: Stadtsaal

Vorhaben 84: Schaumannsgasse

Bei diesen drei Vorhaben wurden 2019 bereits Zahlungen in Höhe von insgesamt € 217.827,79 getätigt, die im Zusammenhang mit der Übertragung/Auskauf aus der Leasinggesellschaft an die Stadt stehen.

Die Bedeckung erfolgt im Jahre 2020 durch eine Darlehensaufnahme im Finanzierungshaushalt.

Der Nachweis der Ausgabenüberschreitungen (20% und mindestens € 7.267,--) und deren Begründung sind dem Rechnungsabschluss beigelegt.

Zu Beginn der Auflagefrist wurde jeder im Gemeinderat vertretenen Wahlpartei ein Exemplar des Rechnungsabschlusses übermittelt.

In Summe kann ich sagen, haben wir uns 2019 ganz gut entwickelt. Mit Ausnahme der Bevölkerungszahl, die ist gesunken von 17.047 auf 16.911. Das hat etwas zu tun mit der Bereinigung der Wählerevidenz als wie mit der tatsächlichen Entwicklung. Niemand flüchtet aus Stockerau, sondern es sind die Daten aktualisiert worden.

StR Moser nimmt an der Sitzung wieder teil (20:38 Uhr).

Bürgermeisterin Völkl: Bedankt sich beim kollegialen Team – Gerhard Dummer Walter Zimmermann für diese Herkules-Aufgabe. Danke auch an Othmar Holzer, er hat ja die ersten vier Monate diese Stadt sehr sorgfältig und umsichtig geführt. Da gehört dir natürlich auch ein Teil dieser Anerkennung, dass der Gerhard da jetzt sitzen kann und sich über finanzielle Ergebnis freuen kann.

Stadtrat Pfeiler: Danke für die Ausführungen, Gerhard. Aus meiner Sicht zeigt der Rechnungsabschluss die großen Herausforderungen, die zur Wahrung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde erforderlich sind, sehr eindrücklich auf. Du hast schon viele Zahlen genannt. Ich werde mich da nicht auf Wiederholung von Zahlen beschränken oder in einen Zahlenkleinkrieg sozusagen einsteigen. Aber ein paar Zahlen scheinen mir wichtig, auf die ich gerne hinweisen möchte.

Der Überschuss in der laufenden Gebarung betrug € 6,8 Mio. und lag über Plan. Das ist sehr positiv. Getragen war das Ganze von sehr guter Entwicklung der Bundesertragsanteile und verschiedene Überschreitungen bei den laufenden Aufgaben konnten z.B. auch durch ein niedriges Zinsniveau kompensiert werden. Von dem her eine sehr positive Entwicklung bei der laufenden Gebarung. Das Vorsichtszeichen in dieser, ja du hast es gesagt Andrea, Herkules-Aufgabe ist der Tilgungs- und generell der Schuldendienst, denn man muss bedenken, die Tilgungen von € 6,2 Mio., Tilgungszuschüsse und die Bildung von Rücklagen hat in Summe zu Finanzausgaben von € 7,5 Mio. geführt. Das bedeutet, dass im Prinzip das, was wir in der laufenden Gebarung sozusagen übergeblieben ist in diesem Gemeindehaushalt, ist eigentlich hier für Tilgungen und den Schuldendienst draufgegangen. Das soll jetzt bitte keine Kritik und Schmälerung an der Arbeit von Gerhard Dummer und von Herrn Finanzdirektor sein, aber es scheint mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass da die Leistungsfähigkeit des Gemeindehaushaltes noch immer in einem sehr kritischen Bereich ist, weil also hier die laufenden Ausgaben noch immer überwiegend für den Schuldendienst und Tilgung verwendet werden müssen.

Wie schon gesagt, es wurden bereits zahlreiche Schritte zur strukturellen Verbesserung des Gemeindehaushaltes unternommen. Das ist auch zu würdigen. Viele dieser Schritte werden natürlich auch erst im heurigen Jahr wirksam werden, diverse Gebührenanpassungen usw.

Positiv möchte ich auch hervorheben, dass viele Dinge, die sich in den letzten Jahren im Rechnungsabschluss abgebildet haben, nämlich zahlreiche Fehlbeträge, Rückstände bei den Lieferanten, Kassenkredit usw., dass das in Prinzip jetzt in Griff ist und bereinigt wurde. Auch das ist aus unserer Sicht sehr positiv zu resümieren, wie auch eine gute Planbarkeit von diversen Ausgaben- und Einnahmenpositionen zu beobachten ist. Hier sind die Abweichungen bei dem, was absehbar ist, in einem sehr geringen Ausmaß geblieben.

Damit komme ich auch zum Resümee. Aus unserer Sicht ist da die Herkules-Aufgabe begonnen aber noch nicht vollendet. Da wird es noch viele Schritte brauchen. Insbesondere ist auch darauf hinzuweisen, dass ja zahlreiche Darlehen in der Vergangenheit aufgenommen wurden, wo erst jetzt im Jahr 2020 mit den Tilgungen begonnen wird. D.h. auch hier darf man sozusagen, muss man berücksichtigen, dass da zuwachsende Tilgungen auftreten werden und auch große Ankäufe und die Volksschulinvestition natürlich vor der Tür stehen.

In Summe wollen wir dem Rechnungsabschluss zustimmen, weil hier wirklich sehr viele Schritte in die Richtung gesetzt wurden. Zur freien Finanzspitze – Gerhard müssen wir noch einmal im Detail sprechen – da habe ich irgendwie eine andere Zahl – aber ich glaube, das würde hier den Rahmen sprengen, wenn wir hier eine Diskussion über eine Zahl beginnen würden.

Stadtrat Dummer: Naturgemäß, es stimmt, richtig, wir werden auch in Zukunft einiges an Darlehenstilgungen zu leisten haben. Wir haben in Summe € 111 Mio. Schulden übernommen. Die werden sich nicht in Luft auflösen. Die werden wir zahlen müssen, nicht in einem Jahr aber halt in den nächsten Jahren. Die Kunst wird sein, immer weniger Darlehen aufzunehmen als wie zurückzuzahlen. Dann, glaube ich, sind wir in der richtigen Richtung unterwegs. Die € 111 Mio., die gehören uns einmal. Wir haben sie jetzt auf € 101 Mio. reduziert. Die Fehlbeträge € 3,7 Mio. – die haben wir auch weggebracht. Aber es ist richtig, es ist da noch einiges zu tun, weil wir halt die Schulden haben, die wir haben.

Vizebürgermeister Holzer: Die € 111 Mio. Schulden, da sind € 110 Mio. einstimmig beschlossen worden in den letzten 20, 30, 40 Jahren. Das einmal zur Klarstellung, dass die Bevölkerung weiß, dass die Schulden nicht die SPÖ alleine gemacht hat, sondern wirklich zum Großteil einstimmig beschlossen wurden. Ich kann mich noch erinnern, wie das Z-2000 gebaut wurde, das auch viel Geld gekostet hat, gab es damals von Bürgermeister Richentzky die Aussage, wenn es nicht einstimmig ist, dann gibt es kein Z-2000. Und wir sind alle froh, dass es das Z-2000 gibt.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist: Erstmalig wurde auch das Vermögen der Stadtgemeinde bewertet. Schaut natürlich auch ganz anders aus. € 106 Mio. Vermögen ohne das Vermögen der KIG und der Haftungen. Man sieht, dass doch mit den Schulden, die in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden, auch Vermögen geschaffen wurde. Im Großen und Ganzen ist es leider Gottes nicht möglich, ohne Schulden einen Haushalt zu führen, eine Firma zu führen, geschweige eine Kommune zu führen und auch Einrichtungen, die der Bevölkerung zugute kommen, zu schaffen. Z-2000 wurde erwähnt, Sporteinrichtungen, Freibad, Hallenbad – das kostet alles Geld. Das geht ohne Schulden nicht. D.h. die letzten Jahrzehnte hat die Sozialdemokratie doch gezeigt, dass sie für die Bevölkerung von Stockerau sehr viel gemacht hat.

Ich möchte mich bedanken bei dir für deine Worte, dass du die ersten vier Monate 2019 nicht vergessen hast. Ich möchte die Gelegenheit auch nützen, Dir. Zimmermann mit seinem Team zu danken, der bei Budget und bei Rechnungsabschlüssen immer sehr gefragt ist und sehr viel Arbeit hat mit seinem Team. Danke dir. Ich möchte auch heute noch einmal in diesem Rahmen die Gelegenheit nutzen, mich zu bedanken für die ersten vier Monate, wo ich in der Funktion des Bürgermeisters die Stadt führen durfte. Ich glaube, alle 350 Beschäftigten der Stadtgemeinde haben es mir leicht gemacht und es war eine sehr gute Zusammenarbeit. Ich vernehme, dass die Zusammenarbeit mit der Belegschaft auch mit dir funktioniert. Das ist das, das mich positiv stimmt. Ich hoffe, dass auch in Zukunft in diesem Gremium weniger Populismus und mehr Sacharbeit passieren. Dann werden wir sicher in den nächsten Jahren für die Bevölkerung von Stockerau noch einiges erreichen. Vielleicht gelingt es dir, dass in Zukunft die Bedarfszuweisungen höher werden, weil in Wahrheit haben entgegen der Wahlversprechen der ÖVP auch nur ungefähr € 930.000,-- Bedarfszuweisungen bekommen, was wir in den letzten Jahren auch immer bekommen haben. Die € 100.000,-- sind ja nur ein Durchläufer für die Rot Kreuz-Zentrale, die darf man auch nicht wirklich rechnen. Wir erinnern uns alle noch, dass wir im Herbst einen Nachtragsvoranschlag brauchen, weil die Bedarfszuweisungen, die gerechnet, versprochen, erwartet wurden, ja auch nicht geflossen sind. Das möchte ich auch noch festhalten.

Positiv ist die Kommunalsteuerentwicklung, die die letzten Jahre immer wieder raufgegangen ist. Schmerzhaft mit Corona werden wir sicher einen Einschnitt erleben.

Zum Finanzstadtrat – es gibt noch einige Tagesordnungspunkte, wo über Hilfen in Richtung Corona gesprochen wird. Da sich das alles so positiv entwickelt hat, hoffe ich natürlich, dass wir dann auch für die Bevölkerung, für die Wirtschaft von Stockerau das eine oder andere locker machen können und wirklich dann auch helfen können, die Corona-Krise zu überstehen. Es wird eine Zeit nach Corona geben, sie wird kommen. Es wird wahrscheinlich auch eine zweite Welle geben. Mit dem müssen wir leben. Wir können nur unseres dazu beitragen, wie in den letzten Wochen. Danke an alle, die sich da beteiligt haben, dass wir das so über die Bühne bringen mit relativ glimpflichen Auswirkungen in der Stadt Stockerau am Gesundheitssektor.

Gemeinderat Pollak: Da wir heute schon so viel Positives über die Finanzen gehört haben, würde ich auch bei einem Punkt, den ich mir nicht verkneifen kann, eine positive Formulierung vorschlagen. Du hast mehrfach die defizitären Einrichtungen erwähnt. Darf ich vorschlagen, dass wir die vielleicht umbenennen in Einrichtungen, zu welchen die Gemeinde im Sinne der Bürger finanzielle beiträgt, denn da geht es um Kultur, da geht es um Erholung, da geht es um Freizeit, da geht es um Bildungseinrichtungen, aber auch städtische Betriebe, die uns vor Ausgaben gegenüber Dritten retten und damit unsere Kosten reduzieren.

Stadtrat Dummer: Können wir gerne machen, aber die € 6.482.000,-- werden dadurch nicht weniger.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluss 2019 der Stadtgemeinde Stockerau einschließlich der Jahresrechnung der Bestattung Stockerau e. U. sowie der Erläuterungen der Überziehungen werden im Sinne des Sachverhalts genehmigt.

### **Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 18 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 5  |
|             | FPÖ   | 3  |

Stadtrat Dummer: Es geht um, was auch zum Rechnungsabschluss dazu gehört, nämlich der Nachweis der Ausgabenüberschreitungen, und zwar jene Beträge, wo die Ausgaben über € 7.287,-- oder mehr als 20% betragen. Das waren zum einen die Geldbezüge für Angestellte im Zuge der vorgezogenen Gemeinderatswahl. Die war ja nicht geplant, waren € 11.816,63, die wir hier mehr ausgegeben hatten als geplant. Wir haben für die Personalausbildung eines Mitarbeiters einen Uni-Lehrgang übernommen, für einen Bediensteten des Pflegeheims. Das sind Mehrkosten von € 11.172,95 gewesen. Das war auch nicht geplant. Wir haben durch eine zusätzliche Gruppe in der Nachmittagsbetreuung der Wondrak-Volksschule Mehrausgaben von € 9.480,73 gehabt. Da hatten wir zwar auch Mehreinnahmen von € 4.400,--, das kompensiert die Mehrausgaben aber nicht zur Gänze. Diese zusätzliche Gruppe in der Nachmittagsbetreuung im Schuljahr 2019/2020 hat natürlich auch einen erhöhten Betreuungsaufwand verursacht in Höhe von € 25.418,64. Einnahmen daraus sind € 5.900,--, das sind die Elternbeiträge. Also, da sieht man, was die Stadtgemeinde auch leistet für die Nachmittagsbetreuung. Wir haben da jetzt, glaube ich, 7 Gruppen. Es gibt dann auch einige Positionen, wo einfach die Kostenersätze „Personal und Fuhrpark“ höher sind. Da sind aber die Einnahmen in anderen Abteilungen auch höher. Das kompensiert sich. Das ist Plus und Minus gleich. Das sind eben beim Kulturzentrum € 14.880,49. Das ist bei irgendeiner anderen Abteilung als Einnahme verbucht. Beim Pflegeheim haben wir echte Mehrausgaben für Mehrleistungsvergütungen, also Überstunden, die notwendig waren durch Personalabgänge in Höhe von € 29.999,15. Wir haben da auch in diesem Bereich vermehrt Leihpersonal einsetzen müssen, nämlich € 31.050,74 haben wir Mehrkosten gehabt. Trotzdem hat sich der Abgang im Pflegeheim deutlich reduziert um fast € 300.000,--. Es ist auf die bessere Auslastung zurückzuführen. Bei den Park- und Gartenanlagen ist vor allen eine ungeplante Großreparatur bei einem Traktor notwendig geworden. Das hat uns Kosten von € 15.683,78 beschert. Bei den Hallenbad ist auch wegen Pensionierung, dadurch waren teilweise Doppelbesetzungen notwendig, beim Personal Mehrkosten von € 9.231,44 angefallen. Bei der Park&Ride-Anlage hat es einen erhöhten Personaleinsatz gegeben. Das ist aber wieder eine interne Verrechnung in Höhe von € 10.738,--. Bei der Kläranlage haben wir erhöhte Gaskosten von € 7.535,64. Das ist durch die Revision des Vorklärbeckens, war kein Faulschlamm da und dadurch haben wir eben Gas zukaufen müssen. Das ist in der Zwischenzeit behoben. Die Nachbeschaffung von gelben Säcken, ungewöhnlich hohe Mehrkosten von € 9.037,--. Ist die Frage, wofür diese gelben Säcke dann wirklich verwendet werden oder fällt einfach so viel Plastik an, dass da fast das Doppelte an gelben Säcken notwendig war. Wir haben bei der Müllabfuhr auch erhöhte Mietzinsen. Das ist die Containermiete für ein Müllleihfahrzeug, weil eben das eine Fahrzeug, das wir ersetzen wollen oder müssen, großteils ausgefallen ist. Da haben wir einen Mehraufwand von € 16.744,- für die Miete von Leihfahrzeugen. In der Mülldeponie haben wir für Fuhrpark und Personal erhöhte interne Leistungsverrechnung, einmal € 39.382,-- für den Fuhrpark und € 111.833,-- für Personal. Am Friedhof haben wir für einen erhöhten Aufwand für Steinmetz, für Graböffnungen und -schließungen gehabt, in Summe € 11.338,--. Bei den Forstgütern hat sich wieder das Personal verschoben, Fuhrpark plus € 14.339,-- und erhöhten Personaleinsatz von € 100.351,31. Das hat unter anderem auch mit der Wegesicherheit zu tun. Bei den Ablie-

ferungen hatten wir Investitionszuschüsse an den Friedhof und für die Wohn- und Geschäftsgebäude in Höhe von € 350.424.000,-- mehr gehabt als geplant, und Zuführungen in Höhe von € 414.826,06 für außerordentliche Vorhaben. Das hat etwas mit der Bedeckung von Fehlbeträgen zu tun, weil da eben die Bedarfszuweisungen in der Höhe nicht gekommen sind, haben wir das dann aus Zuführungen an die außerordentlichen Vorhaben aus dem ordentlichen Haushalt bedeckt. In der Abwasserbeseitigung, bei der ÖBB-Unterführung hatten wir Mehrkosten für zusätzliches Pumpwerk in Höhe von € 36.151,13. Bei den Schweizer Franken-Krediten aufgrund der Krisen zwischen Hongkong, damals noch nicht Corona sondern eher Hongkong, haben wir einen Kursverlust von € 20.762,13 zu verbuchen. Das ist auch nicht planbar. Das hat sich im Rechnungsabschluss 2019 entsprechend niedergeschlagen. So viel zu den Ausgabenüberschreitungen.

Abschließend möchte ich mich recht herzlich bedanken, zum einen bei Dir. Zimmermann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wirklich eine sehr gute Arbeit geleistet haben, die ich über Gebühr strapaziert und gequält habe. Dafür entschuldige ich mich und verspreche, ich werde es auch heuer wieder tun. Ich glaube, dass wir gemeinsam da doch sehr viel bewegt haben, vieles positiv, auch bei den Finanzierungen gute Konditionen für die Gemeinde verhandelt haben. Ich denke, dass das gut funktioniert. Es ist wirklich viel Arbeit, die die Leute von Herrn Dir. Zimmermann und Herr Zimmermann selbst hier leisten. Bedanken möchte ich mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtgemeinde, die diese Projekte, die hinter den Zahlen stehen, auch professionell und ordentlich umgesetzt haben. Wir können das Geld zur Verfügung stellen, wir können schauen, dass wir die Mitteln aufstellen, aber letztendlich muss das Ganze dann auch auf die Straße kommen, auf die Schiene kommen. Dafür braucht es Mitarbeiter, in Summe 349 Köpfe, und alle, die hier einen positiven Beitrag geleistet haben, bei diesen möchte ich mich herzlichst bedanken. Last but not least gilt mein Dank allen Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat, dass sie mit ihren Beschlüssen und Unterstützung der Beschlüsse auch möglich gemacht haben, dass wir diese Dinge umsetzen, durchführen und dass wir dieses Ergebnis erreichen. Das ist nicht, was ich als Finanzstadtrat gemacht habe, das braucht jedes Mal auch einen gewissen Konsens, braucht ein Miteinander und für dieses Miteinander und die Zustimmung im Jahr 2019 möchte ich mich hier auch recht herzlich bedanken.

## **2.) Ankauf des Leasingobjektes Landstraße 16 (Pflegeheim und Tiefgarage)**

### **Sachverhalt:**

*Stadtrat Dummer:* Die Stadtgemeinde Stockerau hat in den Jahren 1994/1995 im Gebäude des ehemaligen Krankenhauses ein Pflegeheim und Tiefgarage errichtet.

Die Errichtungskosten betrugen € 9.480.621,79 inkl. Grundkosten.

Die Finanzierung des Projektes erfolgte über die NÖ KL Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H. Mooslackengasse 12, 1190 Wien.

1995 wurde ein Immobilienleasingvertrag betreffend der Leasingfinanzierung des Pflegeheimes Stockerau und Tiefgarage, EZ 5431, KG 11142 Stockerau mit der NÖ KL Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H. – Laufzeit über 25 Jahre - abgeschlossen.

Nachdem das Ende des Leasingvertrages im April 2020 erreicht ist, soll gegenständliches Leasingobjekt zu nachstehend angeführtem Kaufpreis von der NÖ KL Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H. angekauft werden.

|                              |                       |
|------------------------------|-----------------------|
| Kaufpreis lt. Kaufvertrag    | € 1.750.519,61        |
| abzüglich Kautionsguthaben   | - € 660.427,10        |
| zu bezahlender Restkaufpreis | € <b>1.090.092,51</b> |
| Bearbeitungsgebühr netto     | € 8.750,00            |
| Eigentumsübertragungskosten  | € 80.523,90           |
|                              | € <b>1.179.366,41</b> |

Die Darlehensaufnahme in Höhe von € 1.190.000,-- zur Finanzierung des Projektes 1000052 „Ankauf des Pflegeheims Stockerau samt Garage“ bei der HYPO NÖ mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einem Zinssatz in Höhe von 0,50% über dem 6-Monats-Euribor (Basis mindestens 0%) wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 19. Februar 2020 beschlossen.

Der Gemeinderat wird um Genehmigung des Ankaufs des Leasingobjektes „Pflegeheim und Tiefgarage“ ersucht.

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abwicklung des Ankaufes des Leasingobjektes „Pflegeheim und Tiefgarage“, EZ 5431, KG 11142 Stockerau mit der NÖ KL Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H. Mooslackengasse 12, 1190 Wien, zu einem Kaufpreis von € 1.750.519,61 abzüglich Kautionsguthaben € 660.427,10 – somit einem zu bezahlenden Restkaufpreis von € 1.090.092,51, Bearbeitungsgebühren netto € 8.750,-- und Eigentumsübertragungskosten von € 80.523,90 insgesamt € 1.179.366,41 wird vom Stadtrat genehmigt und dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Die Finanzierung dafür hatten wir schon gesichert mit Gemeinderatsbeschluss im Februar. Somit ist die Finanzierung hier auch gegeben gewesen. Die Bedeckung im Voranschlag auch.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Wir haben im Februar dieses Darlehen aufgenommen und auch über das Pflegeheim auch gesprochen. Es wurde damals auch berichtet, dass Sanierungsmaßnahmen notwendig sind. Eine Anfrage habe ich bezüglich der Maßnahmen wegen der schadhaften Böden. Wurden hier bereits Maßnahmen getroffen? Oder was ist hier vorgesehen?

Vizebürgermeister Holzer: Es war in meinem Bereich. Wir haben schon beauftragt, die Sanierung der Böden.

Stadtrat Dummer: Die Sanierung der Böden wurde schon im Stadtrat beauftragt.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Welche Maßnahmen werden mittel- und langfristig angedacht? Wurde hier schon ein Konzept entwickelt oder das besprochen? Wegen diesem historischen Gebäude sind ja einige Sanierungsmaßnahmen zu treffen.

Bürgermeisterin Völkl: Ich glaube, dass wir das jetzt im Gemeinderat nicht besprechen können. Wir werden das natürlich sehr gerne in einem Ausschuss besprechen. Ich würde dich ersuchen, dass du die Punkte, die du hier besprechen möchtest, dass du die schriftlich einbringst in den jeweiligen Ausschuss.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Gut. Auch noch zum Parkdeck. Da würde ich bitten, es wäre eben eine Anfrage hier gewesen, dass das im Verkehrsausschuss auch behandelt wird, wie hier weiter vorgegangen wird.

Stadtrat Dummer: Ist geplant, dass wir da eben Maßnahmen treffen. Man muss auch überlegen in der Höhe der Miete, dass das Parkdeck besser ausgelastet ist. Es wird jetzt kaum genutzt. Aber heroben, wo man mit der Bewohnerparkkarte stehen kann, da ist kaum ein Platz zu finden. Auch hier haben wir uns schon Gedanken gemacht, wie wir das verbessern können. Die Substanz selbst haben wir uns angesehen, vom Gebäude, ist nicht so schlecht, aber es gibt Überlegungen, zusätzliche Pflegebetten zu schaffen, zwei bis drei. Da haben wir Räume, wo man eventuell etwas umstrukturieren kann. Das Projekt ist in Vorbereitung. Wird sicher dann besprochen im entsprechenden Ausschuss. Auch gibt es Überlegungen, ob man die Tagesbetreuung dort irgendwie unterbringen kann. Am Dachboden sind ungenützte Flächen. Muss man sich aber ansehen, ob da Kosten-Nutzen in irgendeiner Relation stehen. Aber auch das in Prüfung im Zusammenhang mit dem Pflegeheim. Wir haben es nicht nur gekauft, dass wir es haben, sondern es ist uns natürlich schon wichtig, dass wir das auch entsprechend entwickeln und instand halten, weil nur dann behält es auch einen Wert und dann hat es auch einen Wert.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich möchte mich noch bedanken, dass ich Antworten auf Fragen bekommen habe, die ich stellen wollte. Aber das Ansuchen von Frau Bürgermeisterin war, sie nicht zu stellen, und danke für die Antworten.

Vizebürgermeister Holzer: Von Seiten der SPÖ wird es natürlich die Zustimmung zu diesem Ankauf geben sowie zu dem weiteren Ankauf bei der Millenniumshalle. Ich möchte aber doch die Zuhörer und die Bevölkerung erinnern. Es ist jetzt über 25 Jahre her, dass Bürgermeister Richentzky die Idee hatte, das alte Krankenhaus in ein städtisches Pflegeheim umzuwandeln. Stockerau ist damit eine der wenigen Städte in dieser Größenordnung, die ein eigenes Pflegeheim führt. Die Kolleginnen und die Kollegen im Stadtrat und im Gemeinderat möchte ich auch erinnern, wenn es wieder Personaldiskussionen führt und es wird immer verglichen, Stockerau hat zu viele Gemeindebedienstete. Wenn, dann vergleichen wir nicht Äpfel mit Birnen sondern gleiches mit gleichem. Im Pflegeheim sind ja auch, glaube ich 55, 60 MitarbeiterInnen beschäftigt. Die leisten dort hervorragendes. Unser Pflegeheim hat einen hervorragenden Ruf. Es ist für die Alten unserer Stadt da. Auch wenn die Zuweisung über die BH erfolgt, gelingt es immer wieder Stockerauerinnen und Stockerauer hier unterzubringen. Nochmals mein Dank an Bürgermeister Richentzky, der damals die Idee hatte. Jetzt nach 25 Jahre gehört es der Stadtgemeinde und stellt auch einen wesentlichen Teil unseres Vermögens ab dem nächsten Jahr im Rechnungsabschluss dar.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

**3.) Ankauf des Leasingobjektes Mehrzweckhalle Alte Au "Millenniumshalle"**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Dummer: Die Stadtgemeinde Stockerau hat im Jahr 1999 die Mehrzweckhalle Alte Au „Millenniumshalle“ errichtet. Die Errichtungskosten betrugen € 726.728,34.

Die Finanzierung des Projektes erfolgte über die Z Leasing Alfa Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H. Rothschildplatz 4, 1020 Wien.

1999 wurde ein Immobilienleasingvertrag betreffend der Leasingfinanzierung der Mehrzweckhalle Alte Au „Millenniumshalle“, EZ 31, Gst. Nr. 1880/1, KG 11142 Stockerau mit der Z Leasing Alfa Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H. – Laufzeit über 20 Jahre – abgeschlossen.

Nachdem das Ende des Leasingvertrages im Februar 2020 erreicht ist, soll gegenständliches Leasingobjekt zu nachstehend angeführtem Kaufpreis von der Z Leasing Alfa Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H angekauft werden.

|                              |     |             |
|------------------------------|-----|-------------|
| Kaufpreis lt. Kaufvertrag    | €   | 302.997,46  |
| abzüglich Ansparkaution      | - € | 302.997,46  |
| zu bezahlender Restkaufpreis | €   | <u>0,00</u> |

Der Kaufpreis wurde durch eine Kaution angespart und es ist daher keine Zahlung an die Z Leasing Alfa Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H. zu leisten, da die angesparte Kaution mit dem Kaufpreis gegenverrechnet wird.

Die durch den Ankauf der Liegenschaft anfallenden Eigentumsübertragungsgebühren in Höhe von rund € 20.000,-- sind von der Stadtgemeinde Stockerau zu tragen und die Bedeckung ist im VA 2020 im Ansatz 9000 gesonderte Verwaltung gegeben.

Der Gemeinderat wird um Genehmigung des Ankaufs des Leasingobjektes Mehrzweckhalle Alte Au „Millenniumshalle“ ersucht.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abwicklung des Ankaufes des Leasingobjektes Mehrzweckhalle Alte Au „Millenniumshalle“ EZ 31, Gst. Nr. 1880/1, KG 11142 Stockerau mit der Z Leasing Alfa Immobilien Leasing Gesellschaft m.b.H. Rothschildplatz 4, 1020 Wien, zu einem Kaufpreis von € 302.997,46 abzüglich angespartes Kautionsguthaben € 302.997,46 – somit zu einem Restkaufpreis von € 0,00 wird genehmigt.

Die durch den Ankauf der Liegenschaft anfallenden Eigentumsübertragungsgebühren in Höhe von rund € 20.000,-- sind von der Stadtgemeinde Stockerau zu tragen und die Bedeckung ist im VA 2020 im Ansatz 9000 gesonderte Verwaltung gegeben.

Gemeinderat Kubat: Ich habe zwei kurze Anfragen. Die erste ist eigentlich, weil die Millenniumshalle auch in die Obhut des Pächters fällt. Wie es mit dem Pächter weitergeht? Und die zweite Anfrage ist: Ob auch Vereine die Möglichkeit erhalten, eigene Buffets zu machen, weil das wäre eine Aufbesserung des Vereinsbudgets?

Stadtrat Dummer: Eine Zusatzpacht ist da nicht vereinbart. In dem Fall auch nicht notwendig, weil das gehört jetzt der Gemeinde.

Bürgermeisterin Völkl: Das ist jetzt nicht Punkt der Abstimmung. Ich glaube, da wurde etwas verwechselt.

Stadtrat Dummer: Die Alte Au gehört der KIG und ist an die Gemeinde verpachtet und die Gemeinde zahlt Pacht für die Alte Au. Die Millenniumshalle gehört der Gemeinde und die Gemeinde bewirtschaftet sie, unabhängig von der Alten Au. Das ist das eine. Und das andere ist – Pächter in der Alten Au – suchen wir einen neuen.

Bürgermeisterin Völkl: Ist aber jetzt nicht Abstimmungspunkt. Wir sind ganz in einem anderen Thema. Bitte Fragen stellen, die auch zum Tagesordnungspunkt gehören, auch Wortmeldungen.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

#### **4.) Ankauf eines Altstoffsammelfahrzeuges für Papier und Kartonagen**

##### **Sachverhalt:**

*Stadtrat Dummer:* Für die Sammlung von Papier und Kartonagen aus öffentlichen Sammelbehältern, aus Betrieben und Haushalten soll das bereits über das Dorotheum Wien versteigerte Müllfahrzeug Scania Bj 1997, bei dem die notwendigen Reparaturen unwirtschaftlich waren, ersetzt werden.

Das neue Fahrgestell ist mit einem EURO 6 Motor mit 410 PS, mittellangem Fahrerhaus, Automatikgetriebe und lenkbarer Nachlaufachse ausgestattet. Das technische Fahrzeuggewicht beträgt 29.000 kg bei einem zulässigen Gesamtgewicht von 26.000 kg.

Der Aufbau auf das Fahrgestell besteht wie bisher aus einem 22 m<sup>3</sup> Sammelbehälter und einem Heckteil mit manueller Schüttung und Verpressungssystem inkl. Sicherheitsschaltung für Trittbretter, seitlichem Anfahrschutz, Alu-Verkleidung, Rückfahrkamera, etc.

Die umfangreichen technischen Details zu Fahrgestell und Aufbau sind den Anboten zu entnehmen.

Das Fahrzeug ist von Montag bis Freitag für die Sammlung von Papier und Kartonagen im Stadtgebiet und für den Weitertransport zur Übernahmestelle bei der Fa. Bunzl & Biach in Wien 21., im Einsatz.

Für das beschriebene Gesamtfahrzeug gibt es ein Angebot einer BBG-Ausschreibung mit der Kombination Fa. MAN, 2110 Wien (Fahrgestell) und Fa. M-U-T, 2000 Stockerau (Aufbau) und es wurden Angebote von der Fa. Scania, 2000 Stockerau (Fahrgestell) sowie den Firmen FAUN Austria und M-U-T (Aufbau) eingeholt.

Die detaillierten Angebotsergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Angebotsvergleich für die Beschaffung eines Müllfahrzeugs für Papier und  
Kartonagen mit 22 m<sup>3</sup> Ladevolumen und manuellem Lifter

|                     | <b>Angebot<br/>BBG</b>             | <b>Alternativangebote</b>         |                                         |                                             |
|---------------------|------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------------|---------------------------------------------|
| <b>Firma</b>        | MAN Truck<br>& Bus<br>Österreich   | Scania Austria                    | mit Aufbau<br>Faun Austria              | mit Aufbau<br>M-U-T<br>Österreich           |
| <b>Fahrzeug</b>     | MAN TGS<br>28360 6x2-4<br>BL 430PS | Scania P410<br>B6x2*4NA 410<br>PS |                                         |                                             |
| <b>Aufbau</b>       | PressMUT<br>22m <sup>3</sup>       |                                   | Faun<br>Variopress 22<br>m <sup>3</sup> | PressMUT<br>22m <sup>3</sup>                |
| <b>Lifter</b>       | Omni Deko<br>manual                |                                   | Zöller Euro<br>Delta 2301<br>Premium    | Omni Deko<br>manual                         |
| <b>Einzelpreis</b>  |                                    | 93.000 € *                        | 82.500 €                                | 79.995 €                                    |
| <b>Gesamtpreis</b>  | 179.920 €                          |                                   | 175.500 €                               | <b>172.995 €</b>                            |
| <b>Garantiezeit</b> | 36 Monate                          | 24 Monate                         | 24 Monate                               | 36 Monate                                   |
| <b>Lieferzeit</b>   | keine Angabe                       | keine Angabe                      | keine Angabe                            | 10 Wochen ab<br>Fahrzeug-<br>bereitstellung |

\* Angebotspreis 96.000 € abzüglich 3.000 €  
Werkstattgutschrift

Das preisgünstigste Angebot ist demnach der Kauf des Fahrgestells bei der Firma Scania und des Aufbaus der Firma M-U-T Stockerau mit einem Gesamtpreis von € 172.995,--. Technisch sind die Angebote nach Prüfung durch unsere Mitarbeiter als gleichwertig zu beurteilen. Neben dem Kostenvorteil von rund € 7.000,-- gegenüber dem BBG Angebot ergibt sich zusätzlich der Vorteil, dass die Firma Scania eine Fachwerkstätte in Stockerau unterhält, was Zeit und Kosten bei Wartung und Reparatur erspart.

Es sind schon jetzt 4 Scania Fahrzeuge im Einsatz und hierbei im Betrieb, bei Wartung und Reparaturen wurden sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Vereinheitlichung des Fuhrparks vereinfacht auch den eigenen Mechanikern die Wartungsarbeiten.

Gleiches gilt für die Pressmüllaufbauten der Firma M-U-T, die bei uns seit Jahrzehnten erfolgreich im Einsatz sind. Der Aufbau der Firma M-U-T hat gegenüber dem Angebot der Firma FAUN Austria neben dem günstigeren Preis auch eine längere Garantielaufzeit und es wurde eine konkrete Lieferzeit abhängig von der Verfügbarkeit des Fahrgestells angegeben.

Es wird daher der Ankauf eines Papier- und Kartonagensammelfahrzeuges bestehend aus einem Fahrgestell der Fa. Scania zum Preis von € 96.000,-- und einer Werkstattgutschrift von € 3.000,- und einem Aufbau der Fa. M-U-T zum Preis von € 79.995,-- vorgeschlagen.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ankauf eines Fahrgestells Scania P410 B6x2\*4NA mit 410 PS zum Preis von € 96.000,-- und einer Werkstattgutschrift von € 3.000,-- sowie den Ankauf eines Aufbaus PressMUT mit 22 m3 Ladevolumen und einem Lifter Omni Deko manual zum Preis € 79.995,-- wird genehmigt.

Es ist budgetiert und im Voranschlag enthalten.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis:**

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

**5.) Anpassung der Preise für das Freibad Stockerau**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Dummer: Die Eintrittspreise und die Preise für die sonstigen Leistungen für das Freibad Stockerau sollen ab der Sommersaison 2020 angepasst werden.

Die Erhöhung beträgt Durchschnittlich 4%. Die letzte Preisanpassung wurde im März 2018 durchgeführt.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Neufestlegung der Eintrittspreise und der Preise für die sonstigen Leistungen im Freibad Stockerau ab der Saison 2020 werden wie folgt genehmigt.

| <b>Index 3,42%, Erhöhung 4%</b>      | <b>bisher</b> | <b>NEU März 2020</b> |
|--------------------------------------|---------------|----------------------|
| <b>Wiese</b>                         |               |                      |
| Erwachsene ganztags                  | 5,80          | 6,00                 |
| Erwachsene vormittags bis 14 Uhr     | 3,80          | 4,00                 |
| Erwachsene nachmittags ab 13 Uhr     | 3,80          | 4,00                 |
| Ermäßigungen ganztags siehe *        | 3,50          | 3,60                 |
| Kinder 6 bis 15 Jahre ganztags       | 2,60          | 2,70                 |
| Kinder 6 bis 15 Jahre nachmittags    | 2,20          | 2,30                 |
| Kinder 0 bis 6 Jahre ganztags        | 1,00          | 1,00                 |
| Schüler im Unterricht                | 2,00          | 2,00                 |
| Kindergarten - Gruppe                | 2,00          | 2,00                 |
|                                      |               |                      |
| <b>Kurzzeit 2 Stunden</b>            |               |                      |
| Erwachsene                           | 2,80          | 2,90                 |
| Ermäßigungen *                       |               |                      |
| <b>Kabine</b>                        |               |                      |
| Kabine Erwachsene ganztags           | 8,30          | 8,60                 |
| Kabine Erwachsene vormittags         | 5,80          | 6,00                 |
| Kabine Erwachsene nachmittags        | 5,80          | 6,00                 |
| Kabine Mitbenützer ganztags          | 5,80          | 6,00                 |
| Kabine Mitbenützer vormittags        | 3,80          | 4,00                 |
| Kabine Mitbenützer nachmittags       | 3,80          | 4,00                 |
| <b>Saisonkarten</b>                  |               |                      |
| Kabine                               | 39,20         | 41,00                |
| Erwachsene Wiese                     | 101,80        | 107,00               |
| Erwachsene Kästchen                  | 114,60        | 120,00               |
| Pensionisten                         | 65,30         | 68,00                |
| Ermäßigungen siehe * Wiese           | 65,30         | 68,00                |
| Ermäßigungen siehe * Kästchen        | 77,60         | 80,00                |
| Kinder 6 - 15 Jahre Wiese            | 33,70         | 35,00                |
| Kinder 6 - 15 Jahre Kästchen         | 46,30         | 50,00                |
| Kinder 0 - 6 Jahre                   | 22,00         | 23,00                |
| Kombikarten FB/ Hallenbad Erwachsene | 157,00        | 170,00               |
| Kombikarten FB/ Hallenbad ermäßigt   | 103,00        | 107,00               |
| Kombikarten FB/ Hallenbad K 6 -15J.  | 54,00         | 60,00                |
| Schlüsseleinsatz                     | 22,00         | 25,00                |

|                              |       |       |
|------------------------------|-------|-------|
| <b>Verleih</b>               |       |       |
| Badetuch                     | 2,50  | 3,00  |
| Handtuch                     | 2,00  | 2,50  |
| Badehose, oder Badeanzug     | 2,50  | 3,00  |
| Sonnenschirm oder Liegestuhl | 2,50  | 3,00  |
| Sonnenliege mit Dach         | 7,20  | 7,50  |
| <b>Minigolf</b>              |       |       |
| Einzelkarte                  | 2,60  | 2,70  |
| 5er BLOCK                    | 10,30 | 10,70 |
| <b>Tischtennis</b>           |       |       |
| 1 Stunde                     | 3,60  | 3,70  |
| 1/2 Stunde                   | 2,10  | 2,20  |

\* Den ermäßigten Tarif können mit jeweiligem Ausweis in Anspruch nehmen: Lehrlinge, Studenten bis zum 25. Lebensjahr, Schüler, Präsenzdienster, Pensionisten, Menschen mit Behinderung. Die im Behindertenausweis eingetragenen Begleitpersonen haben freien Eintritt.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Straka verlässt die Sitzung (21:24 Uhr).

## **6.) Sondertarif Freibad**

### **Sachverhalt:**

Stadtrat Dummer: Wie bereits im Gemeinderatsausschuss Sport und Freizeit besprochen, sollen aufgrund der COVID-19-Maßnahmen vorerst die Eintrittspreise vereinfacht bzw. auch aufgrund der vielen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit etc. verbilligt werden.

Folgender Sondertarif für das Freibad für die Badesaison 2020 soll festgesetzt werden:

|                                                                                                                                 |   |      |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|------|
| Kinder 0 – 6 J.                                                                                                                 | € | 1,00 |
| Kinder, Jugendliche 7 – 15 J.                                                                                                   | € | 2,00 |
| Lehrlinge, Studierende von 16 - 25 J.<br>SchülerInnen von 16 - 25 J, Präsenzdienster,<br>Pensionisten, Menschen mit Behinderung | € | 3,00 |
| Erwachsene                                                                                                                      | € | 4,00 |

Weiters soll es auch keinen Verkauf von Saisonkarten für das Jahr 2020 geben.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgender Sondertarif für die Badesaison 2020 im Freibad Stockerau wird bis auf Widerruf festgesetzt.

|                                                                                                                                 |   |      |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|------|
| Kinder 0 – 6 J.                                                                                                                 | € | 1,00 |
| Kinder, Jugendliche 7 – 15 J.                                                                                                   | € | 2,00 |
| Lehrlinge, Studierende von 16 - 25 J.<br>SchülerInnen von 16 - 25 J, Präsenzdienster,<br>Pensionisten, Menschen mit Behinderung | € | 3,00 |
| Erwachsene                                                                                                                      | € | 4,00 |

Für die Badesaison 2020 im Freibad wird es keinen Verkauf von Saisonkarten geben.

Stadtrat Pohl: Wie schon in meinem Bericht angeführt, wird die Saison etwas anders sein. Es wird Einschränkungen geben auf der Liegefläche, es wird sich beim Zutritt etwas stauen. Auch aus Sicherheitsgründen schauen wir, dass wir vereinfachte Tarife haben, dass möglichst schnell abgezähltes Geld ausgegeben werden kann. Wir werden im Becken wahrscheinlich etwas Einschränkungen haben. Um den Bürgern den Genuss unseres Freibades trotzdem zur Verfügung zu stellen und nicht den vollen Preis zu verlangen, haben wir im Ausschuss beschlossen, das vorzuschlagen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 4  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Straka nimmt an der Sitzung wieder teil (21:30 Uhr).

GR Trabauer und GR Ludl verlassen die Sitzung (21:30 Uhr).

**7.) Anschaffungen in Bezug auf COVID 19**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Dummer: In Hinblick auf den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtgemeinde war es und ist es erforderlich, diverse nicht geplante Verbrauchsmittel anzukaufen.

Vor allem erforderlich waren Desinfektionsmittel, Schutzmasken und Acrylglasscheiben. Ebenso wurden zusätzliche ärztliche Beratungsdienstleistungen des Stadtarztes in Anspruch genommen und für Drucksorten für das Stadtgebiet Ausgaben getätigt. Derzeit betragen die Kosten dafür € 9.195,09.

Unter Berücksichtigung der derzeit beauftragten, aber noch nicht verrechneten Leistungen, werden sich die Gesamtkosten auf rund € 14.000,-- belaufen.

Dieser Betrag soll in einem Nachtragsvoranschlag aufgenommen werden.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ankauf von diversen Verbrauchsmitteln für Schutzmaßnahmen in Bezug auf COVID-19 mit Gesamtkosten von rund € 14.000,-- wird vom Gemeinderat genehmigt.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis:**

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 16 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

**b.) Ref. I – Bauwesen und Stadtentwicklung**

**1.) Freigabe Aufschließungszone BW-A, KG Oberzögersdorf**

**Sachverhalt:**

Vizebürgermeister Holzer: Mit der vom Gemeinderat in der Sitzung vom 24. September 2014 beschlossenen Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes wurde das bei dem neuen Siedlungsgebiet in Oberzögersdorf bestehende Grünland auf BW-A umgewidmet.

Da in Kürze auf der Fläche des gewidmeten BW-A Baugründe geschaffen werden sollen, muss die zur Bebauung beabsichtigte Grundstücksfläche vom Gemeinderat zur Bebauung freigegeben werden.

Die Freigabebedingungen für die Aufschließungszone BW-A wurden wie folgt festgelegt:

- Nachweislicher Baubeginn auf 90 Prozent der Parzellen im vorangegangenen Bauabschnitt (=BW).

Bezüglich der Freigabebedingung liegt ein Teilungsentwurf GZ. 27796 vom 20.5.2019 vor.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

### **VERORDNUNG**

Die im Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Stockerau ausgewiesene Aufschließungszone BW-A wird gemäß § 75 NÖ. Bauordnung 1996 in Folge der Erfüllung der Freigabebedingungen zur Änderung der Grundstücksgrenzen und Bebauung freigegeben.

Stadtrat Pfeiler: Der Erweiterung der Aufschließungszone können wir grundsätzlich zustimmen. Wir haben dazu zwei Anregungen, und zwar: Nachdem jetzt im Siedlungsgebiet Oberzögersdorf doch einige Bau- und Siedlungstätigkeit ist und ein entsprechender Bevölkerungszuzug zu erwarten ist, regen wir zwei Punkte an.

Erstens: Es gibt eine Radroute von Oberzögersdorf in Richtung Unterzögersdorf/Stockerau. Diese Radroute ist momentan nur als Schotterstraße ausgeführt. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass da junge Familien sich ansiedeln, wäre es sinnvoll, dass man diese Radroute als wirkliche Radverbindung attraktiv gestaltet durch eine Befestigung, sprich Asphaltierung.

Der zweite Punkt betrifft die konkrete Parzellierung. Wir regen an, dass man bei der Parzellierung bereits bei der Festlegung des öffentlichen Gutes entsprechende Ausnehmungen und Flächen für die Versickerung vorsieht, um ein zeitgemäßes Regenwassermanagement in diesen neuen Siedlungsgebieten zu ermöglichen. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass man mit den konventionellen Straßen- und Siedlungszuschnitten dann nicht die entsprechenden Straßenräume gestalten kann, um dann auch Flächen für die Versickerung ausreichend zu ermöglichen und zu gestalten.

GR Riedler verlässt die Sitzung (21:35 Uhr).

Bürgermeisterin Völkl: Ich muss die Frage stellen. Ist das ein Zusatz oder eine Anregung für den Ausschuss oder möchtest du selbst etwas beantragen?

Stadtrat Pfeiler: Es ist kein Zusatzantrag. So habe ich es auch nicht formuliert. Es ist eine reine Anregung für die weiteren Schritte bei der Umsetzung dieser Aufschließungen.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 16 |
|                  | SPÖ   | 10 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Trabauer nimmt an der Sitzung wieder teil (21:38 Uhr).

GR Schuller verlässt die Sitzung (21:38 Uhr).

**c.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften**

**1.) Jahresabschlüsse für ausgegliederte Unternehmungen  
mit eigener Rechtspersönlichkeit**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: Gemäß § 68a der NÖ Gemeindeordnung sind von ausgegliederten Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die unter beherrschendem Einfluss einer Gemeinde stehen, die geprüften Jahresabschlüsse einschließlich der geprüften Lageberichte vom Bürgermeister diese mit dem nächstfolgenden Rechnungsabschluss dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

In der Beilage werden von folgenden Unternehmungen die Jahresabschlüsse dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht:

- Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H – Jahresabschluss 2018  
Ein kleiner Gewinn: € 200.000,-- und ist dem Verkauf der Sebastianikirche zu verdanken.

- Stockerauer Saubermacher Ges.m.b.H – Jahresabschluss 2018  
Noch ein negatives Kapital ausgewiesen – von € 50.000,--/2017 auf € 28.000,--/2018 verbessert.
- FD Feuerbestattungs GmbH – Jahresabschluss 2018  
Erst im 2018 begonnen. Negatives Ergebnis von rund € 250.000,--.

GR Ludl nimmt an der Sitzung wieder teil (21:40 Uhr).

GR Gaida und StR Scheele verlassen die Sitzung (21:40 Uhr).

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende beiliegende Jahresabschlüsse incl. der angeschlossenen Berichte werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen:

- Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H – Jahresabschluss 2018
- Stockerauer Saubermacher Ges.m.b.H – Jahresabschluss 2018
- FD Feuerbestattung GmbH – Jahresabschluss 2018

**Beschluss:**

**einstimmig zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 8  |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

## **2.) Haftungsübernahme für Stockerauer Saubermacher GmbH - Abänderung**

### **Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: In Abänderung des GR-Beschlusses vom 11.12.2019 soll die Übernahme der Haftung für die Stockerauer Saubermacher GmbH **bis 28.02.2021** (statt bis 31.12.2020) verlängert.

Der Gemeinderat wird um Zustimmung ersucht.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die anteilige Haftungsübernahme für die Stockerauer Saubermacher GmbH bis 28.02.2021 und bis zu einem Betrag von € 39.200,-- wird genehmigt.

Gemeinderat Kubat: Meine Fraktion, die GRÜNEN Stockerau werden dem Antrag nicht zustimmen, aus mehreren Gründen. Wir sind bei der Stockerauer Saubermacher GmbH äußerst skeptisch. Das Ziel wurde nicht umgesetzt. Es war ja damals geplant, eine Kompostieranlage beim Fuchsenbühel zu bauen. Das wurde nicht geschafft. Das andere ist. Wir sehen das Kernkompetenzen der Stadtgemeinde Stockerau, insbesondere beim Müll nicht ausgegliedert oder privatisiert werden sollten, und um das auch auszudrücken, wollen wir dem Beschluss nicht zustimmen.

### **Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

#### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 8  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Kubat und StR Pfeiler verlassen die Sitzung (21:42 Uhr).

GR Gaida und GR Riedler nehmen an der Sitzung wieder teil (21:42 Uhr).

### **3.) Haftungsübernahme für Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m.b.H. Stockerau (KIG)**

---

#### **Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: Die KIG hat im Jänner 2018 einen Ratenkredit über € 2,5 Mio. mit einer Laufzeit von 20 Jahren und vierteljährlichen Pauschalraten bei der BKS Bank AG, Klagenfurt mit einem Zinssatz von 1,25 % über dem 6 Monats Euribor (Floor 0) zur Teilfinanzierung des Projekts Rathausplatz 15 (RH15) abgeschlossen. Das Darlehen ist im Grundbuch sichergestellt. Neben den Zinsen fallen vierteljährlich € 66,-- Kontoführungsgebühren und jährlich € 85,-- für die Jahresabschlussbestätigung an. Aktuell haftet das Darlehen mit € 2.351.321,66 aus.

Aus der zweiten Bankverbindung ergibt sich auch ein erhöhter administrativer Aufwand.

Als mögliche Alternative für eine Umschuldung wurde ein Angebot von der Hypo NÖ für ein Darlehen über € 2,4 Mio. eingeholt, die Hauptbank der KIG und auch Mieterin im Objekt RH15 ist. Die Differenz zum derzeit aushaftenden Saldo würde bei der Fertigstellung der Westfassade von RH15 Verwendung finden. Die Tilgung würde in vierteljährlichen Kapitalraten á € 30.000,- erfolgen.

Um die Grundbucheintragung zu ersparen und in den Vorzug einer günstigeren Kondition zu kommen, ist die Haftung der Stadtgemeinde Stockerau erforderlich. Die angebotene Kondition ist derzeit 0,82% über dem Euribor (Floor 0), wodurch sich ein jährlicher Kostenvorteil von rund € 12.000,-- p.a. ergibt. Einmalkosten für die Umfinanzierung fallen keine an.

Die KIG ersucht daher um Übernahme der Haftung durch die Stadtgemeinde Stockerau als 100% Eigentümer für ein Darlehen über € 2,4 Mio., einer Laufzeit von 20 Jahren und vierteljährlicher Tilgung.

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Haftungsübernahme für die Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH. Stockerau gegenüber der Hypo NÖ für ein Darlehen über € 2,4 Mio. mit einer Laufzeit von 20 Jahren und vierteljährlicher Tilgung zur Umfinanzierung des Projekts Rathausplatz 15 von der BKS Bank AG wird bewilligt.

#### **Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

#### **Abstimmungsergebnis:**

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 3 |
|               | FPÖ   | 0 |

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 9  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |

StR Pfeiler und GR Kubat nehmen an der Sitzung wieder teil (21:45 Uhr).

#### **4.) Grundabtretungserklärung öffentliches Gut – Dr. Dimmy Manfred**

##### **Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: Mit Teilungsplan GZ. 28027 vom 04.06.2019 des Herrn Dipl.Ing. Stefan Wailzer wurde das Trennstück 2 (3 m2), der Stadtgemeinde Stockerau, öffentliches Gut, entsprechend dem rechtskräftigen Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Stockerau, zugeteilt.

Bei der abzutretenden Fläche handelt es sich laut Teilungsplan um eine Fläche von 3 m2.

Um den vorliegenden Teilungsplan grundbücherlich durchführen zu können, ist die Grundabtretung ins öffentliche Gut vom Gemeinderat zu genehmigen.

StR Scheele und GR Schuller nehmen an der Sitzung wieder teil (21:48 Uhr).

GR Weiss und GR Kopf verlassen die Sitzung (21:48 Uhr).

##### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das im Teilungsplan des Herrn Dipl.Ing. Stefan Wailzer, GZ 28027 vom 04.06.2019 ausgewiesene Trennstück 2 mit der Gesamtfläche von 3 m2 werden in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Stockerau, abgetreten.

Stadtrat Pfeiler: Ich habe eine formale Anmerkung. Im Amtsbericht steht, dass den Grundabtretungen im Stadtrat einstimmig zugestimmt wurde. Das ist nicht korrekt. Ich habe dieser Abtretung damals nicht zugestimmt. Ich bitte den Amtsbericht entsprechend zu korrigieren.

Zum Inhaltlichen: In der Schießstattgasse ist im Verkehrskonzept unserer Stadt aus dem Jahr 2015 im Abschnitt vom Ende des bestehenden Radweges beim der Hauptschule bzw. ehemaligen Klimbim bis hinauf zu der Senningerstraße eine Hauptroute für die Radfahrenden vorge-

sehen. Es wurde damals im Verkehrskonzept ausgearbeitet, vorgestellt und auch in den entsprechenden Arbeitskreisen so abgenommen. Diese Radroute sollte zeitgemäß mit Streifen ausgeführt werden und dazu gibt es auch entsprechende Detailplanungen. Das Negative jetzt ist, dass leider diese bekannten Konzeptionen in der Bebauungsplanung leider nicht entsprechend berücksichtigt wurden. Das hätte man eben damals, als das bekannt war, welche Konzeption umgesetzt werden soll, sozusagen hier mietziehen müssen in den Bebauungsbestimmungen. Das bringt ein häufiges Problem bei uns in der Stadtplanung. Sozusagen zeigt es auf, dass nämlich hier oft sektorale Planungen, auf der einen Seite die Verkehrsplanung und auf der anderen Seite die Bebauungsplanung, leider nicht, häufig nicht optimal aufeinander abgestimmt werden. Das tritt jetzt hier zutage. Durch die Beibehaltung der Baufluchtlinien kann also hier jetzt diese Radroute nicht durchgehend umgesetzt werden. So wie es momentan aussieht. Wir werden daher diesem Punkt 4 und 5 nicht zustimmen können. Nicht weil wir irgendwie ein Problem mit diesen 3 m<sup>2</sup>, die hier zwischen dem Antragsteller und der Stadtgemeinde getauscht werden, auch nicht weil wir Kritik an dem Bauprojekt selber haben, sondern weil wir hier Kritik zum Ausdruck bringen wollen, dass hier die sektoralen Planungen nicht optimal aufeinander abgestimmt wurden.

**Beschluss:** **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 5 |
|               | FPÖ   | 0 |

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 16 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 0  |
|             | FPÖ   | 3  |

**5.) Teilungsplan GZ. 28027 – Entlassung aus dem öffentlichen Gut**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: Gemäß dem Teilungsplan GZ. 28027 vom 04.06.2019 wird das Trennstück 1 mit der Gesamtsumme von 3 m<sup>2</sup>, vom öffentlichen Gut der Stadtgemeinde Stockerau abgeschrieben. Gemäß NÖ-Straßengesetz ist hierfür die Entlassung dieser Teilfläche aus dem öffentlichen Gutsbestand der Stadtgemeinde Stockerau zu beschließen.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das im Teilungsplan GZ. 28027 vom 04.06.2019 ausgewiesene Trennstück 1 mit einer Fläche von 3 m<sup>2</sup> wird aus dem öffentlichen Gut entlassen.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 16 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 3  |

**6.) Teilungsplan GZ. 28594 – Entlassung aus dem öffentlichen Gut**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau hat in der am 19.11.2019 stattgefundenen Gemeinderatssitzung den Verkauf des neu geschaffenen Grundstückes Nr. 2291/9, KG. Stockerau, Ausmaß 9.940 m<sup>2</sup>, gemäß Teilungsplan GZ. 28594, an Kirchhoff Immobilien Grimma GmbH. genehmigt.

Gemäß dem Teilungsplan GZ. 28594 vom 12.11.2019 wird das Trennstück 1 mit der Gesamtsumme von 1.147 m<sup>2</sup> und das Trennstück 4 mit der Gesamtsumme von 147 m<sup>2</sup>, vom öffentlichen Gut der Stadtgemeinde Stockerau abgeschrieben. Gem. NÖ Straßengesetz ist hierfür die Entlassung dieser beiden Teilflächen aus dem öffentlichen Gutsbestand der Stadtgemeinde Stockerau zu beschließen.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Teilungsplan GZ. 28594 ausgewiesene Trennstück 1 mit einer Fläche von 1.147 m<sup>2</sup> und das Trennstück 4 mit einer Fläche von 147 m<sup>2</sup> werden aus dem öffentlichen Gut entlassen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis:**

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 16 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Kamath-Petters verlässt die Sitzung (21:52 Uhr).

**7.) Teilungsplan GZ. 7106 – Entlassung aus dem öffentlichen Gut**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: Gemäß dem Teilungsplan GZ. 7106 vom 09.10.2019 wird das Trennstück 2 mit der Gesamtsumme von 13 m<sup>2</sup>, vom öffentlichen Gut der Stadtgemeinde Stockerau abgeschrieben. Gemäß NÖ Straßengesetz ist hierfür die Entlassung dieser Teilfläche aus dem öffentlichen Gutsbestand der Stadtgemeinde Stockerau zu beschließen.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das im Teilungsplan GZ. 7106 vom 09.10.2019 ausgewiesene Trennstück 2 mit einer Fläche von 13 m<sup>2</sup> wird aus dem öffentlichen Gut entlassen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 16 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 4  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Kopf und GR Weiss nehmen an der Sitzung wieder teil (21:54 Uhr).

**8.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 1963/238 an Lehner Angelika**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: Frau Lehner Angelika hat um käufliche Überlassung des Grundstückes Nr. 1963/238, welches sich in der J. Gutenberg-Gasse befindet, ersucht.

Das Grundstück Nr. 1963/238 mit dem Ausmaß von 221 m<sup>2</sup> liegt laut rechtskräftigen Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Stockerau im Grünland-Kleingartengebiet.

Als Kaufpreis wurde ein m<sup>2</sup>/Preis von € 70,-- vereinbart, dass ergibt somit einen Grundstückspreis in der Höhe von € 15.470,--.

Sämtliche mit dem Kauf verbundenen Kosten (Vertrag, Grunderwerbssteuer, Eintragungsgebühr) sind vom Käufer zu übernehmen.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau verkauft an Frau Angelika Lehner die Parz.Nr. 1963/238, Ausmaß 221 m<sup>2</sup>, zu folgenden Bedingungen.

1. Der Grundpreis beträgt € 70,--/m<sup>2</sup>, somit insgesamt € 15.470,--.
2. Beim Erwerb des Grundstückes Nr. 1963/238 ist das Wiederkaufsrecht mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Indexgebunden) für die Stadtgemeinde Stockerau im Grundbuch einzutragen.

3. Sämtliche anfallenden Kosten, welche durch den Verkauf anfallen (Vertrag, Grunderwerbssteuer, Eintragungsgebühr) sind zur Gänze vom Käufer zu übernehmen.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 4  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Kamath-Petters nimmt an der Sitzung wieder teil (21:57 Uhr).

**9.) — Verkauf des neugeschaffenen Grundstückes Nr. 2291/9**

**Wird in der nicht öffentlichen Sitzung behandelt.**

**d.) Ref. VI – Sport und Freizeit**

**1.) Sportförderungen – Basisförderung 2019**

**Sachverhalt/Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Pohl: Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen bzw. nach Prüfung der Ansuchen für eine Basisförderung für das Jahr 2019 und auf Empfehlung des Gemeinderatsausschusses VI Sport und Freizeit wird den angeführten Vereinen eine Basisförderung 2019 gewährt.

Die Förderung wird nur nach Vorlage eines Tätigkeitsberichtes ausbezahlt.

| <b>Verein</b>                                        | <b>Basisförderung<br/>auszahlbarer Betrag in Euro</b> |
|------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------|
| SV Stockerau - Fußball                               | 12.981,00                                             |
| UHC Stockerau Handball                               | 15.407,00                                             |
| UTTC Tischtennis                                     | 1.130,00                                              |
| SC-Tennis                                            | 2.758,00                                              |
| UTC Stockerau                                        | 3.271,00                                              |
| ATUS Stockerau Turnverein                            | 200,00                                                |
| ASKÖ Schwimmverein Stockerau                         | 3.044,00                                              |
| Sportunion Stockerau                                 | 13.969,00                                             |
| Alpen- und Gebirgsverein Stockerau                   | 3.620,00                                              |
| Naturfreunde Stockerau                               | 420,00                                                |
| 1. Stockerauer Heimat- und<br>Armbrustschützenverein | 200,00                                                |
| Kegelverein Stockerau                                | 200,00                                                |
| Schachverein Stockerau                               | 478,00                                                |
| Eishockey Stock City Oilers                          | 8.661,00                                              |
| Judoclub Stockerau                                   | 3.672,00                                              |
| 1. Stockerauer Base- und Softballverein              | 1.744,00                                              |
| ASKÖ Fechtgilde Stockerau                            | 658,00                                                |
| Karate-, Box- und Kickboxklub Stockerau              | 905,00                                                |
| TaeKwonDo Kumgang Stockerau                          | 1.797,00                                              |
| Boogie Lions                                         | 200,00                                                |

|                                                             |          |
|-------------------------------------------------------------|----------|
| 1. Billiardsportklub ESK-Stockerau                          | 200,00   |
| Bogensportclub Stockerau                                    | 200,00   |
| Gymnastic Academy Stockerau                                 | 1.614,00 |
| Racoons Sportverein (Softball)                              | 200,00   |
| FC Stockerau (Fußball)                                      | 3.749,00 |
| TTSC Stockerau                                              | 1.493,00 |
| Ballsportclub Cageball (BSC Cageball)                       | 1.206,00 |
| Fitaktivclub Gitti-City, rhythm. Gymnastik,<br>Sportaerobic | 3.642,00 |
| Fitaktivclub Gitti-City, Gewichtheben                       | 252,00   |
| Fitaktivclub Gitti-City, Kraftdreikampf                     | 200,00   |
| Fischereiverein Stockerau und Umgebung                      | 200,00   |

Stadtrat Pfeiler: Es freut mich, dass die neuen Sportförderrichtlinien, die vor mehreren Jahren mittlerweile beschlossen wurden, nun Schritt für Schritt zur Anwendung kommen. Ganz positiv möchte ich hervorheben, dass wir erstmalig heute die Sportförderungen in der öffentlichen Sitzung beschließen. Das war ein langer Wunsch von mehreren Fraktionen. Heute ist es dazu gekommen. Dafür möchte ich mich auch sehr herzlich bedanken. Es ist ein Schritt beim Thema Förderung, vermehrt Transparenz walten zu lassen. Die meisten Gemeinden in unserer Umgebung Veröffentlichen die Förderungen, insbesondere auch die Sportförderungen eben in der Transparenzdatenbank. Auch wir sollten das tun. Ich denke, nachdem die Sportförderrichtlinien jetzt auf Basis von nachvollziehbaren Grundlagen objektiv vergeben werden im Bereich der Basisförderung, glaube ich, steht dem nichts mehr im Wege, weil man hier ja auch nichts zu verbergen hat.

Ein kleiner Wermutstropfen ist dabei. Leider werden auch heuer nochmals die abgegebenen Zahlen für das Jahr 2018 verwendet. Wie auch immer hier verschlungen die Diskussionen verlaufen, erschließt sich mich nicht ganz genau. Das ist ein bisschen schade, dass hier noch einmal auf die gleichen Zahlen zurückgegriffen wurde und nicht die aktuellsten Zahlen verwendet wurden. Sei es drum. Wir werden dem zustimmen, weil es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

Ich darf nur kurz eine Anmerkung zum Spitzensport machen, um hier das gleich in eine Wortmeldung zu verpacken. Beim Spitzensport ist es gelungen, auch einen Kriterienkatalog im Sportausschuss zu entwickeln. Das ist sicher auch eine gute Weiterentwicklung bei diesen Sportförderrichtlinien. Da wurde zwar auch wieder auf die Anträge 2019 zurückgegriffen, aber

grundsätzlich ist es auch beim Spitzensport positiv zu vermerken, dass hier die Richtlinien weiterentwickelt wurden und angewendet werden.

Gemeinderat Pollak: Ich habe bereits in den letzten zwei Sportausschüssen darauf hingewiesen, dass dieser § 6 der Sportförderung, dieser berühmte Sockelbetrag ein Minimum von € 200,-- garantieren soll. Da dies besonders für all jene, bei denen die Basisförderung aufgrund der Richtlinien weniger als € 200,-- ergibt, besonders wichtig ist. Daher danke, dass du das im Zuge des Antrages korrigiert hast, weil es leider nicht in den Bericht geschafft hat. Jede Förderung eines Sportvereins kommt unverhältnismäßig unbezahlten ehrenamtlichen Leistungen wieder retour an die Gemeinde. Daher werde ich natürlich auch zustimmen.

Stadtrat Pohl: Danke an die Ausschussmitglieder für die wirklich super Zusammenarbeit. Ich sitze in mehreren Ausschüssen und es ist wirklich eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Auch bei der Spitzensportförderung sind wir genau am richtigen Weg. Es ist noch nicht ganz fertig. Nach meinem Motto „fair und transparent“ werden wir und da langsam weiterentwickeln und das gemeinsam in die richtige Richtung bringen. Ich habe auch versucht, im letzten Jahr schon gemeinsam mit den Vereinen einen Austausch stattfinden zu lassen. Und das werden wir in Zukunft auch vorantreiben, dass wir da nicht an den Endnutzern vorbei produzieren und das Geld zielgerichtet einsetzen können.

Vizebürgermeister Holzer: Ich glaube, es weiß eh ein jeder, dass ich mit diesen Richtlinien nicht wirklich einverstanden bin. Es ist schön, dass es heute in der öffentlichen Sitzung behandelt wird. Wenn man sich die Liste dann anschaut und durchschaut, in Wahrheit gibt es immer Verlierer und Gewinner. Eindeutig, in dem Fall mit € 13.000,-- Minus gegenüber den alten Förderungen - der Fußballverein - die fließen 1:1 zur Sportunion. D.h. die Richtlinien sind meiner Meinung nicht wirklich sinnvoll ausgearbeitet worden. Viele Sachen, die in der Vorarbeit leider Gottes auch bei Laab und Kube damals, wurden nicht berücksichtigt. Die Vereine müssen sich fast ausziehen und alles auf den Tisch legen und alles, was dann am Tisch gelegen ist, mit Kosten, mit Ausgaben, mit vielen anderen Punkten, werden dann vom Tisch gewischt. Das ist halt schade. Aber wie gesagt, öffentliche Sitzung, die Bevölkerung sieht jetzt, was die Gemeinde ausschüttet. Die Gemeinde macht sehr sehr viel für den Sport und wenn man sich unten die Summe anschaut von € 72.000,-- auf € 87.000,-- d.h. heißt es gibt doch sehr viele Gewinner, wenn man die € 12.000,-- / € 13.000,-- Verlust des Fußballvereines noch dazu sieht, überwiegen die Gewinner. Das tut halt schon sehr weh. Ich möchte auch sagen, in Wahrheit Ihr braucht den Fußballverein nicht umbringen, ich bin dort eh nichts mehr und habe keine Funktion mehr.

Stadtrat Pohl: Es steht mir fern, den Fußballverein umbringen zu wollen. Einerseits, wir haben gemeinsam alle und auch im Ausschuss die Richtlinien entwickelt und sie wurden damals auch beschlossen. Ich weiß nicht, ob du mitgestimmt hast. Auf alle Fälle haben wir diese Richtlinien entwickelt, weil sich die Sportlandschaft einfach auch weiterentwickelt hat. Weg von Handball und Fußball zu einem Breitensport mit allen Sportarten, die vor allem neu dazu gekommen sind. Es kommen immer wieder Vereine dazu, auch eine Breite geben wollen. Ich glaube, gerade mit der Auffangregelung vom SV, die bekommen insgesamt mit der Spitzensportförderung plus die Auffangregelung ca. € 30.000,--. Damit sind sie gut aufgehoben. Wir haben mit dem neuen Präsidenten auch besprochen, dass das zurückgehen wird. Sie haben gesagt, sie werden gut wirtschaften und werden damit auskommen. Sie sind sehr dankbar. Wenn ich an die ganzen Schulden in den letzten Jahren, Jahrzehnten denke plus die geringe Miete, dann glaube ich

nicht, dass irgendjemand in der Gemeinde davon sprechen kann, den Verein umbringen zu wollen.

Stadtrat Pfeiler: Zwei Anmerkungen sind mir sehr wichtig, die jetzt zu Aussagen hier gefallen wurden. Die eine Sache ist, die Vereine müssen sich quasi ausziehen finanziell, um hier zu einer Förderung zu kommen. Das möchte ich klarstellen hier in der öffentlichen Sitzung. Um zu einer Basisförderung zu kommen als Sportverein ist es notwendig, 5 Zahlen über trainierende Mitglieder usw. zu liefern, Trainer und Trainerinnen. D.h. keine einzige Euro-Zahl ist notwendig anzugeben, um zu einer Basisförderung zu kommen. Das war uns ganz wichtig, dass man hier auf wenige und in jedem gut geführten Verein vorliegende Zahlen aufsetzen kann. Der bürokratische Aufwand, um zur Basisförderung zu kommen, ist wirklich ganz gering. Von einem Ausziehen kann man hier, glaube ich, wirklich nicht sprechen.

Die Neuverteilung, natürlich führt die zu einer Verschiebung der Basisförderung. Das ist ganz klar. Aber sie bringt auch zum Ausdruck, wo gut gearbeitet wird, in welchen Vereinen sehr viel im Bereich der Jugend gemacht wird. Das wird ja speziell berücksichtigt und gewichtet. Ich glaube, die Verschiebungen bringen zum Ausdruck, in welchen Vereinen hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan im Bereich der Kinder- und Jugendnachwuchstätigkeiten.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

StR Dummer verlässt die Sitzung (22:09 Uhr).

## **2.) Sportförderungen – Spitzensportförderung 2019**

### **Sachverhalt/Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Stadtrat Pohl: Im Sinne der Richtlinien für Sportförderungen bzw. nach Prüfung der Ansuchen für eine Spitzensportförderung für das Jahr 2019 und auf Empfehlung des Gemeinderatsausschusses VI Sport und Freizeit wird den angeführten Vereinen eine Spitzensportförderung 2019 gewährt, und zwar

| <b>Verein</b>                    | <b>GR-Beschluss<br/>in Euro</b> |
|----------------------------------|---------------------------------|
| SV Stockerau                     | 6.000,--                        |
| UHC<br>Damen und Herren          | 12.500,--                       |
| UTTC                             | 5.500,--                        |
| UTC                              | 750,--                          |
| 1. Stockerauer<br>Baseballverein | 2.000,--                        |
| Fechtgilde                       | 1.000,--                        |
| Taekwondo<br>Kumgang             | 2.250,--                        |

Da sieht man, dass es viele Vereine gibt, die Spitzensportleistungen erbringen, aber eher noch unbekannt sind. Auch das ist es, was wir gemeinsam in den nächsten Jahren machen wollen, dass wir unsere Vereine ein bisschen bekannter machen wollen.

### **Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 17 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 5  |
|             | FPÖ   | 3  |

StR Dummer nimmt an der Sitzung wieder teil (22:12 Uhr).

## **e.) Ref. X – Wirtschaft und Tourismus**

### **1.) Entwicklung Fachhochschullehrgang "Kommunales Umweltmanagement"**

#### **Sachverhalt:**

Stadtrat Moser: Beim gegenständlichen Tagesordnungspunkt geht es um ein Langzeitprojekt, das auch den Gemeinderat in der einen oder anderen Form schon seit mehr als 10 Jahren beschäftigt. Es geht um die Etablierung eines Fachhochschullehrstudiengangs bei uns in Stockerau.

Die Stadtgemeinde Stockerau ist gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Trägerin des Projekts „Technologiecampus Stockerau“. Die in diesem Zusammenhang erstellte Machbarkeitsstudie regt an, einen FH-Masterlehrgang „Kommunales Umweltmanagement“ zu entwickeln.

Für die Konkretisierung und Akkreditierung eines solchen FH-Lehrganges ist nun die Zusammenarbeit mit einem wissenschaftlichen Partner erforderlich.

Im Zuge der Auswahl eines geeigneten Partners hat sich die FH IMC Krems als attraktivste Option präsentiert und hat für die Entwicklung, Akkreditierung und teilweise auch Bewerbung des Lehrganges ein Angebot in Höhe von EUR 12.000,-- zuzüglich USt. gelegt.

Die diesbezügliche Kostentragung soll durch die Stadtgemeinde Stockerau, die Wirtschaftskammer Niederösterreich (über den Verein „Hochschulzentrum Korneuburg-Stockerau. Verein zur Organisation von Fachhochschulstudiengängen und Dr. Konrad Strappler Fonds“) und durch einzelne besonders interessierte Unternehmen erfolgen. Die genaue Aufteilung steht allerdings noch nicht fest.

Es wird vorgeschlagen, dass die Stadtgemeinde Stockerau einen Kostenbeitrag in Höhe von max. EUR 6.000,-- übernehmen soll. Der konkrete Betrag soll in Verhandlungen mit den weiteren Projektpartnern festgelegt werden.

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau übernimmt von den anfallenden Entwicklungs- und Akkreditierungskosten für den **Masterlehrgang „Kommunales Umwelt-management“** – wie von der FH IMC Krems angeboten – einen Maximalbetrag von EUR 6.000,-. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, innerhalb dieses Rahmens den konkreten Kostenbeitrag auszuhandeln.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Uns wundert, also prinzipiell, das Vorhaben der Fachhochschule, das steht wirklich kurz vor der Beendigung, das es umgesetzt wird. Wie Sie hier auch schon bekanntgegeben haben, seit Jahren beschäftigen wir uns im Gemeinderat damit. Auch in der Dorf- und Stadterneuerung wurde dieses Projekt immer wieder besprochen. Die Sache ist die. Wir haben ein Bildungsausschuss und es verwundert, dass im diesen Ausschuss dieses Thema kein einziges Mal behandelt wurde. Ich bitte darum, dieses Thema auch vor dem Sommer bis zur nächsten Gemeinderatssitzung auch noch mal im Bildungsausschuss zu behandeln.

Eine Anfrage: Haben Sie mit Bildungsstadträtin Frithum hierbei auch Diskussionen geführt und gemeinsam die Verhandlungen mit der Fachhochschule Krems getätigt?

Stadtrat Moser: Wenn ich gesagt habe, es steht unmittelbar vor dem Durchbruch oder so ähnlich, war gemeint vor konkreten Entwicklungs- und Akkreditierungsprozess. Wir sind noch entfernt von Dingen, wie schaut der Lehrsaal aus, wie schaut die Bewerbung aus, wie gestaltet sich genau das Studium der Studenten. Im Prinzip ist es so angedacht, dass die theoretischen Fächer in Krems, die praktischen Fächer hier an Standorten der Stockerauer Industrie entstehen sollten. Es ist jeden Ausschuss unbenommen, hier zu irgendeinem Thema Ausschusssitzungen einzuberufen. Ich selber bin mittelbar für den Wirtschaftsausschuss zuständig, hindere aber niemanden daran, sich mit dem Thema auch zu beschäftigen. Im Gegenteil, ich würde mich sogar freuen, breite Unterstützung zu bekommen. Wir haben z.B. für die Feasibility-Studie genau dieses Thema und genau diesen Prozess auch schon einstimmig einmal beschlossen. Ich bin etwas überrascht, dass hier nicht mehr allgemeines Wissen darüber da ist. Mit Frau Frithum bin ich in Kontakt und habe ihr die Unterlagen vor zwei, drei Wochen, die aktuellen zur Verfügung gestellt.

GR Rosenberger verlässt die Sitzung (22:16 Uhr).

Bürgermeisterin Völkl: Ich würde vorschlagen, wenn Frau Stadträtin Frithum sich des Themas annehmen will, dass sie das gerne in ihrem Ausschuss thematisieren kannst.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Wir von der GRÜNEN-Fraktion stimmen dem Antrag auf jeden Fall zu. Wir bitten wirklich darum, das im Bildungsausschuss auch zu behandeln, weil Fachhochschulen bekanntlich stehen für Bildung, Forschung und sind eine Schnittstelle zur Wirtschaft.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 10 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

StR Pohl, GR Corkovic, GR Polacek - alle FPÖ - verlassen die Sitzung (22:18 Uhr).

**XIV. Antrag gem. § 46 Abs. 1 NÖ GO**

GR Rosenberger nimmt an der Sitzung wieder teil (22:20 Uhr).

**1.) Humanitäre Not lindern – europäische Solidarität leben**

**Sachverhalt:**

GR Kamath-Petters: Ich möchte zuvor erwähnen, dass dieser Antrag auf Initiative meines Kollegen Gemeinderat Walter Klinger verfasst wurde. Er ist auch unser Menschenrechtssprecher. Aus gegebenen Anlass wegen Covid-19-Krise darf ich heute sein Sprachrohr sein.

Begründung

“Die Würde des Menschen ist unantastbar” - nicht ohne Grund ist dies der 1. Artikel der EU-GRC (Charta der Grundrechte der Europäischen Union), die Verfassungsrang in Österreich hat. Gemäß den Angaben des griechischen Bürgerschutzministeriums leben rund 40.000 Geflüchtete auf den Inseln Lesbos, Samos, Kos, Leros und Chios, wobei deren Kapazität bei rund 6.000 Plätzen liegt. Unter diesen rund 40.000 Menschen befinden sich laut UNO-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR ca. 14.200 Kinder. 2.000 von ihnen sind ohne Eltern nach Europa gekommen.

Es ist unsere Pflicht, Menschen auf der Flucht ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. In Griechenland gibt es unter den derzeitigen Bedingungen ein nur schlecht funktionierendes Schutzsystem. Es mangelt Asylsuchenden an Vielem: an Unterkünften, Nahrungsmitteln,

medizinischer Basisversorgung. Durch den Ausbruch von COVID-19 hat sich die Situation weiter verschärft. Wir können dem Elend der Flüchtlinge nicht mehr zusehen!

Als ein humanistisches und solidarisches Europa darf Griechenland nicht mit dieser Situation allein gelassen werden. Es muss geholfen werden! Im Sinne der gemeinschaftlichen Solidarität, der Würde des Menschen und des Artikels 17 der EU-GRC, der das Asylrecht gewährleistet, soll der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau die Bereitschaft zur Aufnahme von ca. 10 Familien mit Kindern bekunden. Damit reiht sich die Stadtgemeinde Stockerau in die Liste derjenigen Gemeinden und Bürgermeister/innen ein, die diese Bereitschaft der Solidarität bereits bekundet haben: Lustenau, Sautens, Steyr, Bad Ischl, Leonding, Sierning, Bad Goisern und weitere Gemeinden.

In Stockerau gibt es genügend Räumlichkeiten, die die Unterbringung von ca. 10 schutzsuchenden Familien gewährleisten können. Die Installierung einer Arbeitsgruppe für die langfristige Integration dieser Familien soll den Prozess begleiten und kann auf in Stockerau bewährte Maßnahmen und Erfahrungen zurückgreifen.

### **Antrag:**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Stadtgemeinde Stockerau die Bereitschaft bekundet, ca. 10 Flüchtlingsfamilien mit Kindern von den griechischen Inseln, die vom UNHCR ausgewählt werden, aufzunehmen. Darüber hinaus soll der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau die Republik Österreich mittels einer Resolution an die österreichische Bundesregierung auffordern, sich für ein EU-weit einheitliches Vorgehen beim Umsetzen des europäischen Asylrechts, basierend auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und auf die Flüchtlingskonvention, auf allen politischen Ebenen einsetzen.

Vizebürgermeister Holzer: Diesen Antrag hat die SPÖ auch unterstützt, dass er überhaupt gem. § 46 Abs. 1 auf die Tagesordnung kommt. Die Unterstützung für die Tagesordnung beinhaltet, dass von unserer Seite natürlich auch die Unterstützung dieses Antrages. Wenn wir diesen Antrag heute beschließen, reiht es sich in eine Vielzahl von Maßnahmen der letzten Jahrzehnte, wo Stockerau, wenn Not am Mann war, auch in Krisenzeiten immer wieder geholfen hatte – Ungarnkrise, Jugoslawienkrieg. Die letzte Flüchtlingskrise hat auch gezeigt, dass die Bevölkerung bereit ist zu helfen. Viele Privatinitiativen waren in der Flüchtlingskrise da. Ich glaube, es ist auch in schwierigen Zeiten, der Corona-Krise, unsere Pflicht, Menschen zu helfen, und es sind Menschen und es ist auch Solidarität gegenüber Partner in der EU. Wir könnten damit sicher Griechenland die Flüchtlingslager entlasten. Wir werden diesem Antrag natürlich auch nicht nur für die Tagesordnung sondern auch inhaltlich unsere Zustimmung geben.

Vizebürgermeister Falb: **stellt den Antrag**, dass der Antrag an den Sozialausschuss verwiesen wird.

Gemeinderat Kubat: Ich muss gestehen, ich habe sehr lange nachgedacht, was ich da sagen soll, und bin dann darauf gekommen, eigentlich bin ich der falsche, der hier reden soll. Ich habe das nicht miterlebt. Also habe ich einen guten Bekannten gebeten, kurz ein paar Zeilen zu schreiben, damit wir alle einen Eindruck haben, wie es in Griechenland aussieht.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, ich heiße Jan Fajes, ich bin 27 Jahre alt, ich bin aus Afghanistan wegen dem Krieg geflüchtet. Seit vier Jahren lebe ich in Österreich. Ich hatte Glück aus dem griechischen Lager Samos wegzukommen. Viel zu viele Leute leben

draußen im Zelt, viele Menschen leben auf engstem Platz, Frauen, Männer und Kinder verkaufen sich für Sex. Sie brauchen das Geld, um sich das Essen kaufen zu können. Im Lager liegt überall Müll. Es gibt zu wenige Toiletten. Die meisten Menschen nehmen sich einen Kübel und holen sich Wasser und waschen sich mit einem Tuch. Es gibt kaum Trinkwasser. Ich habe Kinder gesehen, die sich selbst verletzt haben. Ein Kind habe ich gekannt. Es war 12 Jahre alt. Es hat sich selber getötet. Es gibt viele davon, leider. Kinder wollen nichts mehr essen, Kinder können nicht mehr schlafen, weil alles dort so schlimm ist. Heute ist es noch schlimmer als vor vier Jahren, dass man sich die Hölle nicht vorstellen kann. Ich bin kein gläubiger Mensch, aber der Satz im Koran gefällt mir. Wer ein Menschenleben rettet, der rettet die gesamte Welt. Bitte helfen Sie mit, Leben zu retten. Ihr Jan Fajes.

Aus diesem Grund würde ich schon sehr dringendst empfehlen, den Antrag jetzt zu beschließen und nicht zu verschieben, denn Not kann sich nicht leisten, aufgeschoben zu werden, und Not und Leid warten nicht.

**Abstimmung über Antrag von Vizebgm. Falb – Zuweisung in den Sozialausschuss.**  
zur gründlichen Bearbeitung und Aufbereitung.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |

Die Abstimmung über den ursprünglichen Antrag entfällt, da der Antrag mehrheitlich an den Sozialausschuss verwiesen wird.

GR Ibraimi verlässt die Sitzung (22:23 Uhr).

## **Dringlichkeitsanträge**

- **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Corona-Ergänzungsmaßnahmen I für die Stockerauer Wirtschaft**

Stadtrat Moser: Herzlichen Dank an die GRÜNEN für diesen Antrag, dass sich da jemand Gedanken gemacht hat. Ich teile auch im Wesentlichen die Diagnose, dass die Wirtschaft von den Corona-Maßnahmen, von der Corona-Krise massiv betroffen ist. Die Therapie, um im medizinischen Jargon zu bleiben, die dem Antrag innewohnt, teile ich nicht. Der Antrag wurde ja auch erst zwei, drei Stunden vor dem Sitzungsbeginn verteilt. Ich denke, dass die Maßnahmen überlegenswert sind, dass da das eine oder andere Interessante dabei sei, aber dass es in Summe sicherlich nicht diesem Problem gerecht wird.

Ich beantrage daher, die Verweisung dieses Antrages an den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus.

StR Pohl nimmt an der Sitzung wieder teil (22:31 Uhr).

Gemeinderat Kubat: Das Argument mit - zwei, drei Stunden vorher haben wir den Antrag bekommen – teile ich nicht so ganz. Ich erinnere mich zurück, als wir im September auf einmal die Fraktion der GRÜNEN und die Faktion der SPÖ auf einmal 28 Punkte zum Klimarettungspaket erhalten haben, mitten in der Sitzung. Da haben wir nicht einmal eine Stunde Zeit gehabt, um uns zu entscheiden. Aber ich kann davon ausgehen, dass man sich damit zwei, drei Stunden vorher befassen kann. Zu der Sache ist. Ich würde dringendst empfehlen, diesen Antrag zu beschließen, weil wir haben Punkte darin, die die Wirtschaft jetzt braucht. Und das sind wichtige Ergänzungsmaßnahmen. Man spricht schon, dass das die größte Krise ist seit 1929. Zwei Drittel aller Österreicher und Österreicherinnen glauben, dass diese Wirtschaftskrise lang andauernd ist. Und wie der deutsche Wirtschaftsminister Erhard einmal gesagt hat, 50% der Wirtschaft ist Psychologie. Also, wenn die Leute schon so sehr daran glauben, dass sich die Wirtschaftskrise sich noch verlängert, dann bedeutet das auch, dass uns auch die Nachfrage schwindet. Da wäre es ein guter Punkt und ein wesentlicher Punkt, dass wir diese WISTO-Gutscheine jetzt schon beschließen. Diese € 30.000,-- an Förderungstopf sind im Budget drinnen. Also aus meiner Sicht, tut mir leid, eher, was titelte die ÖVP im Wahlkampf 2010 – verschieben, verzögern, verhindern. Und das ist ein bisschen für mich ein Verschieben.

Vizebürgermeister Falb: Ich möchte nur an das auch für Dringlichkeitsanträge geltende Formalgebot des Bedeckungsvorschlages erinnern. Den hat der Antrag nämlich auch nicht. Wäre eigentlich zurückzuweisen gewesen.

**Abstimmung über Antrag von StR Moser – Zuweisung in den Wirtschaftsausschuss.**

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 1  |

GR Ibraimi nimmt an der Sitzung wieder teil (22:34 Uhr)

• **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Corona-Ergänzungsmaßnahmen II für die Stockerauer und Stockerauerinnen**

Stadtrat Dummer: Wir haben heute schon gehört, dass die Auswirkungen Covid-19 auf das Budget der Gemeinde noch nicht absehbar sind. Es ist sicher zu früh, da mit der Gießkanne durch Stockerau, wobei das auf Stockerau gar nicht eingeschränkt ist, durch die Welt zu gehen und Geld zu verteilen.

Ich stelle daher den **Antrag**, dass man diesen Antrag in den Finanzausschuss zur genauen Prüfung zuweist. Dass man sieht, wie sind die budgetären Mitteln, wie wirkt sich das aus und können wir uns das leisten. Es ist da einfach noch zu wenig bekannt. Also, mein Antrag lautet, das dem Finanzausschuss zuzuweisen.

**Abstimmung über Antrag von StR Dummer – Zuweisung in den Finanzausschuss.**

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 18 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 5  |
|             | FPÖ   | 1  |

GR Polacek nimmt an der Sitzung wieder teil (22:35 Uhr).

- **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Kulturjuwel Sebastianikirche und Nebengebäude**

Stadtrat Dummer: Auch hier muss ich mich nochmals zu Wort melden. Wir haben weder die Kosten für den Ankauf noch die Folgekosten für die Projektierung und für den Betrieb. Nachdem es da keine Grundlagen gibt für eine Entscheidung, stelle ich auch hier den **Antrag**, dass man das dem Finanzausschuss zur Prüfung zuweist und ein Konzept erarbeitet, das eben nicht nur die Ankaufskosten sondern auch die Folgekosten entsprechend berücksichtigt und budgetiert. Budgetär in diese Richtung ist nichts vorgesehen.

**Abstimmung über Antrag von StR Dummer – Zuweisung in den Finanzausschuss.**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

GR Corkovic nimmt an der Sitzung wieder teil (22:36 Uhr).

Um 22.37 Uhr verlassen GR Samer, GR Schuller und GR Riedler die Sitzung.

- **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Resolution Strukturreform Pflege an die Bundesregierung**

Vizebürgermeister Falb: Ich darf mich auch hier zur Geschäftsbehandlung melden und die Zuweisung des Antrages in den Sozialausschuss vorschlagen. (**Antrag**)

Stadtrat Pfeiler: Im Zuge der Corona-Krise ist es einfach offensichtlich geworden, wie wichtig und letzten Endes wie fragil auch das System der Pflege in Österreich ist. Wir wollen mit diesem ausgearbeiteten Antrag zum Ausdruck bringen, dass man nicht nur das Thema „Heldinnen des Alltags in der Pflege“ auf den Lippen führen sollte, sondern hier auch strukturelle Verbesserungen im Bereich der Pflege, so wie es meine Kollegin hier formuliert hat, zum Ausdruck bringen. Die Heldinnen des Alltags – ja, wir brauchen sie alle, aber die Heldinnen des Alltags brauchen dann auch entsprechende Unterstützung und ein entsprechendes Netzwerk.

**Abstimmung über Antrag von Vizebgm. Falb – Zuweisung in den Sozialausschuss.**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 9  |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

- **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Verkehrssicherheit für Radfahrende in der Hornerstraße**

Vizebürgermeister Falb: Zur Geschäftsbehandlung – ich **beantrage** die Zuweisung dieses Antrages an den Verkehrsausschuss.

**Abstimmung über Antrag von Vizebgm. Falb – Zuweisung in den Verkehrsausschuss.**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 9  |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

- **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Neue Fahrrad-Abstellanlagen im Stadtzentrum**

Stadtrat Dummer: Auch dazu haben wir budgetär nichts vorgesehen im Voranschlag 2020. Es ist sicher ein Thema, das entsprechend aufbereitet und vorbereitet gehört. Ich stelle daher den **Antrag**, den Antrag im Verkehrsausschuss aufzubereiten und für das nächste Jahr für das Budget entsprechend einzuplanen und einzubringen.

Stadtrat Pfeiler: Nur kurz zur Erläuterung der Intension dieses Antrages. Es ist eigentlich genau die Intension, die du Gerhard jetzt formuliert hast, nämlich hier einmal eine Markterkundung durchzuführen, Preise einzuholen und dann für die nächstjährige Budgetplanung die entsprechenden Grundlagen aufbereitet zu haben. Genau das ist die Intension auch gewesen hier. Es ist weder von der Anschaffung einer bestimmten Anzahl von Fahrradständern noch von einer Modellvariante die Rede. Es sollen hier einfach einmal die Grundlagen von der Verkehrsabteilung, vom Bauamt aufbereitet werden, um eben genau diese Budgetierungen, die du angesprochen hast, die natürlich erforderlich sind, auch in die Wege leiten zu können.

Vizebürgermeister Falb: So wirklich eine Begründung für die Dringlichkeit, fürchte ich, war das nicht.

**Abstimmung über Antrag von StR Dummer – Zuweisung in den Verkehrsausschuss.**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 9  |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Samer und GR Schuller nehmen an der Sitzung wieder teil (22:44 Uhr).

GR Trabauer verlässt die Sitzung (22:44 Uhr).

- **Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –  
Leitbildprozess Bildungscampus**

Vizebürgermeister Falb: Zur Geschäftsbehandlung – ich ersuche (**Antrag**) um Zuweisung dieses Antrages an den Finanzausschuss. An den Finanzausschuss deshalb, weil StR Dummer sich intensiv derzeit mit der Ausschreibung der Gestaltung des Prozesses um den Schulbau beschäftigt und natürlich die engste Zusammenarbeit mit der Bildungsstadträtin und dem Bautenstadtrat gewährleisten wird.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich ersuche um die zusätzliche Behandlung dieses Antrages im Bildungsausschuss.

Vizebürgermeister Falb: An und für sich, nach meiner Kenntnis der Gemeindeordnung kann man eine Materie nur einem Ausschuss zuweisen.

Bürgermeisterin Völkl: Wenn ein Vorsitzender eines Ausschusses Interesse für einen Tagesordnungspunkt oder für ein Thema bekundet und dazu einen anderen Ausschussvorsitzenden braucht, steht es hier jedem wirklich frei.

Man stellt einen Dringlichkeitsantrag für einen Radständer in der Stadt – da könnte man auch sagen, ich bin Mitglied von einem Ausschuss, Herr Vorsitzender nimm es bitte auf die Tagesordnung. So ist es in der Regel, wie wir da tun in dieser Stadt. Natürlich können wir es auch gerne über einen Dringlichkeitsantrag machen, der eigentlich nur dringlich ist, dass da ein Antrag ist. Das ist das einzige, was da heute dringlich war, dass da ein Antrag kommt.

Stadtrat Pfeiler: Die Anträge werden nicht dazu gestellt, dass wir hier die Sitzungszeit verlängern, mehr Luft verbrauchen, sondern ganz konkretes Beispiel „Fahrradabstellanlagen“. Wir haben das mehrmals im Ausschuss besprochen, aber es ist hier eigentlich nie konkret in die Gänge gekommen. Das war der Anlass hier konkret diesen Antrag zu stellen, um es einmal ein Stückel voranzubringen.

Vizebürgermeister Falb: Deswegen ist es noch allerweil nicht dringlich.

Vizebürgermeister Holzer: Ursprünglich wollte ich mich nicht zu Wort melden – mit der Zuweisung an die Ausschüsse kann ich leben. Ich glaube auch, dieser Punkt ist im Finanzausschuss ganz gut aufgehoben. Sonst verschieben und verzögern wir noch mehr, was wir ja nicht wollen. Der Sozialausschuss ohne Geld tut sich schwer, wie auch alle anderen Ausschüsse. Vielleicht nur eine kurze Bemerkung. Ich habe heute einmal schon im Zusammenhang Bürgermeister Richentzky gelobt. Jetzt muss ich weiter zurückgehen. Eigentlich hat Stockerau einen Schulcampus, hat unter Bürgermeister Wondrak begonnen. Wir sagen halt Schulgassl dazu und nicht Campus. Dort ist eine Konzentration unserer Schulen. Das war das vorausschauende Denken der Sozialdemokratie. Und dass wir da weiter arbeiten müssen, ist wichtig, auch wenn wir uns da bei der Volksschule sich enthalten haben. Es ist wichtig, dass das Projekt Volksschule auf schien kommt und dann kann man über weitere Sachen nachdenken.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich wollte das eigentlich nicht, aber ganz zum Schluss noch ein Appell an die Bildungs- und Sozialstadträtin Frithum. Bitte berufen Sie einen Ausschuss noch vor der nächsten Gemeinderatssitzung ein, weil ich finde es toll, wenn er auch im Finanzausschuss ist dieser Antrag, aber es umgänglich, dass wir auch diese Sozial-, Gesundheits- und Bildungsthemen wieder einmal besprechen und debattieren.

**Abstimmung über Antrag von Vizebgm. Falb – Zuweisung in den Finanzausschuss.**

**Beschluss:** einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 10 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 3  |

GR Trabauer nimmt an der Sitzung wieder teil (22:48 Uhr).

Bürgermeisterin Völkl schließt die öffentliche Sitzung.

Im Anschluss findet die nicht öffentliche Sitzung statt.

Die Bürgermeisterin

Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

Für die SPÖ-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

2.Vizebgm. Othmar Holzer

Für die GRÜNEN-Fraktion

Für die FPÖ-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder-Spreng